Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags. 1919-1930

1926

64 (28.7.1926)

Visual Library

Amtliche Berichte
über die
Verhandlungen des Badischen Landtags.

64. Sitzung.

Mittwoch, den 28. Juli 1926, nachmittags 4 Uhr.

Tagesordnung:

Mitteilung der Eingänge. Sodann

Fortsetzung der Beratung der Tagesordnung der 63. Sitzung.

Am Regierungstisch: Minister des Innern **Remmele**, Ministerialdirektor **Leers**, Ministerialrat **Rein**, Oberregierungsrat **Cronberger** und Regierungsrat Dr. **Schühly**.

Inhaltsverzeichnis:

Siehe Schluß des Amtl. Berichts Sp. 3271/72.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnet die Sitzung nach 4 Uhr und gibt folgende

Eingänge

bekannt:

I. Verhinderungsanzeigen

liegen vor seitens der Abg. Bock, Brixner, Marum wegen Erkrankung und des Abg. Dr. Hoffmann wegen geschäftlicher Verhinderung.

II. Aus der Mitte des Hauses:

Antrag der Abg. Ritter, Lechleiter und Schreck zum Voranschlag des Ministeriums des Kultus und Unterrichts für 1926 und 1927:

Der Landtag ersucht die Regierung, für die Durchführung folgender Maßnahmen besorgt zu sein und die entsprechenden Mittel hierfür bereit zu stellen:

1. Regelmäßige statistische Beobachtung aller Schulkinder auf Gesundheitszustand, Ernährung, Wohnung und Kleidung;
2. Herabsetzung der Klassenbesetzung auf höchstens 30 Kinder;
3. unentgeltliche Lieferung aller Lernmittel;
4. obligatorische Schulspeisung aller Volksschulkinder, zunächst aller Kinder von Erwerbslosen, Kurzarbeitern und Sozialrentnern;
5. Ausbau des hauptamtlichen Schularztwesens. Kostenlose Heilbehandlung und Pflege;
6. sofortige Inangriffnahme von Schulhausneubauten als Notstandsarbeiten;
7. Zusammenfassung der Kranken und Gefährdeten in Waldschulen und Landheimen.

II.

Der Landtag ersucht die Regierung, sofort eine Verordnung zu erlassen, die das Verhängen von Arrest- und Prügelstrafen in den Schulen untersagt.

III.

Der Landtag wolle beschließen:

Für die Volksschulen werden ebenfalls Elternbeiräte zugelassen.

Die Regierung wird beauftragt, alsbald eine entsprechende Vorlage einzubringen.

IV.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Religionsunterricht in den Fortbildungs- und Fachschulen wird sofort aufgehoben.

Der Antrag wird mit zur Beratung gestellt bei dem Etat des Ministeriums des Kultus und Unterrichts. Der Antrag ist gedruckt und verteilt (Drucks. Nr. 118 e I[1]).

Zur Geschäftsordnung erhält das Wort

Abg. **Schreck** (Komm. P.):

Während meiner gestrigen Rede zur Strafrechtspflege ist mir von dem Herrn Präsidenten eine Rüge erteilt worden, weil ich angeblich gesagt hätte: „Der Schneider da drüben usw.". Ich habe heute das Stenogramm erhalten. Im Stenogramm steht so wie ich gesagt habe: „Der Herr Schneider da drüben". Ich stelle das ausdrücklich fest und lege gegen die parteiische Geschäftsführung Verwahrung ein.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Präsident Dr. **Baumgartner**:

Gegen den Vorwurf einer parteiischen Geschäftsführung habe ich meinerseits Verwahrung einzulegen. Da der Herr Abgeordnete Schreck nach seiner Versicherung sich korrekt ausgedrückt hat, so entfällt die Voraussetzung für die Rüge, die ich deshalb zurücknehme. (Zuruf vom Zentrum: Herr Schreck, Sie haben „Schneider" gesagt! — Abg. Schreck: Nein! — Zuruf: Doch!). Die Sache ist damit erledigt.

Abg. Dr. **Schofer** (Zentr.):

Das, was Herr Abg. Schreck zur Begründung gesagt hat, geht gegen jede Ordnung. Er muß auch dem Präsidenten zubilligen, daß er nach seinem eigenen Gehör sein Urteil gibt. Wenn ein Irrtum unterläuft, kann daraus nicht eine parteiische Geschäftsführung abgeleitet werden. Das ist eine Kränkung und eine Beleidigung, die von unserer Fraktion zurückgewiesen wird (Zuruf bei den Kommunisten: Das war gestern auch eine!).

Präsident Dr. **Baumgartner**:

Die Sache ist erledigt. Ich habe erklärt, wenn das Stenogramm so lautet, wie der Herr Abg. Schreck sagt, so entfällt mein Vorwurf. Aber dagegen muß ich mich verwahren mit aller Energie, daß ich eine parteiische Geschäftsführung ausgeübt hätte, weil ich auf Grund eines Hörfehlers, der übrigens nicht nur mir, sondern offenbar auch anderen Abgeordneten unterlaufen ist, die Rüge ausgesprochen habe.

Hierauf wird in die

Tagesordnung

eingetreten:

Fortsetzung der Beratung des Voranschlags des Ministeriums des Innern.

Zu Titel XIV, Gewerbe und Handel
erhalten in der Einzelberatung das Wort

Abg. **Wilser** (D. Vp.):

Gestatten Sie mir, zunächst einige Fragen an die Regierung zu richten zum Titel Gewerbe und Handel, die die Öffentlichkeit in letzter Zeit beschäftigt haben bzw. noch beschäftigen. Es ist da und dort vorgekommen, daß an Sparkassen, sagen wir einmal gewisse Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, die teilweise sogar eine gerichtliche Ahndung gefunden haben, und im Zusammenhang damit steht wohl auch die Entlassung von drei Direktoren — soweit ich einer kurzen Zeitungsnachricht entnehmen kann —, die in der Girozentrale, dem Zentralinstitut der Sparkassen hier in Karlsruhe, erfolgt ist. Und eine weitere Nachricht, die ich in der gleichen Zeitung gelesen habe, besagt, daß ein neuer Direktor bestellt worden sei. Ich wäre dem Herrn Minister dankbar, wenn für die Folge bei derartigen Anlässen durch die Pressestelle irgendeine Notiz herausgegeben würde, die sicherlich zur Beruhigung weiter Kreise unseres badischen Volkes beitragen würde.

Die Sparkassen sind nun einmal Institute, die für die weitesten Volksschichten im Lande die Stellen sind, an der sie ihre Spargroschen niederlegen; Vorkommnisse, wie sie hier vorgekommen sind, haben zu einer lebhaften Beunruhigung unseres Volkes beigetragen und sind sicherlich zur Anregung des Sparens in keiner Weise förderlich. Es ist schon durch die Aufwertung, die ja in weiten Kreisen Verärgerung hervorgerufen hat, eine Mißstimmung gegen die Sparkassen da, die jetzt durch solche Vorkommnisse noch erhöht wird, so daß es wünschens- und dankenswert wäre, wenn für die Folge von seiten der Regierung sofort in der Öffentlichkeit verlautbart würde, wie die Regierung Vorkommnisse — ich kann vielleicht sagen — Vorkommnisse unreeller Art geahndet hat bzw. welche Maßnahmen getroffen worden sind, damit für die Folge Beunruhigungen nach Möglichkeit unterbleiben. Es ist für mich, als einen im Wirtschaftsleben Stehenden eine Selbstverständlichkeit, daß ich deswegen niemand einen Vorwurf mache, weil ich sehr gut weiß, daß bei der besten Leitung und der besten Aufsicht etwas vorkommen kann, was nicht vorkommen sollte, und weswegen man niemanden hängen bzw. anklagen darf, wenn so etwas wider Erwarten eingetreten ist.

Dann ein weiterer Fall, um dessen Aufklärung ich bitte, betreffs die Badische Kraftverkehrsgesellschaft. Soviel mir bekannt ist, soll in neuerer Zeit die Kraftverkehrsgesellschaft ihren ursprünglichen Zweck erweitert und sich auch auf den Handel eingelassen haben. Die Kraftverkehrsgesellschaft ist, wenn ich mich recht besinne, gleich nach dem Kriege mit staatlicher und gemeindlicher Unterstützung ins Leben gerufen worden. Sie hat Fahrzeuge von der Heeresverwaltung übernommen und sollte ursprünglich dazu dienen, den damals noch sehr im argen liegenden Eisenbahnverkehr gewissermaßen als Unterstützung zu dienen. Diesem Zweck ist, soweit ich beurteilen kann, die Kraftverkehrsgesellschaft auch nachgekommen. Ich kann aber jetzt nicht einsehen, daß diese Gesellschaft dazu übergehen soll, Handel mit Reifen und Automobilbetriebsstoff zu treiben, und für fremde Fahrzeuge Reparaturen vornehmen zu wollen. Die eigenen Fahrzeuge in eigener Reparaturwerkstätte auszubessern, ist eine Selbstverständlichkeit, die nicht weiter betont zu werden braucht. Aber in der heutigen Wirtschaftskrise, in der sich auch ein großer Teil des Automobilhandels und der Automobilindustrie befindet, wäre es angebracht, wenn die Badische Kraftverkehrsgesellschaft sich auf derartige Arbeiten nicht einläßt, sondern diese dem Handel und der Industrie und dem Handwerk überläßt.

Ich habe — vor zwei Jahren glaube ich war es — hier über das Submissionswesen gesprochen und muß heute zu meinem Bedauern auf diesen Punkt wieder zurückgreifen, weil teilweise Submissionen ausgeschrieben werden, die den Stempel der Lächerlichkeit an sich tragen. Wenn drei, vier und fünf Firmen aufgefordert werden, ein Angebot einzureichen, bei dem das teuerste Angebot noch nicht 2 M. ausmacht, so muß man sich fragen, ob dieser Zeit- und Kraftaufwand wirklich erforderlich ist. Man sollte bei kleineren Sachen dem liefernden Fabrikanten, Händler oder Handwerker so viel Vertrauen schenken, daß er bei einem wirklich kleinen Objekt keine Riesengewinne machen kann, und soll dadurch nicht eine gewisse Nadelstichpolitik in unser Wirtschaftsleben hineintragen. Aber nicht das ist der Hauptgrund, weshalb ich auf das Submissionswesen zu sprechen komme, sondern etwas anderes, was im Frühjahr dieses Jahres von Berlin von der Reichsbahnaktiengesellschaft beabsichtigt war. Die Reichsbahnaktiengesellschaft wollte ihre sämtlichen Vergebungen von Berlin aus tätigen, sie wollte sämtliche Eisenbahndirektionen ausschalten; die Materialämter, die bisher die Vergebungen an den einzelnen Ämtern vorgenommen hatten, sollten kaltgestellt werden, Berlin wollte alles von sich aus in Bausch und Bogen für das ganze Reich vergeben. Bis jetzt — ich will das ausdrücklich feststellen — ist es noch nicht dazu gekommen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Wilser** [D. Vp.])

Die Vergebung von einer Zentralstelle aus hat gewiß den Vorteil, daß man vielleicht einen noch billigeren Preis erzielt, als es jetzt schon der Fall ist, obwohl bei derartigen Submissionen, wie sie die Reichsbahn ausschreibt, mit einem Verdienst gerechnet wird, der sich nur in Bruchteilen von Prozenten noch ausdrücken läßt. Eine Ausschreibung von einer Zentralstelle aus hat aber auch den weiteren Nachteil, daß dann die Vergebung wohl ausschließlich für den betreffenden Gegenstand nur an eine Fabrik erfolgt, während jetzt durch die Verteilung durch die einzelnen Direktionen die Vergebung an die verschiedenen Lieferanten erfolgen kann, und dadurch auch wieder Arbeiter in verschiedenen Fabriken, nicht nur in einer, beschäftigt werden können. Es hat aber von unserem landsmännischen Standpunkt aus auch die eine Gefahr, daß wir, weit von Berlin entfernt, so gut wie überhaupt nichts mehr bekommen werden, denn es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Firmen, die am Platze selbst ansässig sind bzw. dort ihre Vertreter haben, viel leichter einen Auftrag hereinholen können, als solche, die nur auf den Brief bzw. auf ein Telephongespräch mit der betreffenden Stelle angewiesen sind und sich deshalb nicht entsprechend einsetzen können und benachteiligt werden, selbst wenn sie unter gleichen Bedingungen gleich gute Ware liefern könnten. Ich wäre der Regierung deshalb dankbar, wenn sie, vorausgesetzt, daß derartige Absichten bei der Reichsbahn oder einer anderen Reichsstelle überhaupt einmal spruchreif werden sollen — und die Gefahr besteht nach meiner Kenntnis der Dinge —, sich dann dafür einsetzt, daß es bei der bisherigen Übung bleibt, daß die einzelnen Reichsbahndirektionen beispielsweise, um diese Behörde herauszugreifen, wie bisher in der Lage und befähigt sind, die Verdingungen von sich aus wieder zu tätigen.

Lassen Sie mich nun auf ein Gebiet kurz eingehen, das bei der Justizdebatte eine Rolle gespielt hat, die Frage der Arbeitsgerichte. Ich teile da den Standpunkt, den der Herr Kollege **Wolfhard** eingenommen hat, der dort erklärt hat, daß die Arbeitsgerichte den ordentlichen Gerichten angeschlossen werden sollten. Besondere Gerichte in allen Orten, die für eine größere Zahl von kaufmännischen Angestellten oder Arbeitern in Betracht kommen, einzurichten, hat schon den einen Nachteil, daß ein ganz unverhältnismäßig hoher Kostenaufwand damit verbunden sein wird; es hat aber auch den anderen Nachteil, daß sie von dem unterliegenden Teil, wie alle derartigen Schiedsgerichte, der Parteilichkeit bezichtigt werden würden, und ich halte es deshalb, besonders nachdem unsere Justizverwaltung nahezu einstimmig hier das Vertrauen ausgesprochen bekommen hat, für am zweckdienlichsten, wenn derartige Gerichte den ordentlichen Gerichten, schon der Berufung wegen angegliedert werden, daß die Urteile dort gefällt werden und daß damit der Einwurf einer Parteilichkeit von vornherein ausgeschaltet wird.

Lassen Sie mich nun als ein im Wirtschaftsleben, im Handel stehender Mann auch ein Wort zu einer Einrichtung sagen, die in den letzten Jahren mehr und mehr an Boden gewonnen hat, und das sind die einzelnen Beamteneinkaufsgenossenschaften, die da und dort von der und jener Seite errichtet worden sind, Einkaufsgenossenschaften, die nicht unter den gleichen Bedingungen wie die Industrie und der Handel zu arbeiten haben, die teils dadurch, daß sie überhaupt keine Steuern zu zahlen haben, daß sie keine Angestellten zu verhalten haben, daß sie keine Miete, keine Heizung, keine Beleuchtung als Unkosten zu verbuchen haben, jedem einschlägigen Geschäft — das ist wohl ohne weiteres klar — himmelweit überlegen sind dadurch, daß sie eben die Preise ohne die Unkosten billiger stellen können, wenn die Preise nicht noch durch Unkosten verteuert werden. Ich gebe gerne zu, daß es eine Zeit gegeben hat, in der jeder dort gekauft hat, wo er überhaupt etwas hat bekommen können. Wir sind aber über die Zeiten jetzt hinweg. Die Industrie ist in der Lage, jedes Quantum sofort zu liefern; der Handel ist in der Lage, jedes Quantum sofort zu beschaffen, und da sollte man in der heutigen Lage nicht noch unnötig Konkurrenz machen. Wenn man in behördliche Gebäude kommt — es gibt auch solche in Karlsruhe — und sieht in den Treppenhäusern Plakate, daß der Handel in diesen Häusern verboten ist und dazu z. B. auch der Abschluß von Lebensversicherungen und dergl. gehört, so muß man sich unwillkürlich sagen, daß es schon ziemlich weit gekommen sein muß, wenn die betr. behördliche Leitung zu solchen Mitteln greifen muß, um ihre Beamten auf ihre Pflicht hinzuweisen. Gewiß gibt es Beamte, die sich mit derartigen Geschäften nie befaßt haben und auch nie befassen werden, aber die Tatsache ist nicht wegzuleugnen, daß durch die Beamten-Einkaufsgenossenschaften manchem mehr Waren aufgehängt werden, als er zeitlebens überhaupt verbrauchen kann und ich möchte beinahe behaupten, es kommt alltäglich vor, daß einer, der auf diese Weise Ware bekommen hat, dann in ein Geschäft geht und versucht, die Ware dort unter der Vorgabe, er habe sie in dem Haus gekauft, wieder gegen etwas anderes umzutauschen versucht, weil er zu spät bemerkte, daß er angeschmiert worden ist, bzw. mit seiner Bestellung hereingefallen ist. Ich möchte deswegen von dieser Stelle aus an alle derartigen Einkaufsgenossenschaften die Bitte richten, bei ihrer Arbeit dort zu bleiben, wohin sie gehört. Wenn das Handeln so leicht wäre, dann wären die Klagen, die heute morgen der Herr Kollege **Retzbach** vorbrachte, als er von der Übersetzung des Handels sprach, nicht notwendig gewesen.

Es ist ja leider eingetreten, daß in der Inflationszeit und in der Zeit kurz nachher jeder, der manchmal seinen Namen kaum richtig hat schreiben können, vielleicht seinen Namen überhaupt nicht hat schreiben können, teils deutschen, teils ausländischen Ursprungs sich dem Kaufmannsstand gewidmet und geglaubt hat, daß er dann, wenn er ein schönes Firmenschild aufmacht, eine in die Augen stechende Besuchskarte sich drucken läßt, befähigt wäre, Handel zu treiben. Es ist das ohne Zweifel, so wie die Dinge jetzt liegen, ein Mißstand im Kaufmannsberuf überhaupt, daß jeder oder doch fast jeder die Handelserlaubnis bekommt, daß jeder sich Kaufmann nennen kann, auch wenn er von Haus aus nicht die geringste Befähigung dazu hat.

In der Beziehung ist der Kaufmannsstand gegenüber dem Handwerk weit im Rückstand, denn dort muß jeder, der seine Lehre hinter sich hat, eine gewisse Prüfung ablegen, ob er sich Geselle dieses oder jenes Berufszweiges nennen darf oder nicht, während bei uns im kaufmännischen Beruf ein jeder nach seiner Lehre sich Kaufmann nennen darf, ohne daß hier irgendwelche gesetzliche Schranken gezogen sind. Ich bin durchaus kein Gegner des freien Handels. Im Gegenteil, ich stehe auf dem Standpunkt, daß nur dort, wo die Konkurrenz sich frei entfalten kann, reelle Betriebe überhaupt gedeihen können und wir haben es ja jetzt, ich möchte sagen, erfreulicherweise erlebt, daß in dieser schweren wirtschaftlichen Krise, die Häuser, die auf reeller Basis aufgebaut sind und ihre Geschäfte auch so betrieben haben, nicht zu denen gehören, die den wirtschaftlichen Einflüssen der letzten zwei Jahre zum Opfer gefallen sind und, wie ich zuversichtlich hoffe, auch den Einflüssen nicht zum Opfer fallen werden.

Es gibt ja vielleicht über kurz oder lang einmal eine Änderung hinsichtlich des Begriffes der Gewerbefreiheit: dann wird es wohl angebracht sein, daß wir von seiten des Kauf-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Wilser [D. Vp.])

mannstandes, soweit wir uns als Voll-Kaufleute betrachten, dafür sorgen, daß auch unser Stand einen gewissen Schutz erlangt (obwohl ich andererseits ohne weiteres zugebe, daß ja auch der Titel „Ingenieur" oder die Titel „Architekt" in weitesten Kreisen mißbraucht werden).

Lassen Sie mich nun noch auf einige Fragen eingehen, die in den letzten Tagen bezw. in der letzten Woche hier Gegenstand der Aussprache von seiten verschiedener Redner waren.

Zunächst einmal hat sich der Herr Kollege Graf über die Sonntagsruhe ausgelassen. Es wundert ihn vielleicht, wenn ich sage, daß ich ein Anhänger der vollständigen Sonntagsruhe bin. Ich bin herzlich froh um den freien Sonntag, den wir jetzt seit dem Jahre 1919 bekommen haben. Eine Einschränkung jedoch muß ich machen, und sie ergibt sich daraus, daß innerhalb des deutschen Reiches die Sonntagsruhe leider recht verschiedenartig gehandhabt wird. Vor einigen Jahren (es mögen zwei, es können aber auch drei Jahre sein), haben wir hier in diesem hohen Hause eine lebhafte Aussprache darüber gepflogen, wie verschiedenartig die Sonntagsruhe in den verschiedenen Staaten — es wurden Baden, Württemberg, Bayern und Hessen genannt — gehandhabt wird (Zuruf). Dabei hat sich ergeben, daß wir in Baden diejenigen waren, die sich am schärfsten und strengsten an den Text des Gesetzes gehalten haben (Abg. Heurich: Das ehrt uns!). Gewiß, das ehrt uns; aber, Herr Kollege Heurich, die Sache hat doch auch eine Schwierigkeit und ich glaube, daß Sie mir darin beipflichten werden. Die Schattenseite liegt darin, daß unsere Leute sagen: Wenn in Hessen, Bayern oder Württemberg das Gesetz so milde ausgelegt werden kann — warum wird es denn dann gerade bei uns so sehr viel schärfer ausgelegt und warum treibt man Leute, die beispielsweise auf der badisch-hessischen Grenze wohnen, geradezu über die Grenze hinüber, wenn sie den Wunsch hegen, Sonntags etwas einzukaufen?! Vor einiger Zeit haben wir ja hier einen Antrag angenommen, der auf eine einheitliche Regelung der Sonntagsruhe hinzielt: Ich wäre wirklich außerordentlich dankbar, wenn recht bald die Reichsregierung dazu käme, eine solche einheitliche Gestaltung der Sonntagsruhe über das ganze Reich durchzuführen. Wie dabei den besonderen Eigenheiten unseres Schwarzwaldes Rechnung getragen und wie überhaupt den abgelegenen Orten geholfen werden kann, darüber wollen wir uns heute vielleicht lieber nicht unterhalten; darauf werden wir uns bei anderer Gelegenheit einzulassen haben.

Nun hat der Herr Kollege Graf sich bei seinen Ausführungen noch auf ein anderes Gebiet begeben, indem er die hohen Unkosten der Handelskammern gerügt hat. Ich stimme ihm da ohne weiteres zu; die Ausgaben bei den Handelskammern — und ich glaube, daß es bei den Handwerkskammern sich ähnlich verhält — sind im Laufe der Nachkriegszeit, vor allen Dingen innerhalb der Inflationszeit und hier also insbesondere im Jahre 1923 in einem starken Maße gestiegen; wir haben bei den Handelskammern erlebt, was uns auch an andern Stellen entgegengetreten ist: daß eine Aufblähung des ganzen — nicht nur politischen, sondern auch wirtschaftlichen Körpers sich gezeigt hat. Dort abzubauen muß unbedingt unsere Pflicht sein; das soll nicht bestritten, das soll anerkannt werden.

Aber wenn der Herr Kollege Graf gegen die Handelskammern bezw. gegen die hohen Etats, welche sie aufweisen, sich aussprach und damit — wenn er es auch nicht aussprach, so doch indirekt — sagen wollte, daß beispielsweise zuviel Syndizis bei den Handelskammern angestellt sind, so ist das, wie ich ohne weiteres zugebe, als richtig anzuerkennen; nur müßte er auch so ehrlich sein, auf der anderen Seite zuzugestehen, daß wir auch reichlich mit Gewerkschaftssekretären bedacht sind, was ganz gewiß nicht zur Verbilligung unseres Wirtschaftslebens beiträgt (Abg. Heurich: Dieser Ausdruck und diese Bemerkung waren sehr deplaciert!). Das ist die andere Seite, die man zeigen mußte, nachdem die erste Seite gezeigt worden war (Zuruf: Die sind erst nachher gekommen!). „Sie sind erst nachher gekommen", wir haben aber trotzdem reichlich genug, und man hat ja auch die Erfahrung machen können, daß man — ich sage aber ausdrücklich: wenn es sich um vernünftige und sozialdenkende Arbeitgeber handelt — bei Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmerschaft gar keine Mittelpersonen braucht, weder den Syndikus einer Handelskammer, noch sonst eines wirtschaftlichen Unternehmens, noch aber auch einen Gewerkschaftssekretär. Die beiden Seiten werden — ich betone aber nochmals, wenn sie beide vernünftig und beide guten Willens sind — es schon erreichen, ohne Mittelperson miteinander auszukommen und zur Verständigung zu gelangen (Abg. Heurich: Wir sind bereit, den Platz zu räumen, sobald soziale Gerechtigkeit eintritt und herrscht!). Sie werden nicht finden, Herr Abg. Heurich, daß hier in diesem Saale die Wirtschaft durch irgend einen Syndikus oder jemand ähnliches vertreten ist (Zuruf aus der sozialdemokratischen Fraktion: Das besorgen andere!). Herr Kollege Graf, wenn Sie sagen „Das besorgen andere", so muß ich Ihnen darauf erwidern: Wenn alle Leute, die Arbeitgeber sind, in so vernünftiger und ruhiger Weise (Unterbrechung durch Zurufe aus der sozialdemokratischen Fraktion: Der Herr Abg. Graf hat es ja gar nicht gesagt!). Gut, dann gilt es dem Herrn, der es gesagt hat, dem Herrn Kollegen Dr. Engler (Erneute Zurufe: Der Herr Abg. Marxloff war es!). Schön, Herr Kollege Marxloff, wenn alle Arbeitgeber, die hier in diesem Saale sind, so vernünftig und zur Verständigung bereit wären, dann brauchte man wohl gar keinen Syndikus und man brauchte auch gar keinen Arbeitersekretär.

Im Laufe der Aussprache ist auch verschiedentlich auf das amerikanische Wirtschaftsleben, beziehungsweise auf die Methoden hingewiesen worden, die dort eingeführt sind. Mit vollem Rechte hat der Herr Kollege Heurich ausgeführt, die technische Vollkommenheit der Fabrikationseinrichtungen in Amerika sei derartig, daß die Amerikaner einerseits in der Lage sind, wesentlich höhere Löhne zu bezahlen, als sie bei uns gegeben werden — und daß sie dennoch ihre Preise niedrig halten können. Das ist ohne Zweifel richtig; nur hat der Herr Kollege Heurich vergessen, eines hinzuzufügen: Er hat nämlich unterlassen, auf den ungeheueren Vorteil hinzuweisen, den Amerika dadurch genießt, daß es sämtliche Rohstoffe im Lande hat. Diese Verschiedenheit muß man scharf ins Auge fassen: Während wir in Deutschland, von den Kohlen abgesehen, bei jedem Rohstoff — aber sonst auch bei jedem, bei der kleinsten Menge eines solchen Rohstoffes! — auf die Einfuhr angewiesen sind, hat der Amerikaner alles, was er braucht, in Hülle und Fülle schon im eigenen Lande. Das ist ein Vorteil, der überhaupt durch gar nichts aufgewogen werden kann.

Deshalb ist es mir auch unverständlich, weshalb sich heute früh der Herr Kollege Brümmer so entschieden dagegen ausgesprochen hat, daß wir Kolonien anstreben sollen (Auf einen Zuruf aus der sozialdemokratischen Fraktion:) Gewiß! aber im Jahre 1914 waren wir auch erst im Anfangsstadium! da hatten wir erst damit begonnen, aus unseren Kolonien die Schätze der Natur für unsere Produktion im Inlande hereinzuholen. Es hätte vielleicht noch einmal so lange gedauert, bis die Schätze, die wir in unseren Kolonien hatten,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Wilser** [D. Vp.])

so hätten ausgenützt werden können, daß wir hier einen größeren Nutzen davon gehabt hätten (Zuruf des Abg. Brümmer). Aber, Herr Kollege Brümmer, einmal müssen wir doch den Anfang machen! Den Versuch aber, daß wir Kolonien bekommen, müssen wir immer und immer wieder von neuem unternehmen, um dadurch uns in den Stand zu versetzen, daß wir unsere Rohstoffe gewissermaßen (wenn ich mich so ausdrücken darf), von unserem eigenen Grund und Boden bekommen (Zuruf von der sozialdemokratischen Fraktion: „Unserem"!), damit wir nicht auf die Gnade — oder vielmehr eigentlich auf die Ungnade unserer wenig freundlichen Nachbarn angewiesen sind und angewiesen bleiben (Abg. Schreck: Sehr bescheiden!). Herr Kollege Schreck, man muß von den Dingen ein klein wenig verstehen (Abg. Schreck: Ja natürlich!). Ich glaube, mir durch jahrelange Tätigkeit im Ausland doch auch ein gewisses Urteil in diesen Dingen angeeignet zu haben und glaube insbesondere über die Frage der Kolonien mir ein Urteil bilden zu können, zumal ich gerade bei meinem Aufenthalt im Auslande in einer Gegend war, die man nicht eben als europäisches Inland bezeichnen kann.

In seinen Ausführungen hat der Herr Kollege Heurich weiter davon gesprochen, daß bei der bekannten Zusammenkunft von Industriellen bzw. von Arbeitgebern in Essen ein ungewöhnlich scharfer Ton in den wirtschaftlichen Prozeß getragen worden — daß aber dann durch die Zusammenkunft in Köln die Stimmung wieder etwas gemildert worden sei. Ich stimme dem Herrn Kollegen Heurich zu, wenn er davon spricht, daß es auf seiten der Arbeitgeber Scharfmacher gibt: Die hat es jederzeit gegeben, solche gibt es auch heute und solche wird es immer geben! Dafür sind wir nun einmal alle Menschen, von denen die einen so und die anderen anders eingestellt sind. Aber Herr Kollege Heurich, vielleicht haben Sie heute früh dasselbe Empfinden gehabt wie ich, als Sie die Rede des Herrn Kollegen Brümmer anhörten: daß es nämlich auch auf der anderen Seite Leute gibt, die man mit dem Worte „Scharfmacher" bezeichnen kann. Wenn man viele solcher Reden anhören muß wie diejenige des Herrn Kollegen Brümmer, durch die in dieser Art scharf gemacht wird, dann sind wir von dem, was wir alle anstreben — nämlich von der Volksgemeinschaft — noch weit entfernt (Beifall in der Mitte).

Abg. **Lang** (Bürgerl. Ver.):

Sie brauchen nicht zu glauben oder zu befürchten, daß ich zu Titel XIV des uns vorliegenden Voranschlages, „Gewerbe und Handel", nun ein großes Klagelied über die Notlage des Handwerks anstimmen werde (Ruf links: Das kann man ja auch gar nicht! — Gegenzuruf rechts). Wir klagen ja überhaupt selten (Heiterkeit) und wir beschäftigen so selten dieses Hohe Haus (Rufe: Na, na!). Und wenn wir es einmal beschäftigen, dann befleißigen wir uns äußerster Kürze. Bei uns gilt wie früher auch heute noch der Handwerkerspruch: „Steh frisch auf — reiß's Maul auf — hör bald auf!" (Lebhafte Heiterkeit — Rufe: Sehr richtig! Sehr gut!). Ich möchte nur hoffen, daß auch das Hohe Haus sich diesen soeben ausgesprochenen Grundsatz zu eigen mache (Ruf: Nicht übel!). Wenn das geschieht, werden wir nicht mehr nötig haben, solange hier zu tagen, wie wir das in den letzten Tagen von verschiedenen Seiten bedauern hörten.

Wir Angehörige des Handwerks klagen und jammern nicht; wir sind nicht gewöhnt, mit Klagen vor den Landtag zu treten, wie sie so oft von den anderen Ständen hier vorgetragen werden. Uns liegt das nicht; denn wir vom Handwerk sind gewöhnt, einen schweren Daseinskampf zu führen. Der sprichwörtliche „goldene Boden" des Handwerks ist zur Historik geworden. Heutzutage liegen im Handwerk die Dinge doch so: Man hat sich als Arbeiter einige Groschen erspart, hat sich selbständig gemacht und hat mit Mühe und Not die Selbständigkeit bewahrt. Wir sind stolz darauf, daß aus Arbeitern über den Handwerksbetrieb hinweg sich Firmen von Weltruf geschafft und gearbeitet haben. Es war dies im alten Staat möglich. Hoffen wir, daß auch im neuen Staat bald wieder Geltung haben wird das Wort: Dem Tüchtigen freie Bahn! (Sehr gut! bei der Bürgerlichen Vereinigung). In den achtziger und neunziger Jahren haben bedeutende Volkswirtschaftler sich dahin geäußert, daß das Handwerk einen Todeskampf führe, den man nicht verlängern, sondern beschleunigen solle, der Todeskampf müsse kurz sein, denn es werde sich nicht lange über Wasser halten können. Das Handwerk aber hat sich bis heute aus eigener Kraft heraus über Wasser gehalten! Gewiß, es muß zugegeben werden: Wäre die elektrische Kraft und der Kleinmotor nicht gekommen, so wäre es gewiß um das Handwerk geschehen gewesen (Sehr gut! bei der Bürgerlichen Vereinigung). Die elektrische Kraft hat das Handwerk wieder konkurrenzfähig gemacht.

Ich möchte dabei wünschen, daß gerade in dieser Hinsicht die Strompreisbildung des Badenwerks sich derart gestalten möge, daß nicht mehr so viele Klagen aus dem Handwerk heraus über diese Strompreisbildung des Badenwerks geführt werden (Sehr gut! bei der Bürgerlichen Vereinigung).

Im Jahre 1919 hat sich durch die vier badischen Handwerkskammern das „Forschungsinstitut für rationelle Betriebsführung im Handwerk" gebildet. Dieses Forschungsinstitut hat segensreich für das Handwerk gewirkt, und es ist dankbar anzuerkennen, daß die Regierung das Landesgewerbeamt mit seinem Leiter, Herrn Oberregierungsrat Buccerius, beauftragt hat, in diesem Institut mitzuarbeiten. Wir im Handwerk sind dem Herrn Oberregierungsrat Buccerius für seine großartigen, fördernden Vorträge und vorbildlichen Winke, die er dem Handwerk gegeben hat, sehr dankbar, was ich an dieser Stelle zum Ausdruck bringen möchte. Weiter muß auch gesagt werden, daß die Handelshochschule Mannheim mit ihrer kaufmännischen Abteilung das Forschungsinstitut in jeder Weise unterstützt. Wir hoffen und wünschen, daß die Regierung diesem Institut jede mögliche Unterstützung weiter gewährt; denn es sind Bestrebungen im Gang, das Institut von Karlsruhe hinweg in andere Städte zu legen. Das Forschungsinstitut wird auch in anderen Ländern, wie z. B. in der Schweiz, in Schweden, England und Frankreich, sehr anerkennend beurteilt.

Es muß auch gesagt werden, daß wir vom Handwerk großen Wert legen auf die Weiterausbildung der Lehrlinge, wenn sie zu Gesellen geworden sind, und wir freuen uns, daß in den Voranschlag für die Weiterausbildung von Industriearbeitern, Gesellen und Meistern eine Summe von 24 000 M. eingesetzt ist. Die Lehrlinge besuchen heutzutage obligatorisch die Gewerbeschule, was wir lobend anerkennen. Nur sind wir damit meistens nicht einverstanden, daß dort die Theoretik mit der beruflichen Ausbildung in der Schule nicht gleichen Schritt hält: Man belastet dort die jungen Leute mit Dingen, die sie vorderhand nicht brauchen können.

Ich gehe auf eines ein, was heute morgen der Herr Kollege Brümmer gesagt hat; er hat gesagt, man solle für Weiterbildung der Lehrlinge sorgen, wenn sie Gesellen würden, gerade da müßte man den größten Wert auf die Weiterbildung

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Lang** [Bürgerl. Ver.])

legen. Früher war es doch so, daß der junge Mann, wenn er die Lehre beendigt hatte, hinaus auf die Wanderschaft ging, sein Wissen bereicherte und dann als tüchtiger Arbeiter wieder zurükkam, um sich selbständig zu machen oder in einen Betrieb zu gehen, wo er auf Grund seiner Kenntnisse meistens eine leitende Stellung übernehmen konnte. Heute sind die Leute durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen, am Platze sitzen zu bleiben, und können sich leider Gottes diese Erfahrung, die das Beschäftigtsein an anderen Betrieben an anderen Orten mit sich bringt, nicht aneignen. Trotzdem muß aber auf die Ausbildung der Lehrlinge das größte Gewicht gelegt werden. Gerade in der Jetztzeit, wo es an Arbeitsgelegenheit mangelt und so wenig Leute in der Lehre unterkommen, muß darauf hingewiesen werden, daß das Baugewerbe das Zukunftsgewerbe sein wird, wenn es auch gegenwärtig sehr darniederliegt. Denn in Zukunft wird es die höchste Aufgabe für alle Länder und Gemeinden sein, darauf hinzuwirken, daß die Wohnungsnot behoben wird; und wenn die Wohnungsnot behoben werden soll, muß unter allen Umständen gebaut werden. Wenn diese Bauperiode einsetzt — ich hoffe es und es wird auch zutreffen — dann wird es so kommen, daß es an gelernten Bauarbeitern mangelt und wir wieder auf ausländische Kräfte zurückgreifen müssen, was sehr zum Schaden unserer einheimischen Arbeiter sein wird.

Nun hätte ich noch über das Submissionswesen Klage zu führen. Gewiß, wir haben in Baden eine Verdingungsordnung, die badische Verdingungsordnung, die von allen Ländern als Muster dargestellt worden ist, leider Gottes wird diese Verdingungsordnung durch die Reichsverdingungsordnung illusorisch gemacht, indem wir uns dieser Reichsverdingungsordnung unterwerfen. Gewiß bringt uns das Nachteile, aber wir sind froh, wenn das Submissionswesen endlich einmal eine einheitliche Durchführung erfährt.

Die Klagen über das Submissionswesen treten gerade in letzter Zeit häufig auf. Die wirtschaftliche Not zwingt manchen zu Preisabgaben, die von einem Verdienen nicht mehr reden lassen können. Es kommt auch vor, daß Arbeiten vergeben werden, trotzdem man genau weiß, daß der Mann diese Arbeit, wenn er sie vertragsmäßig ausführen will, nicht meistermäßig herstellen kann. In der heutigen armen Zeit muß allerdings das freie Spiel der Kräfte wirken und der Staat kann nicht einfach mir nichts dir nichts Arbeiten vergeben, ohne zu fragen, wie hoch sich die Herstellungskosten der Gegenstände belaufen. Aber hier muß gesagt werden, daß der Staat doch auch darauf sehen muß, jedem unreellen Geschäftsgebaren die Spitze abzubrechen, indem er genau darauf achtet, daß sämtliche Arbeiten vertragsmäßig ausgeführt werden, und keinerlei Rücksicht auf den Unternehmer nimmt. Wer seine Arbeit nicht vertragsmäßig und meistermäßig ausführt, hat sie einfach wieder mit nach Hause zu nehmen! Kein Abzug an der Rechnung, sondern Zurückschlagen der Arbeit ist das Richtige! Dann kommen wir zu einer meistermäßigen Arbeit, dann kommen wir aber auch zu der Arbeit, die sich dem Staate gegenüber bezahlt macht, weil sie dauerhaft ist und die Pfuscharbeit überdauern wird (Sehr gut! bei der Bürgerlichen Vereinigung).

Nun habe ich noch den weiteren Wunsch, daß gerade bei Vergebung von Arbeiten die Arbeiten in kleinere Lose zerlegt werden, damit es jedem möglich ist, Arbeit zu erhalten. Das Zerlegen in kleinere Lose macht der vergebenden Behörde wohl verschiedentlich mehr Arbeit; auf der anderen Seite aber wirkt es sich auch dahin günstig aus, daß die verschiedenen Unternehmer gegenseitig in einen Wettbewerb treten und jeder versucht, die bessere Arbeit zu liefern. Wir wollen nicht vergessen, daß es in der Inflationszeit das Handwerk war, das den Staat und die Behörden bedient hat. Während andere Auslandslieferungen annahmen, war es das Handwerk, das den Staat in jeder Beziehung reell und richtig bedient hat (Sehr richtig! bei der Bürgerlichen Vereinigung).

Nun einige Worte über die Regiebetriebe. Nach unserer Ansicht sind die Regiebetriebe nicht aufzubauen, sondern abzubauen; denn es kann in den meisten Fällen nachgewiesen werden, daß sie nicht billiger als die Privatbetriebe arbeiten, sondern im Gegenteil manchmal sehr teuer arbeiten. Gerade hier habe ich ein Schreiben von seiten der Steinindustrie, die lebhafte Klage darüber führt, daß, nachdem der Landtag ein Staatsstraßenbauprogramm für die nächsten 10 Jahre festgelegt hat, daß die staatlichen Steinbruchbetriebe wie Pilze aus der Erde schießen würden. So schreibt man da: Es wurde ein großer Pflastersteinbruch angefangen in Oberflockenbach bei Weinheim, ein weiterer bei Bühl, in Kappelwindeck, noch ein Pflastersteinbruch in Neusatz und augenblicklich wird ein Großbetrieb angefangen im Murgtal. Ich möchte doch bitten im Interesse dieser Industrie, die gegenwärtig viele Arbeitslose hat, diese wenn möglich zu unterstützen, und wenn möglich das Straßenbauprogramm, welches in 10 Jahren durchgeführt werden soll, in 5 Jahren durchzuführen.

Nun wird weiter auch darüber Klage geführt, ebenfalls von der Steinindustrie (Glocke des Präsidenten).

Präsident Dr. **Baumgartner** (unterbrechend):

Herr Kollege, ich glaube, das wird beim Titel Finanzministerium, Straßenbau, behandelt werden. Dort ist jedenfalls Gelegenheit zu sprechen, weil ja auch dort die Eingabe verabschiedet werden muß. Die Eingabe liegt ja dem Landtag vor.

Abg. **Lang** (fortfahrend):

Gut, dann lege ich die Sache zurück (Heiterkeit). Wir kommen ja so sehr selten einmal zum Wort, daß wir, wenn wir einmal am Worte sind (Präsident Dr. Baumgartner: Herr Kollege Lang, Sie haben ja Gelegenheit, an der zuständigen Stelle dann zu sprechen). Gut.

Der Herr Berichterstatter, der Herr Abg. Dr. Glockner, hat in seinem Bericht unter tiefem Schweigen des Hauses gesagt, daß der Badische Baubund in Liquidation sei und die Gelder in Höhe von 218 000 M., die der badische Staat diesem Unternehmen gegeben hat, zum größten Teil verloren seien. Viel kleinere und mittlere Handwerker sind durch das Geschäftsgebaren dieses Baubunds sehr geschädigt worden. Der Baubund hat schon, als er auf wackeligen Füßen stand, durch seinen Direktor, als verschiedene Handwerker ihn fragten, wie es mit den Zahlungen der Lieferungen sei, erklärt: Habt nur keine Angst, Ihr verliert nichts, hinter uns steht der badische Staat! Und nun haben sich die Dinge so entwickelt. Man hat trotz Warnung von unserer Seite, namentlich von seiten unseres verstorbenen Kollegen Goerlacher, der im Gegensatz eines großen Teiles seiner Partei ein sehr scharfer Gegner des Baubunds war, diese Gelder an den Baubund gegeben, und nun haben sich die Dinge so entwickelt. Wir wünschen nur, daß die Regierung noch für die Handwerker herausholt, was herauszuholen ist, um die Handwerker nicht große Verluste erleiden zu lassen. Im Interesse der Steuerzahler und im Interesse des Handwerks müssen derartige Dinge unter allen Umständen verschwinden (Abg. Dr. Wolfhard: Herausholen,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Lang [Bürgerl. Ver.])

wenn etwas herauszuholen ist!). Die Regierung ist doch beteiligt mit dem größten Teil, und die kann nur dafür Sorge tragen, daß für die Handwerker noch ein Teil ihrer Forderungen gerettet wird. So liegen die Dinge.

Nun noch ein Wort über die Handwerksmeister und Arbeiter. Heute morgen wurde sehr viel darüber gesprochen und ich muß sagen: Wenn einer die Nöte des Arbeiters kennt, dann ist es wohl der Handwerksmeister, der in jeder Stunde und jeder Zeit mit ihnen in Berührung ist und selbst mit ihnen arbeitet, und es muß gesagt werden, daß die Worte, wie sie heute morgen gesprochen worden sind, nicht dazu angetan sind, ein gedeihliches Arbeiten zu fördern, sondern viel eher eine Schärfe hinein tragen in dieses gegenseitige Arbeitsverhältnis. Sehr gefreut haben mich die versöhnlichen Worte des Herrn Kollegen Heurich, aber weniger erfreulich waren die Ausführungen des Herrn Kollegen Graf. Der Herr Kollege Graf ist auf die Innungskrankenkassen zu sprechen gekommen und hat sich in ziemlich abfälliger Weise über die Innungskrankenkassen geäußert. Nun hat er auch gesagt, daß die Handelskammer sich in die Angelegenheit betreffs der Zahnkliniken hineingemischt habe. Herr Graf, die Handwerkskammer (Abg. Graf: Um die Handelskammer handelt es sich!). Jawohl, aber die Handwerkskammer ist der gleichen Meinung (Abg. Graf: Die geht es eben auch nichts an!). So gut wie die Handelskammer! Nun, ich werde Ihnen nachher sagen, daß wir auch noch etwas zu sagen haben, allerdings ist es verschwindend wenig, in den Ortskrankenkassen. Nun hat die Handelskammer Stellung genommen und hat folgendes geschrieben, Herr Kollege Graf:

„Die Handelskammer Karlsruhe befaßte sich in den jüngsten Sitzungen ihres Vorstandes zunächst mit dem bekannt gewordenen Plan der Ortskrankenkasse Karlsruhe, eine besondere Zahnklinik zu errichten. Schon aus grundsätzlichen Erwägungen sieht die Kammer es für geboten, derartigen Absichten entgegenzutreten. Auch kann es nicht im Interesse der versicherten Angestellten liegen, daß die freie Arztewahl beseitigt wird und die Zahnbehandlung in eine Zahnklinik der Ortskrankenkasse verlegt wird. Es ist damit zu rechnen, daß sich namentlich aus Kreisen der kaufmännischen Angestellten Widerspruch erhebt, der übrigens jetzt schon in die Erscheinung zu treten beginnt. Die Kammer wird bei der zuständigen Behörde die erforderlichen Schritte unternehmen, um zu verhüten, daß mit Mitteln selbständiger Unternehmer Einrichtungen geschaffen werden, die demselben Kreise zum Nachteil gereichen."

Wir von der Handwerkskammer haben dieselbe Auffassung. Wir sagen uns: Wo bleibt da die Freiheit?, Herr Kollege Graf! Es wird jeder gezwungen, sich da in dieser Zahnklinik behandeln zu lassen. Ich weiß gar nicht, wie Sie sich die Dinge vorstellen, scheinbar so: Herein in Stuhl, Mund auf, bitte weit auf, heraus mit dem Zahn! Anders kann ich mir die Dinge gar nicht vorstellen.

Überhaupt möchte ich nur noch einige Worte sagen über diesen Zustand zwischen den Krankenkassen einerseits und den Zahnärzten und Dentisten andererseits. Herr Abg. Graf, wie dort von seiten der Ortskrankenkassen als Unternehmer mit der anderen Seite umgesprungen wird, das ist gerade kein Ruhmesblatt. So sieht es aus, wenn Gewerkschaftsführer Unternehmer werden! (Abg. Graf: Kein Ruhmesblatt für die Innungskrankenkassen!). Ja, nicht die Innungskrankenkassen, Herr Graf, das weiß ich besser; ich spreche nur von den Ortskrankenkassen. Die Innungskrankenkasse kann nur dem folgen, daß sie sagt: Wir wollen für einen gerechten Ausgleich in der Sache arbeiten (Abg. Graf: Fragen Sie einmal die Ärzte!). Man kann die Sache nicht einfach so drehen, wie Sie es drehen, daß man einfach sagt, man schaltet alles Private aus und sozialisiert alles (Abg. Rückert: Er rennt ja offene Türen ein!).

Soviel zu den Krankenkassen. Nun hat heute morgen der Herr Abg. Brümmer auf die amerikanischen Verhältnisse hingewiesen. Herr Kollege Brümmer, ich sage: Gott schütze unsere Arbeiter davor, daß sie in amerikanische Verhältnisse hineinkommen! Denn was ist dort der Arbeiter? Nichts mehr als eine Maschine, als ein Gegenstand, der ausgepreßt wird bis zum letzten. Bei uns liegen die Dinge doch so, daß wir die soziale Versicherung haben, und bei Gott, wir sind stolz darauf, daß wir sie haben. In Amerika kennt man sie nicht, das habe ich hier schon einmal geäußert, und unsere Arbeiter könnten stolz darauf sein, daß wir diese Versicherungen haben. Aber durch die Reden, die heute morgen hier gehalten worden sind, kommen wir nicht zu dem, wozu wir kommen sollen. Hier wird ein Stand gegen Stand ausgespielt, und das Volk ist doch jetzt in der größten Not. Da wäre es doch Pflicht von jedem unter uns, die Gegensätze auszugleichen und nur das einzige große Ziel im Auge zu haben: Uns gegenseitig zu schützen und zu stärken in diesem großen wirtschaftlichen Kampf (Beifall).

Abg. Heinzmann (Zentr.):

Wir haben heute früh aus dem Munde meines Herrn Kollegen zur Linken, Dr. Retzbach, gehört, daß in der Industrie und im Gewerbe ein ständiges Abnehmen der selbständigen Existenzen zu beobachten ist. Das gleiche gilt auch bezüglich des Handwerks, soweit die Zahlen heute bekannt sind. Und ich meine, so wie die Dinge liegen, dürfte es nicht im Interesse des Volkes, nicht im Interesse des Staates liegen, daß die selbständigen Existenzen des Handwerks, des Mittelstandes, in weiterem Maße verringert werden, und damit naturnotwendig das Heer derjenigen, das heute schon übergroß ist, das Heer der Erwerbslosen, vergrößert wird. Es muß Aufgabe des Staates sein, mit allen Mitteln dahin zu streben, daß diese in volkswirtschaftlicher Hinsicht recht unerfreulichen und tiefeinschneidenden Zeiterscheinungen in die richtigen Wege geleitet werden, um eine gedeihliche Förderung des Mittelstandes, des Handwerks und Gewerbes, ermöglichen zu können (Beifall). Ich begrüße es außerordentlich, daß im Voranschlag Titel XIV in den verschiedenen Abteilungen recht erhebliche Beträge zur Förderung des Handwerks eingestellt sind. Diese Beträge dienen wohl in einem weiten Umfang der Stadt, sie dienen aber auch in gleichem Maße dem Lande. Wenn ich das Land nenne, so geschieht es deswegen, weil ich der Meinung bin, daß man heute gerade mehr denn je Wert darauf legen sollte, die selbständigen Existenzen auf dem Lande, die erheblich gefährdeter erscheinen, die Existenzen der kleinen Handwerker, die viel leichter in die Industrie hinüberrutschen, zu erhalten. Ein Mittel dazu, um das in etwas möglich zu machen, möchte ich der Regierung empfehlen:

Die Kreditbeschaffung ist heute auf dem Lande außerordentlich schwierig. Auf dem Lande findet man als Geldinstitut vielfach nur die Sparkassen. Den Sparkassen auf dem Lande ist aber allgemein die erweiterte Geschäftsbefugnis nicht gestattet. Nun kann der kleine Handwerker und Gewerbetreibende unmöglich seine Verpflichtungen erfüllen, er kann unmöglich in wirkungsvolle Konkurrenz treten, wenn er nicht die Möglichkeit hat, den bargeldlosen Verkehr durchzuführen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Heinzmann** [Zentr.])

und ich möchte deshalb wünschen, daß, soweit es eben möglich ist, den Landgemeinden, insbesondere den großen Landgemeinden die Möglichkeit gegeben wird, ihre Sparkassen, soweit sie solche haben, für die erweiterte Geschäftsbefugnis zuzulassen. Ich glaube, daß damit mancher kleine Geschäftsmann, für den es heute, wenn er auswärts gehen muß, wo er nicht bekannt ist, außerordentlich schwer hält, die erforderlichen flüssigen Mittel für sich zu beschaffen, dadurch erhalten werden könnte, und ich möchte der Regierung recht angelegentlich empfehlen, zu prüfen, wo es angängig ist, und wo die Voraussetzungen gegeben sind, diese erweiterte Geschäftsbefugnis für die Sparkassen zuzulassen.

Minister des Innern **Remmele**:

Zu dem von Herrn Abg. Wilser gestellten Antrag habe ich folgendes zu bemerken:

Die Girozentrale ist bekanntlich die Bank der Sparkassen, also kein Institut, das Spargelder unmittelbar einnimmt. Sie steht allerdings unter Staatsaufsicht. Nach dem Vorkommnis bei der Filiale Karlsruhe der Girozentrale, hat die Staatsanwaltschaft die Untersuchung in die Hand genommen. Es war von diesem Zeitpunkt an dem Ministerium des Innern als Aufsichtsbehörde keine Möglichkeit gegeben, ihrerseits in irgendeine Kundgebung zu diesem Vorkommnis Stellung zu nehmen. Die Untersuchung wird fortgeführt und es steht zu erwarten, daß in Bälde die erforderliche Aufklärung gegeben wird. Insoweit es notwendig gewesen wäre gegenüber der Öffentlichkeit über die internen Vorgänge etwas zu sagen, wäre dazu nach Lage der Verhältnisse eigentlich nur der Vorstand der Girozentrale in der Lage gewesen. Er war darüber, neben dem Untersuchungsrichter, am besten orientiert.

Der Wunsch, die Kraftfahrgesellschaft solle ihren Betrieb eingeschränkt erhalten, bzw. die Auffassung, die Kraftfahrgesellschaft habe eigentlich keine Existenzberechtigung mehr, ist eine Auffassung, über die man nach Lage der Verhältnisse durchaus streiten kann. Diese Auffassung wurde von der badischen Regierung im Jahre 1924 auch vertreten, die Kraftfahrgesellschaft ist jedoch eine Gründung des Reiches und des Landes zusammen. Das Reichsverkehrsministerium, das Reichsministerium des Innern und das Reichwehrministerium waren nach dem Zusammenbruch an den Gründungen der Deutschen Kraftfahrgesellschaft beteiligt. Die Badische Kraftfahrgesellschaft ist die kleinste aller deutschen Gesellschaften, sie hat ihren Betrieb außerordentlich eingeschränkt gehalten und ist im wesentlichen heute im Geschäftsverkehr mit den badischen Eisenbahnen. Sie kommt als ausschlaggebende Konkurrenz für den allgemeinen Verkehr insbesondere den privaten Fahrunternehmungen gegenüber kaum in Betracht. Wenn aber die Kraftfahrgesellschaft für Leute, die ihre Wagen bei ihr einstellen, waschen läßt und kleine Reparaturen vornimmt, so liegt das ganz in dem Rahmen dessen, was eine Kraftfahrgesellschaft an und für sich tun muß, und insbesondere deswegen, weil wir doch darauf halten müssen, daß die Kraftfahrgesellschaft ohne Staats- oder Reichszuschuß auskommt.

Den Wunsch des Herrn Abg. Wilser zu erfüllen, hieße von vornherein den Betrieb als Defizitbetrieb aufzuziehen. Dazu können wir unsere Hand nicht bieten, nachdem das Reich uns gegenüber erklärt hat, daß ein Antrag auf Auflösung der Gesellschaft zurzeit inopportun sei, aus Gründen, die hier allgemein vorzutragen, ich nicht in der Lage bin. Jedenfalls möchte ich ganz allgemein sagen zu diesem Problem, daß die Parole maßgebend ist für die Geschäftsführung, den Betrieb nicht aufzublähen, sondern so zu halten, wie er sich in der gegenwärtigen Zeitlage entwickelt hat.

Die Wünsche bezüglich der Art der Durchführung der Submission bei der Reichsbahn würden wohl prattischerweise noch einmal bei Besprechung des Voranschlags des Finanzministeriums vorgetragen. Das Finanzministerium ist ressortmäßig zuständig für den Verkehr mit der Reichseisenbahnverwaltung und für die Verfolgung der Interessen der badischen Geschäftswelt, soweit die Reichsbahn im Mittelpunkt der Interessen steht.

Bezüglich der Bemerkung, in Baden würde die Sonntagsruhe am schärfsten durchgeführt, so wenigstens sage man in Württemberg, Hessen und Bayern, möchte ich meinerseits sagen, daß man dieser Auffassung nicht beitreten möge. Sie können aus den parlamentarischen Berichten Württembergs, Bayerns oder Hessens bei dieser und jener Gelegenheit das ganz gleiche Argument hören, wo auf Baden hingewiesen und der eigenen Regierung und Verwaltungsbehörde der Vorwurf gemacht wird, daß sie noch preußischer wäre als Preußen und das Reich in der Durchführung von gesetzlichen Maßnahmen. Das ist eine billige Argumentation, die man immer macht, wenn man nicht Gefahr läuft, entsprechend kontrolliert und überführt zu werden. Jedenfalls, das ist die Auffassung der Mehrheit des Hohen Hauses, müssen wir bei Durchführung der Bestimmungen für die Sonntagsruhe Wert darauf legen, daß im großen ganzen das Gesetz beachtet wird und Ausnahmen nur dort Platz greifen, wo wirtschaftliche Voraussetzungen etwas anderes nicht bedingen.

Der Herr Abg. Heinzmann hat die Bitte ausgesprochen, man möge die Geschäftsbefugnisse der badischen Sparkassen weiterhin ausdehnen. Ich kann dieser Bitte leider nicht entsprechen, im Gegenteil, ich glaube, daß die Geschäftsbefugnisse der deutschen Sparkassen ganz allgemein über das Maß dessen, was gut tragbar ist, bereits ausgedehnt worden sind. Ich darf daran erinnern, daß bei mehreren Girozentralen Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, und solche Unregelmäßigkeiten dürfen sicher kein Maßstab für die Zulassung bestimmter Voraussetzungen oder Bedürfnisse sein. Aber der Umstand, daß die Sparkassen doch Unternehmungen sind, zu denen die Bevölkerung ein uneingeschränktes Vertrauen haben muß, wenn sie sich entwickeln sollen als Sparkassen, als Treuhänder für kleine Spareinlagen, der zwingt dazu, daß die Staatsaufsicht ziemlich stark gehandhabt wird, und daß geschäftliche Maximen, wie sie ein Privatbankunternehmen betreibt, bei den Sparkassen in dem Ausmaß wie bei Privatbanken nicht zugelassen werden. Denn wir dürfen nicht vergessen, daß zur Abhandlung gewisser geschäftlicher Aufgaben im Geldverkehr eine Vorbildung und Gewandtheit notwendig ist bei den Persönlichkeiten, die in führender Stellung sich befinden. Solche Personen kann sich der Privatunternehmer kaufen und auch möglichst schnell wieder beseitigen, wenn irgend etwas nicht in Ordnung geht. Aber bei den Sparkassen, wo man es mit Beamten zu tun hat, da ist das nicht immer möglich. Die Sparkassen sind gar nicht in der Lage, das entsprechende Geld zur Besoldung auszugeben, um die tüchtigsten Leute zu bekommen, sie müssen deshalb Wert darauf legen, daß die Kontrollorgane, die vorhanden sind, möglichst weitgehende Einsicht haben, und das ist nur möglich, wenn sich die Geschäfte im wesentlichen beschränken auf die mit dem Verkehr des Geldes notwendigen Voraussetzungen. Diese Angelegenheit ist seit Jahren Gegenstand der Erörterung wischen den Sparkassenverbänden und der Regierung. Es ist richtig, die preußische Regierung ist in der Frage weiter gegangen wie die Regierung anderer Län-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Minister des Innern **Remmele**)

der, aber ich glaube, die preußische Regierung würde heute, wenn sie es noch einmal zu tun hätte, sich überlegen, ob sie es tun könnte, angesichts der Erfahrungen, die mit der Lockerung der Staatsaufsicht gemacht worden sind.

Abg. **Ritter** (Komm. P.):

Die Handelsbilanz eines Landes ist immer ein Gradmesser dafür, ob es dem Handel und Gewerbe eines Landes gut oder schlecht geht. Heute sehen wir wieder, daß die Handelsbilanz Deutschlands eine schlechte Handelsbilanz ist. Sie war vorübergehend gut und ist in der letzten Zeit im Juni wieder zu einer passiven Handelsbilanz geworden. Bekanntlich haben wir im Juni mehr Einfuhr als Ausfuhr gehabt, mehr Einfuhr für 33 Millionen Mark. Das ist ein Gradmesser dafür, daß Handel und Gewerbe in Deutschland selbst nicht in der Lage sind, dem Ausland gegenüber standzuhalten in der Konkurrenz, sondern wieder zurückgedrückt worden ist. Eine Handelsbilanz zeigt also an, wie Gewerbe und Handel eines Landes stehen.

Heute stehen wir vor der Frage, und haben sie dahin zu beantworten, daß Handel und Gewerbe in Deutschland schlecht stehen. Ich will nun nicht den Versuch machen, über das Handwerk zu sprechen in dem Sinne, daß ich untersuchen will, was für Ursachen in Deutschland selbst vorhanden sind, sondern ich gehe ganz kurz auf die Ursachen ein, die allgemein dazu führen, daß schlechte Wirtschaft da ist. Heute früh kam verschiedentlich zum Ausdruck, daß es möglich sein müßte, daß für die deutsche Wirtschaft wieder Absatzgebiete her müßten, und sei es gleich in der Art von Kolonien. Sogar der sozialdemokratische Redner hat dieses Loblied gesungen. Ich weiß nicht, ob es Leute gibt, die daran glauben, daß Deutschland noch einmal in die Lage käme, Kolonien zu bekommen (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das Gegenteil ist gesagt worden!). Ich glaube, der Abg. Brümmer hat gesagt, daß man Absatzmärkte brauche und hat in demselben Atemzug von Kolonien gesprochen (Zuruf von den Sozialdemokraten: Im Gegenteil, das Gegenteil wird gesagt!). Dann habe ich mich verhört, dann ist es wohl von anderer Seite gesagt worden! Ich glaube, ernstlich wird wohl niemand daran denken, daß Deutschland noch einmal in die Lage kommt, Kolonien zu erhalten. Vielleicht ist die Hoffnung, daß Deutschland von den Ententestaaten ein solch kleines Geschenk bekommt, dadurch entstanden, daß man im englischen Parlament in den letzten Wochen über die Frage, ob Deutschland noch Kolonien, noch Mandate bekommen soll, gesprochen hat. Die Möglichkeit besteht, aber nur dann, wenn Deutschland bereit ist, sich noch weiter in die Abhängigkeit dieser Ententeländer zu begeben. Dann ist es vielleicht möglich, ein Stückchen Land der Erde zugewiesen zu bekommen, das aber nicht im geringsten beurteilt werden kann als Absatzgebiet für deutsche Wirtschaftsprodukte. Wo doch — das wird nicht bestritten werden können — alle Staaten jetzt um Absatzgebiete ringen, wird kein Staat dazu übergehen, Deutschland in den Besitz einer Kolonie zu setzen. Die Staaten brauchen heute selbst Absatzgebiete, brauchen selbst Rohstoffquellen; sie werden also nicht daran denken, hier etwas zu geben. Es kann nur auf Kosten Deutschlands wieder geschehen, selbstverständlich ist es nicht so gedacht, daß damit die Schwerindustrie gemeint ist, sondern es käme nur wieder in Betracht, daß auch die zukünftigen Lasten auf Handwerkertum, den Mittelstand und die Arbeiterklasse gelegt würden.

Wir haben also entgegen diesem Opportunismus, wie er teilweise zum Ausdruck gekommen ist, die Auffassung, daß für Deutschland kein Platz vorhanden ist und auch für spätet kein Platz vorhanden sein wird, um wieder seine Wirtschaft aufbauen zu können. Wir sehen zu gegebener Zeit, daß es nur eine Industrie gibt, die in Deutschland blüht, das ist die chemische Industrie. Alle anderen Industrien gehen schlecht. Die Metallindustrie liegt vollständig brach danieder. Die einzige Industrie, der es gut geht, ist die chemische Industrie. Warum, weil die chemische Industrie es verstanden hat, schon in Friedenszeiten dem Ausland gegenüber eine solche Konkurrenz zu bieten, solche Neuerungen zu schaffen, daß es heute dem Ausland nicht möglich ist, dieser Konkurrenz gewachsen zu sein.

Diese chemische Industrie in Deutschland ist eine Industrie, von der man sagen kann, daß sie blüht. Dies geschah nur auf Kosten der Arbeiterklasse. Der Profit, den diese Industrie macht, zeigt das am besten. Es wurde festgestellt, daß z. B. der Anilinkonzern das verflossene Jahr einen Reingewinn von 68 Millionen gemacht hat. 66 Millionen wurden verteilt an Dividenden und Tantièmen. Wenn diese Industrie tatsächlich Interesse daran hätte, auch Handel und Gewerbe anderer Zweige zum Blühen gelangen zu lassen, müßte dieser Anilinkonzern helfen. Aber das tun die Anilinkonzerne nicht, sondern es sind Bestrebungen vorhanden, und darauf geht ihre ganze Wirtschaftspolitik hinaus, ihre Macht zu erweitern, daß sie in Deutschland überhaupt nichts, viel weniger vom Ausland für die spätere Zeit etwas zu befürchten braucht. Daraus geht hervor, daß sie unumschränkte Machthaber über diese Industrien sind, daß sie die Preise diktieren können. Daran kann das Inland selbst, kann der kleine Handwerker nichts ändern, der oftmals abhängig ist von den Produkten, die in dieser Industrie hergestellt werden. Wir haben also nicht die Auffassung, daß wenn auch diese eine Industrie blüht, alle Industrien und Industriegebiete in Deutschland wieder zum Blühen kommen werden. Dazu fehlen die Voraussetzungen. Die Voraussetzungen sind nicht gegeben aus dem sehr einfachen Grund — und das vergißt man bei der ganzen Debatte über Wirtschaft, Handwerk und Gewerbe —, daß wir heute rettungslos das tun müssen, was eben vom Ausland diktiert wird. Warum geht eigentlich der Handwerkerstand immer mehr zurück? Das ist auch einer der Faktoren, die mit der Frage der Rationalisierung zusammenhängen.

Es gab früher sehr viele Handwerker, die an die Industrie geliefert haben. Ich kenne in Mannheim eine ganze Reihe Handwerker, die heute keine Handwerker mehr sind, die heute bankrott sind, die früher an die Firma Benz oder eine andere Firma ihre Ware geliefert haben. Diese Firmen verzichten aber schon sehr lange auf die Produkte dieser Kleinhandwerker, und so waren diese nicht mehr in der Lage, ihr Geschäft aufrechtzuerhalten. Sie hängen heute voll und ganz von Lieferungen an die Gemeinden ab, und daß eine einzelne Gemeinde soviel Reparaturen, soviel Neuanschaffungen braucht, daß all die früheren Kleinhandwerker, die bestanden haben, leben können, ihre Existenz davon fristen können, das kann man wiederum nicht glauben. So ist es klar, daß ein großer Teil des Handwerkertums in Deutschland zugrunde gehen mußte. weil die Industrie an und für sich heute nicht mehr in der Lage ist und auch nicht mehr gewillt ist, von den Kleinhandwerkern einen Teil Produkte zu beziehen, sondern weil sie selbst alles in dem Bereich ihrer Produktion zieht: jedes einzelne Produkt wird heute von den großen Konzernen hergestellt. Wenn auch der Herr Abg. Lang hier gesagt hat, daß er nicht das Klagelied anstimmen will, wie überall, so ist das vielleicht eine Ausnahme, das Handwerk geht eben

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Ritter [Komm. P.])

gut und er hat zu verdienen. Aber im allgemeinen kann man sagen, daß der Handwerker bei uns in Deutschland und auch in Baden heute eine sehr schwere Existenz hat und diese schwere Existenz wird ihm in der Zukunft nicht erleichtert, weil keine Möglichkeit für ihn besteht, die Produktion seines kleinen Betriebes zu heben, weil die Konzentrationsbestrebungen der Schwerindustrie heute so weit gediehen sind, daß sie diese kleinen Produkte, die früher im Kleinhandwerk hergestellt worden sind, nicht mehr braucht.

Es wurde nun auch über die Sonntagsruhe gesprochen. Wir stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß es nicht angehen kann, daß die nun einmal eingeführte Sonntagsruhe wieder beseitigt werden soll. Wir haben bis jetzt immer dagegen gekämpft, wenn man versucht hat, die bestehende Sonntagsruhe im Handel und Gewerbe zu durchlöchern. Nach unserer Auffassung ist man von seiten der Regierung schon viel zu weit gegangen, indem man da und dort Übertretungen der Sonntagsruhe zugegeben hat. Die Angestellten und Beamten in Handel und Gewerbe sind, glaube ich, zu 100 Proz. der Auffassung, daß die Sonntagsruhe unter allen Umständen aufrechtzuerhalten ist. Ich glaube, wenn man heute dazu übergehen wollte, den Angestellten und Beamten in Handel und Gewerbe die Sonntagsruhe zu nehmen, daß sie restlos den Kampf für die Beibehaltung der Sonntagsruhe führen würden. Es gibt auch eine große Anzahl von Handwerkern und Handelsleuten, die auf diesem Standpunkt stehen, die durchaus sagen, noch nicht einmal eine Viertelstunde ist notwendig, um Sonntags das Geschäft offen zu erhalten. Es gibt sechs Arbeitstage, in denen die Möglichkeit für jeden einzelnen besteht, seinen Bedarf an Waren und Produkten zu decken, so daß er nicht genötigt ist, Sonntags diese Waren einzukaufen. Wir stehen also grundsätzlich auf dem Standpunkt und möchten ersuchen, daß die Regierung diesen Rufen, die allseits ertönen, der Durchlöcherung der Sonntagsruhe weiteren Spielraum zu geben, kein Gehör schenken, sondern von nun an streng auf dem Standpunkt stehen bleiben soll, keine Konzessionen mehr an diejenigen zu machen, die die Sonntagsruhe beseitigt haben wollen.

Nun habe ich noch einiges über das Badenwerk anzuführen. Es sind verschiedentlich schon von Kleinhandwerkern Beschwerden an uns dahin ergangen — selbstverständlich an die Kommunisten, nicht nur an die Sozialdemokraten, der Kleinhandwerker wendet sich sogar heute an die Kommunisten, jedenfalls weil er sieht, daß nur die Kommunisten mit aller Konsequenz für den kleinen Mann eintreten — (Glocke des Präsidenten).

Präsident Dr. **Baumgartner** (unterbrechend):

Herr Kollege Ritter, zuständig für das Badenwerk ist der Herr Finanzminister (Abg. Ritter: Es dreht sich aber jetzt um einen Geschäftsmann, um einen Handwerker!). Ich sage es Ihnen deshalb, weil der Herr Minister des Innern nicht in der Lage ist, Ihnen zu erwidern, sondern nur der Herr Finanzminister, dem das Badenwerk ja untersteht.

Abg. **Ritter** (fortfahrend):

Dann müßte ich das zurückstellen, bis das Finanzministerium behandelt wird und möchte diese Sache dort vorbringen.

Ich möchte zum Schlusse betonen, daß die kommunistische Partei klar sieht die Existenzlage der Kleinhandwerker, nicht erst seit heute, sondern schon die ganzen Jahre über, daß der Entwicklungsprozeß der deutschen Wirtschaft dahin gehen wird, daß der deutsche Mittelstandhandwerker im Lauf der Jahre und der Entwicklung verschwinden wird. Die deutsche Wirtschaft entwickelt sich, das ist eine ganz natürliche Sache, Herr Abg. Lang (Abg. Lang: Das hat man schon vor 100 Jahren gesagt!). Das konnte man vor 100 Jahren noch nicht sagen, weil der Kapitalismus, wie er heute besteht und vor 1914 bestanden hat, vor 100 Jahren nicht bestanden hat, sondern erst im Lauf der letzten Jahre und Jahrzehnte diese Entwicklung genommen hat und erst heute auf der Stufe angekommen ist, wo er als Kapitalismus mit einer freien Wirtschaftskonkurrenz im eigenen Lande nicht mehr existieren kann sondern wo er sich zu ungeheuren Trusts konzentrieren muß, um eben die Preisbildung und Politik im eigenen Lande und sogar international zu beherrschen. Da wird er sich nichts mehr vorschreiben lassen von den Handwerkskammern oder irgendwelchen Institutionen, sondern wird seinen Weg gehen, in Alleinherrschaft über die Produktionsmittel zu verfügen, ganz gleich, wer in den Weg kommt, wird niedergetrampelt. So geht es dem Handwerk und dem Mittelstand. Im Lauf der Jahre hat sich das ganz klar gezeigt und wird sich in den nächsten Jahren noch klarer zeigen. Wir sind der Auffassung, daß, wenn man diesen Bestrebungen entgegentreten will, wenn der Handwerker für seine Existenz kämpfen will, er dies nur tun kann an der Seite der Arbeiterschaft, niemals auf der Seite derjenigen, die jetzt versuchen, sein eigenes Grab zu graben. Dort wird er nie irgendwelche Rechte oder irgendwelche Hilfe finden (Beifall bei den Kommunisten).

Abg. **Martloff** (Sozdem.):

Der Herr Kollege Lang hat vorhin davon gesprochen, daß das Handwerk den goldenen Boden verloren habe. Das dürfte wohl richtig sein, aber es scheint dem Herrn Kollegen Lang die Erkenntnis über die Ursachen, die eigentlich dazu geführt haben, noch nicht aufgegangen zu sein. Die ökonomische Entwicklung hat doch die Richtung eingeschlagen, daß mehr und mehr der Großbetrieb sich herausgebildet hat, der Kleinbetrieb zurückgedrängt wurde, und durch diese industrielle Entwicklung hat auch selbstverständlich dann das Handwerk den goldenen Boden verloren, den es in früheren Zeitläufen gehabt hat. Es wird gewiß noch lange Zeit nach meiner Überzeugung ein Teil des Handwerks sich immer noch halten können, insbesondere auch nachdem — worauf auch schon der Herr Kollege Lang in seinen Ausführungen hingewiesen hat — die Elektrizität in stärkerem Ausmaß in den Dienst des Handwerks gestellt worden ist (Zuruf des Abg. Lang). Sie ermöglicht, Arbeiten auszuführen, durch die schließlich selbst ein Kleinbetrieb unter Umständen gegenüber dem großen Betrieb sich als konkurrenzfähig erweisen kann. Ich denke beispielsweise an Arbeiten im Baugewerbe, an Arbeiten der Holzindustrie usw. (Zuruf des Abg. Lang). Durch die Vervollkommnung der Technik und dadurch, daß die Technik in den Dienst dieser Betriebe gestellt wird, wodurch ihre Betriebsführung gehoben und leistungsfähiger wurde, ergab sich für Betriebe dieser Art eine günstigere Situation. Wir müssen aber daneben feststellen, daß im Laufe der Zeit eine ganze Reihe von Betrieben geradezu verschwunden sind; vielfach ist die Entwicklung in einem Sinne vor sich gegangen, daß man von einer Selbständigkeit dieser Betriebe nicht mehr sprechen kann (Zurufe rechts).

Um Ihnen ein Beispiel für diese Art der Entwicklung im Wirtschaftsleben zu geben, will ich Sie auf das Schuhmachergewerbe hinweisen. Nehmen Sie gerade das Schuhmacherhandwerk, so werden Sie heute feststellen müssen, daß ein Lehrling dieses Berufes überhaupt nicht mehr oder kaum noch imstande

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Martloff** [Sozdem.])

ist, selbständig einen Stiefel anzufertigen; das rührt davon her, weil das gesamte Publikum eben seine Stiefel fertig kauft. Gerade soweit dieser Beruf in Frage kommt, hat die Warenfabrikation derartige Fortschritte gemacht, daß der Schuhmacherberuf geradezu auf den Hund gekommen ist. Eine ähnliche Entwicklung sehen wir auch beim Bekleidungsgewerbe, in der Schneiderei. Bekanntlich werden die Anzüge größtenteils fertig gekauft und nur ein kleiner Teil der Angehörigen des Schneiderhandwerks ist noch als Maßschneider tätig (von der Wäschefabrikation will ich hier überhaupt ganz absehen). Die Entwicklung hat diese Richtung nehmen müssen, weil der größte Teil des Publikums allmählich dazu übergegangen ist, die Ware, wie sie in der Bekleidungsindustrie erzeugt wird, zu konsumieren.

Und nun sage ich: die ökonomischen Gesetze, nach denen wir hier sich die Entwicklung vollziehen sehen, haben in den letzten Jahrzehnten mit Naturnotwendigkeit dazu geführt, daß das Handwerk mehr und mehr an Boden verloren hat. Beispielsweise sehen wir gerade in den letzten Jahren, wie einzelne Gewerbe wiederum wesentlich zurückgedrängt worden sind. Ich erinnere da beispielsweise an das Kunstgewerbe, an die Holzbildhauerei und an die Holzschnitzerei. Gerade bei diesen ist eine ganz beträchtliche Zurückdrängung zu konstatieren. Ich weiß, daß in verschiedenen großen Möbelschreinereien eine ganze Anzahl von Bildschnitzern und Holzbildhauern — ja sogar fast alle — entlassen worden sind, weil heutzutage die Möbelfabrikation ganz anders eingestellt ist. Auf Kunst und künstlerische Durcharbeitung wird kein Wert mehr gelegt (Abg. Lang: Das kommt aber wieder!) und infolge dieser Strömung ist das Kunstgewerbe geradezu dem Ruin entgegengeführt worden. Man ist innerhalb dieses Fabrikationszweiges zur „Normalisierung" und zur „Typisierung" übergegangen; bestimmend waren dafür auch finanzielle Gründe: Die Entwicklung auf diesem Gebiet hat dahin gedrängt, auf diese Weise vorzugehen, weil auch bei denjenigen Gesellschaftsschichten, die bisher als Konsumenten für kunstgewerbliche Gegenstände in Betracht kamen, der Ankauf solcher Gegenstände nachgelassen hat (Zuruf des Abg. Lang).

Wenn Sie, Herr Kollege, sich der Hoffnung hingeben, es werde wiederkommen, so ist darauf zu erwidern: Es kann ja vielleicht einmal wiederkommen, aber davon rede ich jetzt nicht; mir kommt es im Augenblick nur darauf an, zunächst einmal die Tatsache festzustellen, daß auf dem Gebiete des Kunstgewerbes ein Rückgang zu verzeichnen ist. Diese Tatsache, die ich lediglich festhalten wollte, wird nicht zu bestreiten sein.

Nun haben Sie vorhin auch davon geredet, daß mein Parteifreund Brümmer durch seine Ausführungen eigentlich nicht dazu beigetragen habe, in irgendwelchem Sinne eine Versöhnung zwischen Arbeitgebern oder Arbeitnehmern herbeizuführen. Was der Herr Kollege Brümmer ausgeführt hat, war nichts anderes als die Feststellung von Tatsachen; er hat dargelegt, wie die ökonomischen Verhältnisse es mit sich bringen, daß auf diesem Gebiete eben Gegensätze bestehen (Auf Zuruf des Abg. Lang:) Es hat gar keinen Wert, eine Vogelstraußpolitik zu betreiben und den Kopf in den Sand zu stekken (Zuruf rechts: Aber so kann man ja doch nicht weitermachen!), um diese Gegensätze nicht sehen zu brauchen. Diese Gegensätzlichkeiten sind nun einmal vorhanden: Der Arbeitgeber hat nun einmal andere Interessen als der Arbeitnehmer sie vertritt; das ergibt sich aus der natürlichen Lagerung der Dinge. Wenn wir diese Gegensätze hier feststellen, so kann keine Rede davon sein, daß wir durch eine solche bloße Feststellung eine Aufpeitschung der Leidenschaften vornehmen.

In seinen Darlegungen hat der Herr Kollege Lang sich auch gegen die Regiebetriebe gewandt. Allerdings habe ich darauf gewartet, ob er an einen der Sätze, die er aussprach, weitere Bemerkungen knüpfen werde. Ich habe aber allerdings dann nicht das zu hören bekommen, was mich interessierte. Er hat nämlich den Faden nicht weitergesponnen und so weiß ich nicht, welche Art von Regiebetrieben er bei seinen Ausführungen denn eigentlich meinte: hat er Regiebetriebe der Gemeinden oder hat er solche des Staates im Auge gehabt. (Zuruf rechts). Herr Kollege Lang, Sie wissen doch ganz wohl, daß die Gemeinden auch heute noch eine ganze Anzahl von Regiebetrieben unterhalten; ich verweise beispielsweise auf die Elektrizitäts-, auf die Gas- und Wasserwerke usw.: das sind doch alles Betriebe, die heute in den Gemeinden eine Art von Monopolstellung einnehmen. Im übrigen aber sind die Gemeinden nicht etwa dazu übergegangen, daß Betriebe des Kleinhandwerkes eingerichtet worden sind, durch welche diesem Konkurrenz gemacht worden wäre (also beispielsweise Schuhmachereien, Schreinereien). Da und dort sind vielleicht Sägewerke in städtischem Besitz aufgemacht worden: So haben wir beispielsweise in Freiburg ein solches und auch in Heidelberg ist man, wie ich höre, dazu geschritten, Möbel zu fabrizieren; bei diesen Betrieben, die ich soeben genannt habe, handelt es sich aber nur um vereinzelte Fälle. Jedenfalls kann im allgemeinen nicht gesagt werden, daß die Gemeinden es unternommen hätten, dem Kleinhandwerk Konkurrenz zu machen. Wir unsererseits begrüßen es, daß insoweit, als es sich um gewisse Betriebsarten handelt, die im Interesse der Allgemeinheit zusammenzufassen sind, die Gemeinden zum Regiebetrieb übergingen und daß auch gerade die Arbeiten in diesen Betrieben von den Gemeinden selbst ausgeführt werden.

Ich komme zur Frage des Submissionswesens. In der letzten Zeit ist man ja wieder in erhöhtem Grade dazu übergegangen, nach den Grundsätzen des Submissionswesens zu verfahren, das heißt die Arbeiten auszuschreiben und sie „in Submission" zu vergeben. Wir sehen, wie sich auf diesem Gebiet ganz sonderbare Blüten entfalten (Zum Abg. Lang gewendet:) Sie selbst haben ja darauf hingewiesen, wie außerordentlich verschieden die Kalkulationen sind und wie sich manchmal geradezu ungeheuer große Differenzen ergeben. Obwohl doch die Bestimmungen bekannt sind, müssen wir die Beobachtung machen, daß nachher, wenn die Arbeit vergeben ist, eine Differenz auftritt, die eine Höhe von 10, von 20, ja von 30 000 M. annimmt. Man muß es doch als sonderbar bezeichnen, daß derartige ungeheuere Differenzen entstehen können, wenn man weiß, daß die Bedingungen vorher festgelegt waren, unter denen die fragliche Arbeit auszuführen ist.

Wir müssen aber daran festhalten, daß gerade Arbeiten, die öffentlich vergeben werden — handle es sich nun um eine Vergebung von seiten des Staates oder um eine solche von seiten der Gemeinden — im Wege der Submission vergeben werden müssen (Abg. Lang: Das habe ich ja gesagt!). Gewiß, ich wende mich ja auch gar nicht gegen Sie, als ob Sie etwas anderes gesagt hätten! — Gerade vom Standpunkt der freien Konkurrenz aus gesehen, ist das erwünscht. Wir unsererseits müssen natürlich nur verlangen, daß im Interesse der Arbeiter und der bei den Arbeitgebern beschäftigten Personen die durch die Tarife vorgeschriebenen Bedingungen und Bestimmungen eingehalten werden. Andererseits ist auch dort, wo Gemeinde und Staat in Frage kommen, darauf zu sehen, daß die Arbeiten ordnungsgemäß und richtig ausgeführt werden, daß gutes, richtiges Material verwendet und schlechtes Material unbedingt ausgeschlossen wird, damit nicht, wie das leider bei Bauarbeiten auch schon der Fall gewesen ist, die

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Marxloff** [Sozdem.])

Ausführung der Arbeit unter der Verwendung schlechten Materiales leidet.

Der Herr Kollege Wilser hat, wenn ich nicht irre, eine Bemerkung gemacht, als ob er die Tätigkeit der Einkaufsgenossenschaften und Gewerbetreibenden nicht gerne sehe (Bestreitender Zuruf des Abg. Wilser). Ich habe ihn wenigstens so verstanden, als wende er sich gegen die Betätigung der Einkaufsgenossenschaften auf diesem Gebiet. Ich wundere mich eigentlich, daß ein Vertreter des Handels sich auf diesen Standpunkt stellt. Ich glaube, man sollte gerade das Genossenschaftswesen beim Gewerbe und bei den Handelstreibenden fördern. Ein solches genossenschaftliches Vorgehen liegt doch im Interesse der Gesamtheit, es liegt gerade auch im Interesse der Kleingewerbetreibenden, wenn sie gemeinsam ihre Waren einkaufen. (Abg. Lang: Das hat er ja gar nicht gesagt! — Erneuter Zuruf des Abg. Wilser). „Einkaufsgenossenschaften der Verbraucher" haben Sie im Auge gehabt. Nun, wenn Ihre Ausführungen sich auf diese bezogen, dann muß ich mich erst recht gegen Sie wenden (Heiterkeit). Denn selbstverständlich halten wir es für ein vom Konsumentenstandpunkt aus durchaus berechtigtes und zu begrüßendes Vorgehen, wenn die Konsumenten auf diese Weise — durch gemeinsame Bezüge und durch organisierte Verteilung der Waren — ihre Interessen zu wahren versuchen. Wir sind sogar der Auffassung, daß man nicht bloß in dieser Richtung vorgehen, sondern daß man, soweit die Konsumenten in Frage kommen, sogar noch einen Schritt weiter und zur eigenen Produktion übergehen müßte, wie das ja auch bei den großen Einkaufsgenossenschaften der Konsumvereine heute schon festzustellen ist.

Außerdem hat dann der Herr Kollege Wilser — so möchte ich es ausdrücken, ich habe ihn wenigstens so verstanden — es gewissermaßen bedauert, daß wir auf der einen Seite — auf der Seite der Arbeitgeber — die Syndizi der Unternehmer usw. auf der andern Seite — bei den Arbeitnehmern die Gewerkschaftssekretäre haben. Herr Kollege Wilser, das sind doch Erscheinungen, die einfach in den Verhältnissen begründet waren. Warum sind die Arbeiter dazu gekommen, unabhängig gestellte Angestellte, Gewerkschaftssekretäre einzustellen? Weil es eben im wirtschaftlichen Kampf den Arbeitern im Betrieb unmöglich gemacht worden war, die Interessen der Arbeiterschaft des Betriebs mit dem Nachdruck zu vertreten, wie es gerade im Interesse der Arbeiterschaft des Betriebs notwendig und geboten war. Aus diesem Gesichtspunkte heraus kamen die Arbeiter dazu, aus ihren Reihen heraus Personen als Sekretäre anzustellen, die von den Arbeitgebern nicht auf das Straßenpflaster geworfen werden können, wenn sie die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten berufen sind. Die Arbeitgeber, die wirtschaftlich Stärkeren, haben nicht etwa aus diesem Gesichtspunkte Syndizi angestellt, sondern aus ganz anderen Motiven heraus ist das geschehen; da spielen rechtliche Fragen und dergleichen mit eine Rolle.

Eine kurze Bemerkung noch bezüglich der Ausbildung der Lehrlinge. Es sind ja in diesen Voranschlag auch Beträge eingestellt zur Fortbildung der Lehrlinge und der Arbeiter. Wir haben ein Interesse daran, daß Qualitätsarbeiter herangebildet werden (Zuruf des Abg. Lang), daß fachlich gut ausgebildete Arbeiter herangebildet werden, weil gerade der Facharbeiter, die gut ausgebildeten Arbeiter, auch in erster Linie die Möglichkeit haben, in Arbeit zu kommen, viel eher, als ungelernte Arbeiter dazu in der Lage sind. Wir sehen ja auch, daß die Erwerbslosenzahl bei den ungelernten Arbeitern viel größer ist als bei denen, die einen Beruf erlernt haben und die in ihrem Berufe auch etwas Tüchtiges zu leisten imstande sind.

Dazu gehört aber, daß ein Lehrherr nicht zuviel Lehrlinge hält — angeblich „ausbildet" —, weil es unmöglich ist, daß ein Lehrherr, der vielleicht nur einen Gehilfen oder gar keinen hat, drei oder noch mehr Lehrlinge ausbilden kann. Da muß die Ausbildung notleiden, und ich glaube, gerade vom Standpunkt des Handwerkers aus muß man dem entgegentreten, daß Meister zuviel Lehrlinge halten. Wohl sind Vorschriften erlassen; mir sind aber Fälle bekannt — ich will im einzelnen nicht darauf eingehen —, wo Lehrlingszüchterei stattfindet, und dagegen müssen sich im Interesse des handwerklichen Nachwuchses auch die Handwerksmeister selbst wenden (Zuruf von der Bürgerlichen Vereinigung). Da leidet die Ausbildung not. Wenn der junge Mann dann in die Welt hinauskommt, kann er nichts, er muß dann erst wieder lernen oder er wird letzten Endes Hilfsarbeiter, weil er die entsprechende Ausbildung in der Lehre nicht gehabt hat (Zuruf von der Bürgerlichen Vereinigung).

Bezüglich des Schulgeldes in den Gewerbeschulen — das hängt auch damit zusammen — möchte ich darauf hinweisen, daß in den Lehrverträgen die Frage offen steht, wer es zu zahlen hat, ob der Lehrherr oder die Eltern. An sich ist die Rechtslage die, daß der Lehrherr dieses Schulgeld zu bezahlen hat. In vielen Fällen drücken sich aber manche Lehrherren davon und schreiben in den Lehrvertrag einfach hinein, daß die Eltern das Schulgeld zu bezahlen haben. Ich möchte die Gelegenheit benützen, von dieser Stelle aus zu sagen, daß die Lehrherren verpflichtet sind, das Schulgeld zu übernehmen, und daß es nicht angeht, in die Lehrverträge die Bestimmung aufzunehmen, daß die Eltern das Schulgeld zu übernehmen verpflichtet seien.

Abg. Engelhardt (Zentr.):

Von der Landeszentrale des badischen Einzelhandels, Ortsgruppe Oberkirch e. V. erhielt ich heute eine Zuschrift mit dem Bemerken, ich möchte bei der Gelegenheit der Beratung des Titels „Gewerbe und Handel" gerade beim Ministerium des Innern einige Worte einlegen für die Öffnung der Geschäfte an den Sonntagen für etwa zwei Stunden, und zwar insoweit, als Landgemeinden, weit entlegene Ortschaften, Schwarzwalddörfer usw. in Frage kommen. Diese Zuschrift war begleitet von einer Beilage, in der darauf hingewiesen ist, daß das preußische Ministerium im Laufe dieses Frühjahres auch ähnliches bewilligt habe; es heißt da in dem Nachrichtenblatt des Katholischen Deutschen Frauenbundes:

> „Auf das Schreiben vom 30. erwidere ich, daß unterm 27. der Herr Regierungspräsident in Münster ermächtigt wurde, für diejenigen Teile seines Bezirkes, in denen eine weitläufige Siedelungsweise vorherrscht, für die Zeit 1. April bis 1. November jeden Jahres einen erweiterten sonntäglichen Geschäftsverkehr für 2 Stunden zuzulassen. Für die Wintermonate besteht die Möglichkeit der Freigabe der Ausnahmesonntage gemäß 105 Abs. 2 der Gewerbeordnung."

Dies soeben Bekanntgegebene ist dem Schreiben beigelegen, und diese Ortsgruppe hat mir nahgelegt, zum Vergleich heranzuziehen, was durch das preußische Ministerium dort genehmigt wurde, und auch gleiches für die entlegenen Gemeinden zu verlangen. Die Begründung brauche ich nicht nochmals im einzelnen wiederzugeben, sie ist des näheren und breiteren hier durch mich schon wiederholt gegeben worden. Ich glaube, so wie die Dinge hier liegen, müßten doch endlich

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Engelhardt** [Zentr.])

solche Ausnahmefälle zweckmäßig zugelassen werden. Wir wollen niemals — um nicht falsch verstanden zu werden — eine vollständige Durchbrechung der Sonntagsruhe; das liegt uns fern, und schon unsere soziale Einstellung besagt, daß wir das nicht wollen. Aber was wir wollen, ist eine Ausnahmebehandlung, die nicht gleichheitlich sein kann.

Denn: Die Verhältnisse in der Großstadt, in der Mittelstadt oder in zentral gelegenen Ortschaften, sind nicht gleich denen in entlegenen Schwarzwaldortschaften. Wenn die Bewohner der entlegenen Ortschaften am Sonntag in die Kirche kommen und im Anschluß an den sonntäglichen Gottesdienst ihre Einkäufe betätigen, so kann das niemand schaden.

Wir wollen keinem Angestellten seine Sonntagsruhe stören, meist sind ja überhaupt keine Angestellten da, sondern das Geschäft besorgen die Familienmitglieder des betreffenden Geschäftes. Ich möchte mich daher meiner Pflicht entledigen, indem ich nochmals dringend bitte, daß, wenn solche Eingaben einkommen, sie in wohlwollendster Weise geprüft und genehmigt werden (Beifall beim Zentrum).

Der Präsident ruft auf Titel XIV

I. Landesgewerbeamt

§ 1 bis 14 und erklärt sie für angenommen.

§ 6 Gebäudeunterhaltung ist bereits vorweg bewilligt.

II. Probieranstalt für Edelmetalle in Pforzheim

§ 15 bis 17,

III. Sonstiges

§ 18, finden keinen Widerspruch und werden für angenommen erklärt.

Gegen die Zusammenstellung wird nichts eingewendet.

Der Präsident ruft auf

B. Außerordentlicher Etat.

§ 1 ist bereits vorweg bewilligt. § 2, 3 werden angenommen.

Der ganze Titel XIV wird mit allen Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Der Präsident ruft auf Titel XV

Eichwesen.

Hierzu erhalten das Wort

Abg. **Hermann** (Bürgerl. Ver.):

Ich hätte hier einige kritische Bemerkungen zu machen.

Die Eichämter haben in der letzten Zeit eine lebhafte Tätigkeit auf dem Gebiete der Nachprüfung der Maße und Gewichte entwickelt. Ich kenne die Gründe nicht, die dazu geführt haben, daß man hier auf einmal so eifrig ist. Es hat ganz besonderes Kopfschütteln und Befremden erweckt, daß man dem Handwerker dieses Jahr — und ich glaube, schon Ende des letzten Jahres — Karten zugestellt hat, daß er seine Maßstäbe zur Nacheichung und Nachprüfung vorlegen solle; auch die zusammenlegbaren Maßstäbe waren damit gemeint. Das hat, wie gesagt, Befremden erregt, und zwar deshalb, weil man sich seit langen, langen Jahren nicht denken konnte und denken kann, daß hier einmal in diesem Maße vorgegangen worden ist. Ich habe mein Geschäft nun 28 Jahre; es ist mir aber in dieser Zeit noch nicht vorgekommen, und es ist mir auch nicht bekannt, daß man diese Maßstäbe eichen lassen mußte. Es ist mir nicht bekannt, ob neue Bestimmungen dieser Art herausgekommen sind. Ich glaube aber nicht, daß solche ergangen sind, sondern, daß man eben lediglich auf die alten Bestimmungen zurückgegriffen hat, und deshalb hat es Befremden erregt.

Es ist nun allgemein gegen eine Nachkontrolle nichts zu sagen; aber man müßte dabei doch unterscheiden, ob dieselbe nötig und zweckmäßig ist. Die Maßnahmen, so wie sie jetzt vorgenommen worden sind, haben viel Verdruß und Ärger gegeben, und ich glaube auch, auf beiden Seiten einen unnötigen Zeitaufwand, eine Zeitverschwendung verursacht, die in gar keinem Verhältnis steht dazu, was man bei diesen Dingen eigentlich erreicht. Außerdem entstehen dem Geschäftsman auch noch Kosten, denn die Eichung dieser Maßstäbe kostet 30 Pfg. und steht wiederum in keinem Verhältnis zum Anschaffungspreis dieses Maßstabs, der etwa zwischen 55 Pfg. und 1 Mark liegt. Ich bin der Meinung, daß wenn man auf geeichte Maßstäbe ein so großes Gewicht legt, man dafür sorgen sollte, daß ungeeichte Maßstäbe nicht in den Handel kommen, oder daß man wenigstens geeichte Maßstäbe kaufen kann. Bis jetzt sind meines Wissens keine geeichten Maßstäbe im Handel zu bekommen. Man sollte deshalb dafür sorgen, daß geichte Maßstäbe zu kaufen sind, dann hätte die Sache einen Sinn und auch einen Zweck. Denn die Maßstäbe sind sehr leicht zerbrechlich, gerade die zusammenlegbaren, und wenn ein solcher Maßstab zerbrochen ist, muß man sich wieder einen neuen kaufen und muß dann natürlich wieder folgerichtig zu dem Eichamt laufen und ihn eichen lassen. Ich bin also der Auffassung, man sollte unbedingt dafür sorgen, daß geeichte Maßstäbe zu kaufen sind. Ich möchte dabei aber doch noch sagen, daß man auch allgemein nicht erkennen kann, welch großen Zweck es hat, und warum man ein so großes Gewicht legt auf diese geeichten Maßstäbe. Denn es ist doch so, daß der Handwerker, der nun Maße nimmt, wenn er wirklich betrügen wollte, es ja doch in der Hand hat, selbst wenn er einen geeichten Maßstab hat, so messen kann, wie er will. Also ich meine, der praktische Zweck und Sinn ist nicht recht zu erkennen, warum man ein so großes Gewicht darauf legt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang dann aber doch auf eine Antwort vom Obereichamt verweisen, die erteilt wurde auf eine Beschwerdeschrift der Handwerkskammer Karlsruhe, die in diesem Sinne an das Obereichamt gegangen ist, und wo man auch darauf hingewiesen hat, daß geeichte Maßstäbe hergestellt werden sollen, bzw. in den Handel gebracht werden sollen. Da hat das Obereichamt erwidert:

> „Ein Verbot, nicht eichfähige Meßgeräte herzustellen, oder nicht geeichte Meßgeräte in den Verkehr zu bringen, kann nicht ausgesprochen werden, da hierzu eine gesetzliche Handhabe fehlt. Ein solches Verbot wäre auch Unrecht, da es eine ganze Reihe von Vorgängen des Messens und Wägens gibt, bei denen ein eichpflichtiger Verkehr nicht vorliegt."

Nun zugegeben, daß ein Verbot nach den vorliegenden gesetzlichen Bestimmungen nicht möglich ist, so dürfte es aber doch wohl möglich sein, geeichte Maßstäbe in den Verkehr zu bringen. Das wäre natürlich etwas andres, als wenn man nur das Verbot erläßt, nicht geeichte Maßstäbe in den Verkehr zu bringen. Also, das ist nach meiner Auffassung sehr wohl möglich und ich möchte bitten, daß man darauf hinwirkt, daß solche Maßstäbe im Handel zu haben sind, der Einfachheit wegen und des Kostenpunktes wegen. Ich glaube

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Hermann** [Bürgerl. Ver.])

sicher, daß damit einem dringenden Wunsche abgeholfen werden könnte.

Genau so ist es mit den Wagen und Gewichten. Auch dort wird jetzt sehr viel nachgeprüft; es kommt ein Polizeibeamter mit dem Eichbeamten in das Haus und revidiert, da sollte man auch unterscheiden; denn wenn solche Wagen und Gewichte nur dazu gebraucht werden — es ist ja auch so vorgesehen in den Vorschriften — im Haus selbst oder im Betrieb selbst Waren nachzuwiegen oder für den Betrieb selbst Gewichte festzustellen, daß man hier einen Unterschied macht gegenüber solchen Wagen und solchen Gewichten, die nur dem öffentlichen Verkehr dienen und dazu dienen, Gewichte und Maße im Verkehr mit Dritten festzustellen. Ich möchte also bitten, auch hier eine Unterscheidung zu machen um den Leuten möglichst unnötige Scherereien zu ersparen.

Ich möchte dann aber noch auf einen gewissen Widerspruch hinweisen. Hier in dem Antwortschreiben des Obereichamts wird darauf hingewiesen, daß die Maße, die Schneider, Schuhmacher, Bandagisten, Tapezierer usw. zum Maßnehmen benützen, nicht eichpflichtig sind. Nun ist mir bekannt, daß gerade bei einem Schneidermeister — es ist mir nur der eine Fall zufällig bekannt, es werden vielleicht da und dort noch andere bekannt sein — auch die Kontrolle gekommen ist und man auch dort verlangt hat, daß sein Maßstab geeicht wäre. Ich bin also der Auffassung, wenn man hier schon selbst im Obereichungsamt der Auffassung ist, daß diese Maße nicht eichpflichtig sind, daß man dann auch die Leute damit verschonen könnte, daß man sie kontrolliert, und daß man ihnen dann nicht diese Scherereien verursachen sollte. Ich meine, es liegt im Interesse der Sache selbst und im Ansehen der Sache, daß man vermeidet, die Leute unnötig zu belästigen.

Minister des Innern **Remmele**:

Ich glaube, daß es sich bei dieser Angelegenheit nicht um eine unnötige Belästigung der Geschäftswelt handeln kann. Wir müssen uns doch darüber klar sein, daß während des ganzen Krieges und lange Zeit nach dem Kriege das Eichwesen sehr im argen lag. Die Beamten waren zum Teil eingezogen, mußten zum Teil späterhin wieder herangebildet werden, und jetzt muß allgemach auch dieses Gebiet der staatlichen Fürsorge zum Schutze der Käufer wieder beackert werden. Darüber kommt man nicht hinweg.

Was nun die eine Frage anbelangt, den Verkauf von Maßstäben, von Meterstäben, ganz generell nur in geeichten Stücken durchzuführen, so ist das ganz unmöglich deswegen, weil das Unterschiedsmerkmal doch ist: der Privatmann, der mit dem Metermaß Waren mißt, die nicht zum Verkauf kommen, ist nicht verpflichtet, einen geeichten Maßstab zu führen; hingegen im umgekehrten Falle ist die Verpflichtung absolut ausgesprochen, und deswegen hat die Aufsichtsbehörde dafür zu sorgen, daß der Maßstab, den der Geschäftsmann führt zu dem Zwecke, eine Ware abzumessen, die verkauft wird, geeicht wird. Also es ist hier eine Frage zur Diskussion gestellt, die im Deutschen Reiche ziemlich gleichmäßig betrachtet wird, und in der wir im badischen Land allein eine andere Stellung nicht einnehmen können.

Was nun die Wagen anbelangt, die der Nacheichung unterliegen, so trifft hier durchaus das gleiche zu. Es tritt nicht eine Meinungsdifferenz darüber ein, daß man bei einem Bauer eine Wage kontrolliert, obwohl der Mann sagt, er brauche die Ware nur zu seinem häuslichen Bedarf. Es kommt aber sehr häufig vor, daß entweder im Herbst oder sonst im Jahr das eine oder andere Mal auf dieser Wage Gegenstände abgewogen werden müssen zum Zwecke des Verkaufs, und wenn das bekannt wird, dann muß die Ortsbehörde durch das Eichamt oder einen Eichbeamten darauf aufmerksam machen.

Und die dritte Frage, die hier angeschnitten worden ist, daß ein Maßstab, den ein Schneider führt und der sonst der Eichpflicht nicht unterworfen ist, der Kontrolle unterworfen wurde, ist sehr einfach zu beantworten: Wahrscheinlich hat der betreffende Geschäftsmann, den Sie, Herr Abgeordneter, im Auge haben, neben seiner Schneiderei einen Tuchhandel geführt: wenn er Stoff verkauft nach Maß, muß er einen geeichten Maßstab führen. Daran können wir nichts ändern.

Ich glaube, daß im großen und ganzen die Zahl der Eichbeamten in Baden nicht so erheblich stark ist, daß man von einer großen Belästigung der Geschäftswelt im allgemeinen sprechen kann; aber die Herrschaften sind da und dort nicht mehr gewohnt, daß überhaupt noch ein Eichbeamter im Lande existiert, der sich bemerkbar macht. Wir haben auf dem Gebiete die Reichsvorschriften zu beachten im Interesse des kaufenden Publikums. Ich glaube, eine Vernachlässigung dieser Pflicht können wir nicht gut dulden bzw. ignorieren.

Abg. **Fischer**-Unterlauchringen (Zentr.):

Wenn wir diese Position überschauen, sehen wir, daß die Regierung dieser Angelegenheit in der nächsten Zeit mehr Aufmerksamkeit schenken will. Es werden ja 80 000 Mark mehr angefordert. Wir haben bereits vor zwei Jahren in dieser Angelegenheit eine längere Debatte hier im Hohen Hause geführt. Es ist seinerzeit der Antrag gestellt worden, daß bei landwirtschaftlichen Betrieben eine Ausnahme gemacht werden soll. Wir sind der Ansicht, daß auch hier die Wagen einer genauen Nacheichung und Prüfung unterzogen werden sollen. Es ist aber droben bei uns der Wunsch, daß in Sachen der Bekanntmachung für die Zukunft etwas mehr Aufmerksamkeit aufgewendet wird, vor allem in den zerstreut liegenden Ortschaften. Wir sind leider heute so weit, daß in Anbetracht der Verhältnisse viele Leute keine Zeitung haben, oder sie haben eine Zeitung und übersehen die Sache, so daß, wenn für die Eichung der Eichmeister in dem betreffenden Orte ist, sie das nicht wissen.

Wir sind der Ansicht, daß hier eine Änderung eintreten muß, und ich möchte die Regierung bitten, daß sie für die Zukunft nicht nur die Bekanntmachung in den Tageszeitungen erläßt, sondern daß in den Gemeinden und in den zerstreut liegenden Orten nicht nur durch die Ortsschelle, sondern durch persönliches Ansagen das bekannt gemacht wird. Ich bin überzeugt, daß dadurch einigermaßen der Unwille gegenüber der Eichung sich hebt. Die Leute haben Verständnis dafür, daß eine Nacheichung vollzogen werden muß, und wer viel mit Maß und Gewicht zu tun hat, kommt zu der Überzeugung, daß es eine Notwendigkeit ist, daß dann und wann die Sachen zur Nacheichung gegeben werden sollen.

Ich möchte bitten, daß man der Bekanntmachung für unsere Gemeinden im hohen Schwarzwald mehr Aufmerksamkeit schenkt und verlangt, daß ein solcher Termin persönlich angesagt wird. Ich bin überzeugt, daß man dann an der Eichung nicht herumgeht, sondern zur Eichung erscheint.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Präsident ruft auf die §§ 1 bis 8 und erklärt sie, da sie Widerspruch nicht erfahren, für angenommen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Präsident Dr. **Baumgartner**)

Der ganze Titel XV wird hierauf einstimmig angenommen.

Der Präsident ruft auf Titel XVI, Bearbeitung der Landesstatistik, A. Ordentlicher Etat.

Hierzu erhalten das Wort

Abg. **Duffner** (Zentr.):

Wir haben früher laufend die Jahrgänge der Statistischen Mitteilungen bekommen, die immer außerordentlich wertvoll waren als Nachschlagewerk. Ich weiß nicht, ob sie überhaupt noch herausgegeben werden oder nicht. Wir haben bisher an statistischen Mitteilungen nur solche über die Wahlen erhalten. Wenn sie für die Zukunft herausgegeben werden, wäre der Landtag dankbar dafür, wenn die einzelnen Nummern den Mitgliedern des Landtags wieder zur Verfügung gestellt würden.

Die aufgerufenen §§ 1 bis 9 werden ohne Widerspruch angenommen.

§ 6 ist bereits vorweg bewilligt.

Der Präsident ruft auf: B. Außerordentlicher Etat, § 1, § 2.

Hierzu erhält das Wort

Abg. **Martloff** (Sozdem.):

Es ist hier ein Betrag von 30 000 M. vorgesehen zur Bearbeitung einer Gemeindefinanzstatistik. Ich möchte die Anregung geben, ob man nicht diese Statistik, die hier gemacht werden soll, ausdehnen sollte auf die Bewegungen auf dem Gebiete des allgemeinen Grundstücksverkehrs, wie er sich in den letzten Jahren herausentwickelt hat, insbesondere um Vergleiche zu ziehen, wie die Besitzverteilung gewesen ist. Ich möchte nicht sagen bezüglich der landwirtschaftlichen Grundstücke, sondern im wesentlichen der Besitzverteilung der Grundstücke in den Städten; ich habe hauptsächlich dabei im Auge Mietwohnungen und Mietgebäude.

Interessant wäre insbesondere, die Statistik weiter auszudehnen auf die Frage der Belastung der Wohngebäude und der Mietgebäude, wie sie zur Zeit vor dem Kriege gewesen war, und in welcher Höhe jetzt auf Grund der Aufwertung die Belastung erfolgt, vom wissenschaftlichen Standpunkt und vom Standpunkt der Finanzpolitik aus. Im Interesse der Wirtschaftspolitik wäre eine derartige Unterlage geboten.

Ich möchte diese kurze Anregung geben, vielleicht kann man diese Anregung prüfen und sehen, ob man bei den Erhebungen, die gemacht werden müssen, auch diese Frage in den Bereich zieht und Erhebungen nach dieser Richtung anstellt.

Minister des Innern **Remmele**:

Die von dem Herrn Abg. Martloff angeschnittene Frage kann sehr wenig Aussicht auf Erfolg haben, soweit die Aufgabe, die Sache zu prüfen, für uns in Frage steht, denn Sie müssen sich vor Augen halten, daß dieser Zählbogen, der aufgestellt ist, das Produkt einer eingehenden Beratung der Vorstände der landesstatistischen Ämter darstellt. Der Fragebogen ist heute noch so umfangreich, daß die Reichsbehörde mit den Landesbehörden froh sein wird, ihn ordnungsgemäß hereinzubekommen, um überhaupt eine einigermaßen brauchbare Statistik zustande zu bringen. Gewöhnlich geht es bei der Aufstellung von Fragebogen so, daß zu vielerlei gefragt wird und letzten Endes für den, der die Fragen zu beantworten hat, kaum eine Möglichkeit besteht, in dem Fragenschwulst durchzukommen.

Es handelt sich hier um eine reichsstatistische Aufgabe. Wollte man dem Wunsche des Herrn Abg. Martloff nachkommen, so müßte für das Land Baden ein zweiter Fragebogen herausgegeben werden. Dazu ist eine Möglichkeit nach meinem Dafürhalten im Augenblicke bei dem Personalstand sowohl, wie bei der Notwendigkeit, die Reichsstatistik möglichst flott zu erledigen, kaum gegeben. Man wird diese Frage einmal später einer besonderen Behandlung unterziehen müssen.

§§ 1 und 2 sind nicht beanstandet.

Der ganze Titel XVI wird einstimmig angenommen.

Der Präsident ruft auf Titel XVII, Landwirtschaft und Ernährung, A. Ordentlicher Etat, I. Landwirtschaftskammer.

Hierzu erhalten das Wort

Abg. **Engelhardt** (Zentr.):

Mein Freund Weißhaupt hat in der letzten Woche einen ausführlichen Bericht erstattet über das weit umfassende Gebiet des Ministeriums des Innern, Abteilung Landwirtschaft und Ernährung. Ich bin mit dem, was er vorgetragen hat voll und ganz einverstanden. Ich hätte nur gewünscht, daß in den einzelnen Positionen dieser so überaus wichtigen Abteilung noch größere Summen hätten verwendet werden können. Nach Sachlage der Finanzen wird man sich eben diesmal damit abfinden müssen. Sowohl im Ordentlichen Etat, als auch im Außerordentlichen Etat hat die Regierung in weitausschauender Weise diese Summen eingesetzt. Sie ist sich darin bewußt, daß, wenn unser darniederliegendes Wirtschaftsleben wieder einigermaßen gehoben werden soll, daß man da am Fundament anfangen muß, und das ist die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit. Kein Berufsstand arbeitet so unsicher, ist soviel den Unbilden der Witterung, den elementaren Gewalten und Schäden ausgesetzt, wie die Landwirtschaft. Die Unrentabilität der gesamten Landwirtschaft wird zugegeben und wird auch von Regierungsseite anerkannt. Die Hauptursachen sind erstens der Mangel an Betriebskapital, zweitens die Aufnahme der kurzfristigen Wechselkredite und drittens der übermäßige Steuerdruck. Die Preisbildung der allermeisten landwirtschaftlichen Produkte steht nicht im Einklang mit den Gestehungskosten. Wenn trotz dieser ernsten Notlage unserer gesamten Landwirtschaft es als eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, ja geradezu als eine vaterländische Aufgabe ersten Ranges ersehen werden muß, eine weitere Steigerung der Produktion herbeizuführen, so ist neben der Selbsthilfe die Hilfe von Reich und Staat unerläßliche Bedingung. Diese Hilfe sehe ich von der Kreditseite aus in der Umgestaltung der kurzfristigen Wechselkredite in langfristige Darlehen. Ich sehe sie weiter in der Förderung und Hebung der Absatz- oder Rentabilitätsseite und weiter in einer durchgreifenden Änderung des hohen Steuerdrucks durch ein anderes System der Steuer.

Nun komme ich zu den einzelnen Zweigen der ganzen Landwirtschaft. In erster Linie möchte ich zu sprechen kommen auf den Weinbau. Wohl an die 33 000 Weinbaufamilien mit einem Flächenmaß von etwa 12 000 ha Rebfläche zusammen,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Engelhardt** [Zentr.])

kommen im Lande Baden in den verschiedenen Weinbaubezirken in Betracht, die sich fast ausnahmslos in großer Notlage befinden, da das Jahr 1925 dem Rebbauer wieder eine große Enttäuschung gebracht hat. Der schwerste Kampf um die Erhaltung der Existenz ist bis heute die Folge hieraus. Durch Aufhebung der Weinsteuer ist zwar eine bessere Absatzmöglichkeit vorübergehend eingetreten, ist aber vielfach getätigt worden zu Preisen, die den eigenen Gestehungskosten kaum gleichkommen. Die Ursachen der so überaus schwierigen Lage sind in dem ungenügenden Zollschutz, wie auch in dem Mangel der Kaufkraft der weinkonsumierenden Bevölkerung zu sehen. Nun hat der Kollege Graf in der letzten Woche hier ausgeführt, der deutsch-spanische Handelsvertrag habe dem Weinbau nicht geschadet. Ich bin anderer Meinung und berufe mich deswegen auf eine Autorität im Weinbau. Der Reichstagsabgeordnete Kerb-Köln hat im Laufe dieses Frühjahrs in einer Winzerversammlung in Neuweier, der ich selber auch anwohnte, in öffentlicher Versammlung gesagt:

„Der deutsch-spanische Handelsvertrag hatte für den deutschen Weinbau eine furchtbare Auswirkung. Über 300 000 hl Wein sind schon in den ersten 4 Wochen des Bestehens nach Deutschland eingeführt worden."

Wenn eine solche Autorität, wie der Herr Kerb, diese Behauptung in öffentlicher Versammlung ausspricht, so muß sie richtig sein. Meine Erfahrungen sehen eine Besserung in einer steuerlichen Entlastung, sie sehen eine Besserung, wenn eine ungesäumte Neueinschätzung der Rebgelände zur Steuer nach dem Ertragswert vorgenommen wird, und in der Verbilligung der Gesamtartikel und in der Unterstützung der bestehenden Winzergenossenschaften als Selbsthilfe.

Aber auch in der Selbsthilfe, in dem Qualitätsweinbau und in der Verminderung von Massenträgern, wenn solche nicht zu eigenem Gebrauch bestimmt sind, dann ferner in einer erstklassigen Kellerbehandlung der Weine und in einer Bevorzugung des guten badischen Weines gegenüber dem außerbadischen, oder gar gegenüber dem Auslandswein. Dadurch glaube ich, das traurige Los des Winzerstandes in etwas bessern zu helfen. Vergessen wir nicht, es handelt sich hier nicht um die Erhaltung der Existenz der Winzer allein, sondern es handelt sich, damit aufs engste verbunden, um weite Teile unserer Volkswirtschaft, so in erster Linie der Kleinhandwerker, der Gewerbetreibenden und der Industrie. Ich anerkenne, daß die bad. Regierung sich hat angelegen sein lassen, daß der aus Reichsmitteln im Jahre 1925 gewährte Winzerkredit, der im Dezember 1926 hätte zur Heimzahlung kommen sollen, wieder verlängert worden ist bis zum Dezember 1928. Ich anerkenne das, wie gesagt, es wäre wohl den allermeisten nicht möglich gewesen, in diesen Zeitläuften den Kredit zur Heimzahlung zu bringen.

Nun möchte ich einige Worte verlieren über ein weiteres Gebiet der Landwirtschaft, das ist der Obstbau. Dem Obstbau in unserem Lande kommt eine überaus hohe Bedeutung zu.

Von den Gestaden des Bodensees bis hinunter an den Main, an den hügeligen Vorgebirgen des Schwarzwaldes entlang wächst, blüht und gedeiht ein überaus schöner Obstbaubestand, der vielen Tausenden unserer Bewohner teilweise, auch vielfach hauptsächlichste Einnahme bringt, dank der klimatischen und der Bodenverhältnisse unseres Landes, dessen Pflege, dessen Veredelung und Ziel, eine höchstmöglichste Leistungsfähigkeit zu erreichen, unser aller Bestreben sein muß. Die Regierung hat auch hierfür erforderliche Mittel erheblicher Art im Staatsvoranschlag für die beiden Jahre 1926 und 1927 vorgesehen. Ich begrüße dies und möchte nur die Hoffnung daran knüpfen, daß insbesondere unsere jungen Leute, insonderheit die Fortbildungsschulen, angehalten werden, gerade auf diesem Gebiet durch Kurse die jungen Leute auch soweit genügend auszubilden, daß sie dermaleinst etwas Tüchtiges leisten können. Der obstkonsumierenden Bevölkerung möchte ich zurufen: „Kauft heimisches Obst, aromatisch im Geschmack, weit dem überlegen, was Südfrüchte heißt. Ihr unterstützt damit die notleidende Landwirtschaft mit der gesamten obstbautreibenden Bevölkerung!"

Ein weiterer Zweig des landwirtschaftlichen Berufsstandes, der mit dem Wein- und Obstbau auf das engste verbunden ist, der aber z. Zt. in großer Gefahr sich befindet, ist unsere Edelbranntweinbrennerei. Der Entwurf des neuen Spiritus-Monopolgesetzes, der dem Reichswirtschaftsrat bereits zugegangen ist, beabsichtigt die wenigen Rechte, insbesondere die Abfindungsbrenner, derart einzuschränken, daß solche nicht mehr bestehen können, wenn der Entwurf Gesetz würde.

Offenbar will man die allmähliche Beseitigung der Brennereien auf Abfindung und an ihrer Stelle die Gemeinschaftsbrennerei. Für die verfehlte Einrichtung eines Brennereimonopolbetriebs durch das Reich seit dem Jahre 1919 sollen unsere süddeutschen, der Zahl nach im Lande Baden die meisten, Edelbranntwein-Brennereieinrichtungen geopfert werden. Seit dem Bekanntwerden des Entwurfs geht ein Sturm der Entrüstung durch alle wein- und obstbautreibenden Gegenden unseres Landes. In schärfster Sprache wird in allen Versammlungen der genannten Berufsstände hierzu Stellung genommen, und es bedarf der ruhig sachlichen Darstellungen der Redner, um in diesen Massenversammlungen die Ordnung aufrechtzuerhalten. Es dürfte bekannt sein, daß die Abfindungsbrennereien, landwirtschaftliche Obstbrennereien und gewerbliche zusammen, nicht mehr als 2 Proz. der jährlichen deutschen Branntweinerzeugung herstellen. Im Betriebsjahr 1923 haben sie nur 1,2 Proz. und im Jahre 1924 1,5 Proz. hergestellt. Diese geringen Mengen können aber der Monopolverwaltung keine Konkurrenz machen, es müssen also ganz andere Gründe dahinterstecken. Es gibt etwa 50 000 Abfindungsbrennereien in ganz Deutschland, es sind aber bei weitem nicht alle im Betrieb. Davon entfallen auf das Land Baden allein etwa 28 000. Das kommt daher, weil die guten klimatischen und Bodenverhältnisse unseres Landes zu Wein- und Obstbau besonders geeignet sind. Ihre steuerliche Überwachung ist also schwieriger, das wird zugegeben, und erfordert im Verhältnis zur erzeugten Menge an Branntwein ein größeres Personal und einen größeren Kostenaufwand als bei den größeren Brennereien. Dann hält man den Abfindungsbrennern vor, sie könnten sich leicht der Steuererfassung entziehen. Es soll nicht beschönigt werden, daß Zuwiderhandlungen und Verfehlungen vorgekommen sind, allein der Zahl nach erhebliche, der Menge nach aber ganz unerhebliche, denn sie betragen nach dem amtlichen Material, das jetzt vorliegt, nur etwa 3½ Proz. des gesamten in Deutschland auf illegalem Wege in den Verkehr gebrachten Branntweins; 96½ Proz. sind in den Verschluß- oder Geheimbrennereien hergestellt oder eingeschmuggelt worden. Diese 3½ Proz. stellen als illegalen Branntwein, aus Abfindungsbrennereien hergestellt, nur etwa 1 Proz. der gesamten deutschen Branntweinerzeugung dar, können also keine nennenswerte Rolle im Branntweinverkehr spielen. Das tatsächliche Untersuchungsmaterial spricht also entlastend für die viel behaupteten großen Verfehlungen der Abfindungsbrenner, der sog. Schwarzbrenner.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Engelhardt [Zentr.])

Die Unmöglichkeit, den Entwurf Gesetz werden zu lassen, möchte ich noch von einer anderen Seite beleuchten. Wir haben im Lande Baden ungefähr 80 000 Betriebe der Landwirtschaft, die nicht mehr als bis zu 3 ha landwirtschaftliche Fläche haben. Bei so kleiner Bewirtschaftungsweise dieser genannten Fläche ist es den Unternehmern derselben unbedingt nötig, um sich durchzuhalten, zu Nebenberufen zu greifen. So haben wir im Lande Baden den Weinbau, wir haben den Obstbau u. dgl. mehr; so auch hier die Branntweinbrennerei, um die Verwertung von der Produktion der Wein- und Obstrückstände zu ermöglichen und damit die Schaffung notwendigster Einnahmen zur Erhaltung der Existenz. Freilich ist unter den derzeitigen Bedingungen keine Möglichkeit mehr, lohnende Einnahmen aus der Brennerei zu erzielen, deshalb auch die so überaus traurige Lage, die Geldarmut in diesen Betrieben. Käme das Gesetz nach dem Entwurf, so würden diese am Gesetz direkt interessierten 80 000 Betriebe nicht mehr lebensfähig bleiben, sie würden noch vollends ganz verarmen und zugrunde gehen.

Was die beabsichtigte Errichtung von Gemeinschaftsbrennereien, ihre in Aussicht gestellte steuerliche Vergünstigung anlangt, so ließe sich ja darüber reden. Niemals kann diese aber durch Zwang eingeführt werden, sondern höchstens auf freiwillige Art versuchsweise, denn einmal verträgt diese sich nicht mit der Herstellung von Qualitäts- oder Edelbranntweinen, dann aber läßt sich die Gemeinschaftsbrennerei in den Gebirgsgemeinden, die zerstreut liegen, absolut nicht einführen. Dann will man das Kontingent von 3 hl auf 1 hl herabsetzen — früher waren es 30, dann sind es 4 geworden, dann 3 und jetzt soll es einer werden — für den Abfindungsbrenner selbst für den Stoffbesitzer von 50 l auf 10 l. Dies ist unausführbar. Die in verschiedenen Jahren anfallenden Obstmengen sind so ungleich, daß in der Reihe von 10 Jahren unbedingt eine Übertragung von einem Jahr auf das andere erfolgen muß; auch die größeren Bauerngüter mit ihren vielen Kirschbäumen könnten mit diesem Quantum niemals auskommen, und wenn wir die Ungunst der Witterung in diesem Jahr mit angesehen haben, so war der größte Teil der Kirschen nicht zum Frischgenuß und Transport mehr geeignet, die Kirschen mußten eingeschlagen werden zum Brennen. Auch der Wegfall der bisher bestandenen steuerlichen Vergünstigungen der Abfindungsbrenner würde einen schweren Schlag für die Brenner bedeuten, denn wenn sich so wie bisher die Abfindungsbrennerei nicht mehr gelohnt und vielfach geruht hat, wie könnte sie bei erhöhter Inanspruchnahme des Branntweinaufschlages künftig bestehen, dies wäre unmöglich.

Auch die beabsichtigte Wegnahme des Rechtes des Zukaufes von Obst in den hauptsächlichsten Obstgegenden zum Brennen können wir nicht hinnehmen, ich denke nur an die Unwetterschäden, die das Obst zum Frischgenuß unbrauchbar machten; bisher konnte es doch noch zum Brennen verwertet werden. Es hat sich etwas beruhigender ausgewirkt, als kürzlich der Herr Finanzminister im Haushaltsausschuß im einzelnen ein klares Bild wiedergegeben hat über den Stand der Brennereifragen, weil der neue Entwurf die Brennerei ernstlich gefährdet, ja fast unmöglich macht. Erfreulich war es, zu vernehmen, daß der Haushaltsausschuß fast einstimmig dem Herrn Minister beigetreten ist und ein „Unannehmbar" des Entwurfes in seiner jetzigen Fassung der Reichsregierung gegenüber bezeichnet hat. Auch Württemberg und Hessen und die Pfalz werden, wie ich höre, die gleiche Auffassung wie Baden teilen und sich solidarisch erklären mit den Forderungen der Brenner im Lande Baden.

Ich hoffe, daß mit Aufbietung alles geeigneten es doch noch den Bemühungen der Regierungen von ganz Süddeutschland gelingen möchte, bei der Reichsregierung ein für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes erträgliches Reichsgesetz zu erhalten, um den schweren wirtschaftlichen Nöten unserer Zeit in etwa zu begegnen, ein Gesetz, das so beschaffen und ausgearbeitet ist, daß es auch eingehalten werden kann; dann werden auch die vielen Verfehlungen von selbst aufhören.

Im Außerordentlichen Etat der Ausgaben ist in § 1 ein Staatszuschuß von 50 000 RM. zu dem Zweck der Errichtung eines Tabakforschungsinstituts vorgesehen. Die badische Landwirtschaftskammer ist bereit, auf ihrem Versuchs- und Lehrgut bei Forchheim sowohl den Bauplatz wie auch das Versuchsfeld und den Tabaktrockenschuppen zur Verfügung zu stellen. Ich freue mich, daß die Reichsregierung sich herbeigelassen hat, dieses Tabakforschungsinstitut in das Land Baden zu verlegen, um es durch die Badische Landwirtschaftskammer zu betreuen. Bei der großen Bedeutung des Tabakbaues in unserem Lande, der ja wohl auch, wie alle anderen, durch die Zeitverhältnisse schwer betroffen wurde, erscheint es möglich, durch dieses Institut und Züchtung von heimischen Sorten mit orientalischen Sorten dem Tabakbau selbst und der Verarbeitung des Tabaks wieder eine neue Belebung zu schaffen, wie dies früher der Fall war, und dadurch eine übergroße Einfuhr vom Ausland zu verhindern.

Ich fasse zusammen: All die bedeutsamen Beträge, die von der Regierung für Landwirtschaft und Ernährung in allen Zweigen derselben vorgesehen sind, mögen dazu beitragen, die schwere Krisis und Notlage, welche in diesem Berufsstande tatsächlich vorhanden ist, allmählich wieder zu beseitigen, auf daß es diesem ungemein wichtigen Stand gelingen möge, für sich selbst und für die Allgemeinheit seine hohe Aufgabe — die Aufgabe der Volksernährung und der Schaffung von Arbeits- und Verdienstmöglichkeit — fördernd zu erfüllen (Beifall).

Was die Landwirtschaftskammer selbst anbelangt, so hat ja der Herr Berichterstatter bereits das Nötige gesagt (Zuruf des Abg. Klaiber); ich gehe mit ihm einig und schließe mich seinen Ausführungen an.

Die Tätigkeit der Versuchsanstalt Augustenberg halte ich für überaus nötig, um in Form von Untersuchungen einen Schutz gegen Verfälschung von Waren und Lebensmitteln zu bieten.

Die landwirtschaftlichen Schulen, sowohl diejenige auf der Hochburg wie auch die auf Augustenberg, entsprechen einem wirklichen Bedürfnis im Interesse der heranwachsenden Bauernsöhne. Diese können dort in allen Zweigen der gesamten Landwirtschaft Fachunterricht erhalten. Denn bei der Landwirtschaft handelt es sich um einen Beruf, der, wenn er richtig erlernt ist, einem solchen Bauernsohn immer noch eine Grundlage der Existenz zu bieten vermag; man wird sagen können, daß die Landwirtschaft bei tüchtiger Fachausbildung immer noch ihren Mann ernährt, selbst wenn er von Hause aus auch mit wenig Glücksgütern ausgestattet werden kann.

Im besonderen begrüße ich die Schaffung neuer Stellen von Obstbauinspektoren, die in Vorträgen und Kursen neben ihrer beruflichen Tätigkeit den Hauptobstgegenden unseres Landes ungemein viel nützen werden.

Der Förderung der Rindvieh- und Pferdezucht muß, im allgemeinen volkswirtschaftlichen Sinne gedacht, größtes Interesse gewidmet werden.

Indem ich auf VIII § 39 des uns vorliegenden Titels XVII Bezug nehme, möchte ich an die Regierung die Anfrage rich-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Engelhardt [Zentr.])

ten, wie es denn mit der Verwirklichung des Planes der Errichtung einer Hufbeschlagschule in Offenburg steht. Wir haben hierzu einen Antrag eingebracht. Ich möchte dazu bemerken, daß die verschiedenen Schmiedemeister aus der Gegend von Offenburg in Offenburg selbst als in einem zentral gelegenen Platz eine Hufbeschlagschule wünschen, weil dadurch für die Zeit der Ausbildung wenigstens einigermaßen hohe Kosten erspart werden könnten, die sie sonst aufbringen müßten, wenn sie sich ihre Ausbildung an der Hufbeschlagschule in Karlsruhe oder bei derjenigen in Freiburg erwerben müßten.

Für die staatliche Viehversicherung sind wiederum 212 000 Reichsmark als Staatszuschuß für die Budgetjahre 1926 und 1927 vorgesehen. Infolge der Inflation sind einige Vereine und Anstalten ausgetreten; sie werden aber nach und nach doch wieder zurückkehren, weil die Erkenntnis sich durchringen wird, daß bei den Viehseuchen, wie sie immer wieder auftreten — so bei der Maul- und Klauenseuche — bei Privatvereinen das Risiko doch viel zu groß ist.

Ebenso wie auf dem Gebiete der Viehversicherung sich ein Fortschritt zeigt, wäre es zu wünschen, daß immer noch in höherem Grade von der Hagelversicherung Gebrauch gemacht würde. Auch sie ist ja mit ganz bedeutenden Staatszuschüssen bedacht, so daß die Prämien, die zu entrichten sind, sich nicht zu hoch stellen. Man muß sich nur immer wieder vergegenwärtigen, daß bei einem einzigen Unwetter mit Hagelschlag für ganze Gegenden die gesamte Fruchternte zerstört werden kann. Dadurch entsteht ein unermeßlicher Schaden. Diesen Schaden müssen die Angehörigen der Landwirtschaft in der betreffenden Gegend, falls sie die Versicherung unterlassen haben, uneingeschränkt tragen: durch Versicherung hätte das, wenn auch nicht völlig, vermieden werden können.

Hier anschließend möchte ich auch ein Wort einlegen für die durch Hochwasser geschädigten Gemeinden. Ich bitte die Regierung, wenn aus solchen Gemeinden Gesuche um Beihilfen einkommen, solche wohlwollend zu prüfen und in weitgehendster Weise zu berücksichtigen.

Die Absicht, die Saatzuchtanstalt beim Versuchs- und Lehrgut bei Rastatt zu einer Pflanzenzuchtanstalt auszubauen, begrüße ich lebhaft; die Erzielung guter und dem Boden angemessener Sorten von Saat ist ein außerordentlich wichtiger Zweig der landwirtschaftlichen Tätigkeit. Das alte Sprichwort sagt: „Wie die Saat, so die Ernte". Ich habe mich selbst auf diesen beiden Gütern der badischen Landwirtschaftskammer davon überzeugt, was in bezug auf Züchtung geleistet werden kann. Man konnte hier die Leistungen, die erzielt worden sind, nur bewundern. Freilich wird von mancher Seite eingewendet, der Bauer könne in seinem Betrieb dies doch nicht nachmachen., was ein solches Versuchs- und Lehrgut unternehmen kann. Demgegenüber ist zu sagen: das kann stimmen, aber er kann immerhin sehen, in welch hohem Grade die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft und das Maß der Produktion gesteigert werden kann; wenn er in der Lage ist, von solchen Gütern Originalsaat zu beziehen, so wird sich auch für den einzelnen Landwirt jederzeit ein großer Vorteil ergeben.

Bezüglich der Aufgaben der Saatzuchtanstalt möchte ich im Auftrag meines Freundes Duffner anregen, daß neben der Züchtung der für die Getreidegegenden notwendigen und geeigneten Sorten die Züchtung von harten und für die Hochlagen des Landes (über 600 Meter Meereshöhe) passenden Hafer- und Roggensorten nicht vernachlässigt werden (Abg. Dr. Schofer: Sehr gut! Man soll überhaupt nicht vergessen, daß da oben auch noch Landwirtschaft ist!).

Ich schließe in der Erwartung und in der Hoffnung, der Arbeit der Selbsthilfe im Verein mit der Staatshilfe möge es gelingen, unser darniederliegendes Wirtschaftsleben wieder einigermaßen aufzurichten und vorwärts zu bringen und dabei auch durch ernste Tätigkeit aller Beteiligten auf allen Gebieten die gesamte Landwirtschaft bald wieder besseren Zeiten entgegenzuführen (Beifall).

Im Verlauf obiger Ausführungen hat II. Vizepräsident von Au den Vorsitz übernommen.

Abg. Zoller (Bürgerl. Ver.):

In diesem Hohen Hause habe ich noch nicht die Wahrnehmung machen können, daß innerhalb der Verhandlungen die badische Landwirtschaft, gemessen an ihrer Bedeutung, denjenigen Raum einnimmt, der ihr entsprechen dürfte. Seit den Tagen der Inflation, der Geldentwertung, ist die Lage der badischen Landwirtschaft, wie überhaupt der deutschen Landwirtschaft, eine verzweifelte. Die Lebensverhältnisse der Landwirtschaft sind als ungenügend und geradezu niederschmetternd zu bezeichnen. Die großen Gemeinde-, Kreis- und Staatssteuern wirken erdrückend auf die badische und überhaupt auf die gesamte deutsche Landwirtschaft. Sehr oft schon haben die Steuern das ganze Betriebskapital der Wirtschaft hinweggenommen (Sehr richtig!). Die Wirtschaft war bargeldlos; sehr oft mußte zu Kapitalaufnahmen geschritten werden, um nur die Steuern bezahlen zu können (Sehr richtig! rechts). Die aufgenommenen Kapitalien konnten aber bis zum heutigen Tage noch nicht zurückbezahlt werden. Gerade in diesem Frühjahr hat man im badischen Landtag die Beobachtung machen können, daß der Landtag ein nicht allzu großes Entgegenkommen zeigte, als es sich darum handelte, eine Fortdauer der Kredite für die Landwirtschaft zuzugestehen.

Die Gebäudesondersteuer, die allerdings für die Landwirtschaft in Baden nur 1,8 Millionen RM. ausmacht, wird aber allgemein als drückend für die Wirtschaft betrachtet (Zuruf). Im ganzen badischen Lande und auch innerhalb der Städte hat diese Steuer eine große Unzufriedenheit hervorgerufen (Lebhafte Zurufe aus der sozialdemokratischen Fraktion. — Gegenzuruf des Abg. Klaiber: Fragen Sie, wieviel er zahlen muß! — Gegenzuruf aus der sozialdemokratischen Fraktion. — Abg. Hertle: Was bezahlen denn Sie? — Heiterkeit).

Als kürzlich der Herr Kollege D. Mayer-Karlsruhe seinen Bericht über das Justizbudget erstattete, da wies er ausdrücklich auf die hohe Anzahl von Zivil- und Privatklagen hin, mit denen unsere Gerichte sich zu beschäftigen haben, und aus denen ganz deutlich der Tiefstand unserer Wirtschaft hervorgeht. Das Aufwertungsgesetz hat innerhalb der Landwirtschaft große Unzufriedenheit hervorgerufen, insbesondere deshalb, weil Reich, Länder und Gemeinden nur eine schwache, manchmal überhaupt keine Aufwertung gewähren (Zuruf aus der sozialdemokratischen Fraktion). Diejenigen alten Leute, die ihr Leben lang gespart haben, um im Alter wenigstens über ein paar Groschen zu verfügen, sind durch die Inflation um ihr ganzes Vermögen gekommen. Gerade in diesen Kreisen ist man über das Verhalten, wie Reich, Länder und Gemeinden es betätigt haben, sehr ungehalten. Reich, Länder und Gemeinden stehen scheints im Falle der Aufwertung auf dem Standpunkt, daß es heißt: „Heiliger Sankt Florian, verschon' mein Haus, zünd' andre an!" (Heiterkeit).

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Zoller [Bürgerl. Ver.])

Ebenso wirkt das neue Grund- und Gewerbesteuergesetz nicht so erleichternd, wie man es allgemein hinstellt. Es wäre schon gut mit der Abschreibung der 30 Proz. auf 70 Proz. der Bewertung, wenn der Steuerfuß festgelegt wäre. Der Steuerfuß ist aber ein wandelbarer, und Sie wissen alle, wie sich das Grund- und Gewerbesteuergesetz noch auswirken kann (Zuruf des Abg. Dr. Föhr).

Im allgemeinen wird im badischen Land die Aufhebung der 13 Bezirksämter für sehr ungerecht betrachtet, und ich glaube sicher annehmen zu dürfen, daß, wenn dem Herrn Innenminister das Ermächtigungsgesetz nicht zur Seite gestanden hätte, hätte er die Aufhebung der 13 Bezirksämter nicht fertiggebracht (Heiterkeit). Man kann sehr geteilter Ansicht über die Einsparung sein. In Rechnung wird z. B. gar nie gestellt der Zeitaufwand der betreffenden Parteien, die zum Bezirksamt gehen müssen, die sehr oft Halbtagreisen unternehmen müssen und stundenlang vor den Paßbüros stehen, um Paßbescheinigungen zu erhalten, die oft nur 30 Pf. oder einige Pfennige wert sind, sie unter einem unverhältnismäßigen Zeitaufwand zu erhalten.

Von der Steuer weg, wollen wir uns doch auch einmal die Einkommen der badischen Landwirte betrachten. Die landwirtschaftlichen Einkommen waren im Jahre 1913 205 M. pro Hektar, die Steuerlast war 7,5 Proz. gleich 14 M. Einkommensteuer. Im Jahre 1924: Durchschnittseinkommen pro Hektar 80 M., davon 50 Proz. Steuer, also die Hälfte mit 40 M. Um ein Einkommen von nur 4000 M. zu haben, müßte man also rund 100 Hektar zu bewirtschaften haben. Die Sache sieht anders aus, als man es sonst annimmt, und wirkt sich noch viel schlechter für die kleineren Landwirte aus als für die großen, buchführenden Landwirte, die buchmäßig nachweisen können, daß sie kein Einkommen haben, während der kleine oder mittlere Landwirt, der noch vom Finanzamt aus geschätzt wird, unter allen Umständen noch ein Einkommen ausgerechnet bekommt und die Einkommensteuer daraus auch bezahlen muß. Da hilft nichts; denn wenn die Steuer ausgesprochen ist, muß sie auch bezahlt werden, und wenn man sie auch nicht gerne bezahlt, dann muß man sie eben ungerne bezahlen (Heiterkeit). Die steuerliche Belastung beträgt im Jahre 1924 rund 60 Proz. aller Einkommen und ist um das 3,5 fache höher als im Jahre 1913.

Nach amtlichen oder ziemlich zuverlässigen Mitteilungen sind bei 60 landwirtschaftlichen Betrieben überhaupt keine Vermögenszunahmen vorhanden, sondern Vermögensabnahmen. Betriebe unter 50 Hektar: Vermögensabnahme 2440 M. 35 Pf., Betriebsverlust 477 M. Betriebe von 50 bis 100 Hektar: Vermögensabnahme 6316 M. 10 Pf., Betriebsverlust 1186 M. 65 Pf. Betriebe von 100 bis 150 Hektar: Vermögensabnahme 9712 M. 49 Pf., Betriebsverlust 6150 M. 90 Pf. Betriebe von 150 Hektar und darüber: Vermögensabnahme 17 387 M. 40 Pf., Betriebsverlust 12 030 M. Sämtliche landwirtschaftlichen Betriebe haben überhaupt keine Betriebsüberschüsse. Wir sehen hier, daß unter allen Umständen dahin gewirkt werden muß, daß die Produktenpreise etwas gehoben werden müssen, um überhaupt noch eine Rentabilität oder eine Lebensexistenz der Landwirte zu ermöglichen.

Bei allen diesen Ergebnissen ist ein Arbeitslohn für den Betriebsinhaber wie für seine Familienangehörigen nicht eingesetzt worden, der Eigenverbrauch ist dagegen eingerechnet. Man sieht also daraus schon, daß ein landwirtschaftlicher Arbeitslohn nicht erbracht werden kann, viel weniger eine Verzinsung von Kapital und Betriebseinrichtung.

Die Einnahmen pro Hektar waren in den Jahren 1910 bis 1913 durchschnittlich 298 M., die Ausgaben 202 M., die Mehreinnahme betrug also 96 M. Die Einnahme 1924 war entsprechend niedriger: 213 M., die Ausgabe dagegen 184 M., also eine Mehreinnahme von nur 29 M. Wo bleibt hier ein Existenzminimum? Da kann man eigentlich eine Wirtschaft in einer Größe haben, wie man sie will, so wird man am Ende des Jahres vor einem Minus stehen, aber niemals vor einem Plus.

In den Jahren 1910 bis 1913 haben die Vermögen der tätigen Landwirte eine kleine Zunahme erfahren, während im Jahre 1924 bis heute nur noch Vermögensverluste zu verzeichnen sind.

Genau so, wie es in der Landwirtschaft steht, steht es auch im Garten- und Gemüsebau. Hier dürfte man fast der Ansicht sein, daß sich von vornherein ein besseres Bild zeigen würde, wenn man etwas mehr Nationalstolz hätte und einheimisches Gemüse und einheimische Früchte kaufen würde statt des vielen Auslandsgemüses und des vielen Auslandsobstes (Sehr gut! bei der Bürgerlichen Vereinigung). Im Jahre 1913 wurden eingeführt 11 243 798 Doppelzentner Frischgemüse, Frischobst und Südfrüchte im Werte von 310 Millionen Mark (Hört, hört! bei der Bürgerlichen Vereinigung). Im Jahre 1924 wurden eingeführt 13 473 660 Doppelzentner Frischgemüse für 5 701 000 M., also bereits das Doppelte an Geld, während nur 2 Millionen Doppelzentner mehr in das Land hereingebracht worden sind. Wenn man sich einen derartigen Luxus erlauben kann, daß man dem Ausland soviel Geld gibt, dann muß es einem im Inland noch gut gehen! Nun werden wahrscheinlich diese Gelder nicht alle von den Meistbegüterten für Gemüse und Obst ausgegeben werden, sondern es werden auch die anderen Bevölkerungsklassen daran teilnehmen. Die Gesamteinfuhr von Gemüse, Obst und Südfrüchten beträgt rund 400 Millionen, während die Einfuhr für Weizen ebenfalls nahezu 400 Millionen beträgt. Also die Einfuhr für Brotgetreide überschreitet kaum den Betrag der Einfuhr für Obst und Gemüse. Die Gesamteinfuhr beträgt für sämtliche Waren, für Rohprodukte aller Art im Jahre 1924 9 Milliarden 300 Millionen Mark, im Jahre 1913 11 Milliarden 100 Millionen Mark. Die allgemeine Gesamteinfuhr der gartenbaulichen Erzeugnisse ist um 22 Proz. seit dem Jahre 1913 gestiegen, also um ein ganzes Fünftel mehr. Frischgemüse wurde im Jahre 1924, in der armen Zeit, eingeführt mehr als in der reichen Zeit der Jahre 1910, 12 und 13, hauptsächlich an Blumenkohl im Jahre 1913 für 8 865 000 M., im Jahre 1924 11 153 000 M., Tomaten im Jahre 1913 für 2 763 000 M., 1924 für 6 973 000 Mark, Tafeltrauben im Jahre 1913 für 15 351 000 M., im Jahre 1924 für 25 069 000 M.

Eine derartig große Einfuhr von Gemüse, Obst und Tafeltrauben muß doch tatsächlich die einheimische Produktion beeinträchtigen, und es darf einem nicht wundernehmen, wenn unsere badischen oder heimischen Gärtner in vielen Fällen vor vollen Gärten stehen und ihre Ware nicht mehr an den Mann bringen.

Ich hätte so im allgemeinen ein Bild gezeichnet, was wir uns tatsächlich in der schlechten Zeit erlauben, und woraus ganz gut zu ersehen ist, warum im deutschen Vaterland unsere Landwirtschaft so tief darniederliegt, und nun möchte ich mit den einzelnen Einrichtungen des badischen Landes noch zu etwas übergehen.

Sehr bedauerlich war, daß im badischen Staatsvoranschlag die Summe, die von der badischen Landwirtschaftskammer für das Pflanzenbauinstitut in Rastatt gefordert worden ist, nicht

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Zoller** [Bürgerl. Ver.])

eingestellt werden konnte. Wenn man bedenkt, welch große wirtschaftlichen Vorteile ein gutes Saatgut in einer Wirtschaft bedingt, dann muß man sich eigentlich wundern, daß man sich im Haushaltsausschuß nicht hat dazu entschließen können, eine derartige Summe einzustellen, daß man sofort mit dem Bau eines Pflanzenbauinstituts hätte beginnen können. Für andere Sachen hat man auch Geld.

Die Landwirtschaftskammer, die eigentliche gesetzliche Vertreterin der badischen Landwirtschaft, hat niemals das Landwirtschaftskammergesetz erhalten, das wir Landwirte eigentlich erstrebt haben. Nirgends in unserem großen deutschen Vaterlande ist die Landwirtschaftspflege so geteilt und so zerschnitten als in Baden. Noch nie seit Bestehen der badischen Landwirtschaftskammer wurde der Kammer das Vertrauen der Regierung in dem Maße entgegengebracht, wie man es eigentlich hätte tun sollen.

Der Herr Kollege Weißhaupt als Berichterstatter hat in seinen Ausführungen darauf hingewiesen, daß die badische Landwirtschaftskammer schwer gelitten hätte unter der vorausgegangenen Leitung. Bei den Ausführungen, die Herr Staatsrat Weißhaupt machte, erwiderte ihm sein Parteichef, Herr Dr. Schofer: Strich darunter! Ja, Strich darunter. Ich sage auch: Strich darunter! Aber wenn man einen Strich darunter macht, Herr Staatsrat, dann müssen alle einen Strich darunter machen, da darf man nicht einseitig sagen: Strich darunter. Ob sie ihn auch darunter gemacht haben, ich kann ihn jedenfalls heute noch nicht darunter machen (Heiterkeit), ich kann mich damit nicht abfinden, daß man der vorausgegangenen Leitung das nachsagt, was man von Ihrer Seite zu tun pflegt. Sie, Herr Staatsrat, waren längere Zeit oder sind schon lange in der badischen Landwirtschaftskammer und gehören schon lange Jahre dem Vorstand der badischen Landwirtschaftskammer an. Sie haben alle die Sachen, die in der Landwirtschaftskammer gemacht worden sind, mitgenehmigen helfen (Zuruf: Herr Weißhaupt hat dagegen gestimmt!). Herr Staatsrat, das entzieht sich meiner Beurteilung; aber wenn man selbst dabei war, dann muß man doch etwas vorsichtiger sein nach meinem Dafürhalten und muß nicht immer auf andere abzuladen versuchen (Zuruf des Abg. Duffner). Herr Kollege Duffner, ich weiß ganz genau, was ich sage, ich glaube sicher sagen zu dürfen, daß der Herr Präsident Gebhard, der allerdings nicht adelig war und nicht adelig ist (Heiterkeit), aber die Landwirtschaftskammer in dem Ansehen nicht angetreten hat, wie er sie verlassen hat. Der Herr Staatsrat Weißhaupt wird sich wohl noch erinnern können, und der Herr Kollege Sack ebenfalls, an die Ausführungen im kleinen Festhallesaal beim Zusammentreten der ersten Vollversammlung im Jahre 1921. Wem die Sachen noch in Erinnerung sind, ich meine, der sollte auf die Nachfolgeschaft in der Kammer auf jene vom Jahr 1921 keinen Stein mehr werfen (Zuruf des Abg. Klaiber). Wie die Herren politisch interessiert sind, kümmert mich verflixt wenig (Heiterkeit). Bei mir ist die Hauptsache, daß der Mann dort der Mann ist, wo er steht. Eine politische Einstellung auf diesem Platze schätze ich ziemlich gering ein. Ich möchte nur hoffen und wünschen, daß gerade meine jetzigen Ausführungen dazu beigetragen haben, daß man endlich einmal die Streitaxt in der badischen Landwirtschaftskammer vergräbt (Verschiedene Zwischenrufe und Gegenrufe. — Abg. Weißhaupt: Ich mußte als Berichterstatter das sagen, was gesagt worden ist!).

Das wäre das Wesentliche, was ich über die badische Landwirtschaftskammer zu sagen habe. Im übrigen habe ich das volle Vertrauen zur Kammer gehabt und habe es auch jetzt noch, weil ich genau weiß, was sie tatsächlich schon für den badischen Bauern geleistet hat. Ich muß es immer bedauern, daß noch immer eine so große Nebeneinanderarbeit im badischen Lande ist, wie man es sonst gar nirgends im deutschen Vaterland trifft, daß z. B. die Landwirtschaftskammer die Kleintierzucht pflegt, die Schweinezucht getrennt, die Eberkörung unter das Ministerium des Innern gehört (Große Heiterkeit). Die Pflege der Muttersau wird der badischen Landwirtschaftskammer übertragen. Bei der Ziegenzucht ist dasselbe (Erneute Heiterkeit). Ich kann nur sagen, wie die Verhältnisse tatsächlich sind. Ich meine, bei einem gegenseitigen Vertrauen dürfte eine derartige Nebeneinanderarbeit innerhalb der Regierung oder innerhalb eines demokratischen Freistaates nicht vorkommen, wo sonst die Pflege der Landwirtschaft in einer Hand liegt.

Nun komme ich noch auf ein anderes Kapitel zu sprechen. Das sind die ausländischen Arbeiter, die polnischen Arbeiter, die heute morgen schon einmal eine kleine Rolle hier im Hause gespielt haben. Ich glaube, versichern zu können, die Argumente, die man auf der Seite da drüben vorbringt, daß man manchen Leuten nicht zumuten kann, als Zuckerrübenarbeiter auf große Höfe zu gehen, aber die Not bricht sehr oft Eisen, und ich glaube, wenn man auch bei einem geringeren Verdienst Arbeit annehmen würde — es sind nicht überall die schlechtesten Verhältnisse, ich kenne Verhältnisse, die manchmal sehr gut sind —, so wäre doch manchem deutschen Arbeiter die Gelegenheit geboten, Arbeit zu bekommen, und er müßte nicht der Erwerbslosenfürsorge anheimfallen, der Allgemeinheit zur Last, denn die Erwerbslosenfürsorge wird von all den Steuerzahlern getragen, die noch erwerbsfähig sind, und die Mittel und Zahl der Erwerbsfähigen werden zurzeit von Tag zu Tag weniger, und je weniger sie werden, um so schwerer wird die Erwerbslosenfürsorge zu zahlen sein, und die Zahl der Erwerbslosen wird immer eine größere sein. Aber ich glaube, bei einigermaßen gutem Willen, und wenn die Regierung auf manchen großen Höfen etwas von dem Geld, was man für Wohnungsbauten verwendet, für Arbeiterwohnungen verwenden würde, wäre wohl Gelegenheit, anständige Arbeiterwohnungen zu beschaffen, und man könnte auf den großen Gütern deutsche Arbeiter unterbringen (Sehr richtig!).

Nun möchte ich mich zum Schluß mit den Ausführungen des Herrn Dr. Hoffmann beschäftigen (Hört, hört! beim Zentrum). Der Herr Dr. Hoffmann hat ausdrücklich gesagt, das Reichsbanner wäre .... (Glocke des Präsidenten).

Präsident Dr. **Baumgartner** (unterbrechend):

Herr Kollege Zoller, das Reichsbanner hat mit der Landwirtschaft nichts zu tun.

Abg. **Zoller**:

Herr Präsident, andere Herren haben auch schon politische Ausflüge gemacht. Mit einem Satz bin ich fertig.

Präsident Dr. **Baumgartner**:

Ich kann auch den einen Satz nicht zulassen. Wenn Sie einen Satz sagen, kommen von anderer Seite mehrere Sätze. Das Reichsbanner hat mit der Materie, um die es sich hier handelt, nichts zu tun. Die politische Aussprache ist geschlossen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. **Zoller** (fortfahrend):

Dann wäre ich fertig mit meinen Angelegenheiten. Ich werde bei anderer Gelegenheit auf das zurückkommen, was ich habe sagen wollen. Gelegenheit wird ja geboten sein (Beifall bei der Bürgerl. Vereinigung).

Im Verlauf obiger Ausführungen hat Präsident Dr. Baumgartner den Vorsitz wieder übernommen.

Minister des Innern **Remmele**:

Der Herr Vorredner hat die Frage der Verteilung der Zuständigkeit in der Landwirtschaftspflege zwischen Staat und Landwirtschaftskammer behandelt. Dem Herrn Abg. Weißhaupt gegenüber hat er die Meinung vertreten, man solle das, was in den letzten Jahren Gegenstand von Streit gewesen war, jetzt endlich einmal ruhen lassen. Den gleichen Wunsch möchte ich hinsichtlich der Frage der Verteilung der Zuständigkeit an den Herrn Abg. Zoller richten, und zwar deswegen, weil der derzeitige Vorstand der Landwirtschaftskammer bei der Arbeit ist, das Gebiet, das ihm zusteht, eingehend zu bearbeiten, und weil man die Meinung vertreten kann, man möge der Entwicklung jetzt etwas Spielraum und etwas Ruhe lassen. Die Bemerkung, daß kein Land in Deutschland ähnliche Verhältnisse habe wie Baden, ist falsch; sie beruht auf einer falschen Auffassung. Ich darf daran erinnern, daß in Bayern der Bauernrat, die Landesbauernkammer lediglich begutachtende Körperschaft ist und die Landwirtschaftspflege in Bayern heute noch im wesentlichen in der Hand der Staatsverwaltung sich befindet. In Württemberg ist keine andere Verteilung als in Baden, jedenfalls ist die Großtierzucht in der Hand des Staates. In Preußen sind allerdings mehr Zuständigkeiten der Landwirtschaftskammer zugemessen, aber ich habe früher schon auseinandergesetzt, daß in Preußen sich der Staat gewissermaßen Aufgaben schulischer Art, Unterhaltung von Instituten, selbst vorbehalten hat. Selbstverständlich, es muß der Staat für das Geld, das er ausgibt, einen gewissen Einfluß ausüben können an gewissen Punkten, die ihn interessieren. Aber ich glaube, nachdem diese Frage jetzt wiederholt behandelt worden ist, sollte man sie ruhen lassen, weil ich der Meinung bin, daß sich dadurch am ersten das vorbereitet, was naturnotwendig der Zukunft entgegenschreitet.

Der Herr Abg. Engelhardt hat den Wunsch ausgesprochen, in Offenburg die Hufbeschlagschule zu errichten. Gewiß, wenn man vom geldlichen Standpunkt die Frage betrachtet, und da die Einrichtung einer Hufbeschlagschule 5000 M. kostet und der jährliche Aufwand noch einmal 5000 M., spielt der geldliche Aufwand keine Rolle. Aber wenn wir schon daran denken, zu den vier Hufbeschlagschulen eine weitere zu errichten, muß, nach unserem Dafürhalten zunächst das Bauland bedacht werden (Sehr gut! beim Zentrum). Und auch die Gegend von Waldshut sollte zunächst in Rechnung gestellt werden (Heiterkeit), denn diese Bezirke unseres Landes haben, verkehrstechnisch gesehen, eher Anspruch als das mittelbadische Gebiet von Offenburg auf die Errichtung einer Hufbeschlagschule. Aber ich möchte Sie bitten, eines zu beachten: Wenn der junge Mann täglich in der Schule steht, arbeitet, und er soll morgens und abends einen längeren Weg zurücklegen, gar noch über Land zu Fuß, 2—3 Stunden, so ist das eine Zumutung, die dem Zweck nicht förderlich ist, nämlich dem einer intensiven Arbeit zur Erlangung des letzten Schliffs. Was psychologisch notwendig ist, den jungen Mann loszulösen von seiner altgewohnten Umgebung und von seiner Haushaltung und vom Meister, und ihn, wenn auch nur wenig Wochen hineinzustellen in eine neue Umgebung, wird nicht erreicht. Das darf man nicht außer Anschlag bringen, wenn es sich darum handelt, eine Prüfung über Können und Leistung abzulegen. Aus diesen Erwägungen stehen wir im Ministerium des Innern gegenüber dem Antrag, der von dem Herrn Abg. Seubert bereits eingebracht worden ist, auf dem Standpunkt, der Landtag möge der Auffassung zuneigen, daß außer den Hufbeschlagschulen in Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Meßkirch aus den erwähnten Gründen weitere Schulen zunächst nicht aufgemacht werden, und wenn solche aufgemacht werden sollen, daß dann die abgelegenen Gegenden unseres Landes berücksichtigt werden, weil dies noch einigermaßen Sinn hat; Karlsruhe ist bei Offenburg so nahe, und auch Freiburg, daß es unrecht wäre, gegenüber anderen Landesteilen, wenn man Offenburg berücksichtigen würde und nicht das Hinterland oder die Gegend am Oberrhein.

Die Ausführungen des Herrn Abg. Engelhardt wegen der Gefahr, daß das Brennereikontingent eingeschränkt oder die Abfindungsbrennereien aufgehoben und durch eine reichsrechtliche Regelung beseitigt werden sollen, möchte ich durchaus unterschreiben. Die badische Regierung ist in diesem Punkte geschlossen auf seiten der Auffassung, wie sie der Herr Finanzminister unlängst im Haushaltsausschuß vertreten hat. Wir wissen zwar, daß in der Vergangenheit ein Teil, sagen wir ein kleiner Teil, von Besitzern von Abfindungsbrennereien sich der Steuerbehörde gegenüber nicht so verhalten hat, wie man das erwarten kann, und die badische Regierung und die Verwaltungsbehörden haben wiederholt aufmerksam gemacht auf die Gefahr, die darin zu erblicken ist, wenn die gesetzlichen Vorschriften nicht beachtet werden. Mit der Auswirkung dieser Gefahr haben wir es jetzt zu tun, aber wir stehen dessen ungeachtet auf dem Standpunkt, und insbesondere auch unsere Vertreter draußen im Bezirke, die Landräte, haben die feste Meinung, daß das, was sich vorbereitet im Reich, beim Reichsfinanzministerium und der Reichsmonopolverwaltung, nichts mehr zu tun hat mit dem Willen, Ordnung zu halten und Ordnung zu schaffen, sondern daß da ein Ziel gesteckt worden ist, welches wichtige, und ich möchte fast sagen, heilige Interessen eines Berufsstandes der Landwirtschaft in schwerster Weise verletzt. Wir haben die feste Absicht, in dieser Beziehuno unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung nachdrücklich zur Seite zu stehen, weil wir es für unrecht halten würden, wenn die Bestrebungen, wie sie in der Reichsmonopolverwaltung vorhanden sind, zum Ziele gelangen sollten. Das würden wir als außerordentlich schwere Schädigung nicht nur der Landwirtschaft ansehen, sondern als eine Schädigung der volkswirtschaftlichen Interessen unseres badischen Landes (Beifall).

Abg. Dr. **Mattes** (D. Vp.):

Ich werde keine lange Rede über Landwirtschaft halten, sondern mich auf wenige aktuelle Fragen beschränken. Eine allgemeine Bemerkung muß ich aber vorausschicken. Sowohl die Landwirtschaft als das Gewerbe leben in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Es besteht aber zwischen beiden Teilen der Volkswirtschaft in bezug auf die Dauer dieser Schwierigkeiten wohl der Unterschied, daß die schwierige Lage des Gewerbes ein vorübergehender, während die der Landwirtschaft ein dauernder Krisenzustand ist. Die Industriekrisen haben eine gewisse periodische Wiederkehr. Wir haben eine bestimmte Entwicklung in der Industrie seit einem Jahrhundert feststellen können. Diese Wirtschaftskrisis, die in der Industrie periodisch wiederkehrt, haben wir heute, mitbestimmt durch den Ausgang des Krieges und die Inflation. Wir dürfen aber hoffen, daß diese Krise doch nur ein

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. Mattes [D. Vp.])

vorübergehender Zustand ist. Anders ist die Lage in der Landwirtschaft. Die Ursachen, die die Lage der Landwirtschaft schwierig machen, scheinen mir Dauercharakter zu haben, und deshalb bedürfen sie einer besonderen Beachtung. Die Ursachen, die die Lage der Landwirtschaft schwierig machen, sind zunächst einmal die Preisfrage. Allgemein sind die Preise der Landwirtschaft mit der Teuerung nicht mitgegangen. Die Domänenverwaltung hat uns z. B. eine Statistik über die Preisentwicklung der landwirtschaftlichen Produkte vorgelegt, aus der hervorgeht, daß z. B. die Preise für Vieh, für Fleisch, die die Landwirte bekommen, heute zum Teil unter dem Friedenspreis sich bewegen. Sie sind also in ihrer gesamten Höhe hinter der Teuerung zurückgeblieben. Das ist eine Schwierigkeit. Wenn nun seit dem letzten Jahre auch die Lage der Landwirtschaft sich nicht gebessert hat, so liegt das darin, daß im letzten Jahre die Preise zum Teil niedriger waren als im Jahre vorher. Also hat der im letzten Jahre eingeführte Schutzzoll für Getreide der Landwirtschaft gar keine Besserung gegenüber dem Vorjahre gebracht, denn trotz des Schutzzolles sind die Preise niedriger als im Jahre vorher gewesen, weil die Weltmarktbasis, von der die Landwirtschaft abhängig ist, eine andere Höhe hatte als im Jahre vorher. Soviel zu dieser Preisfrage.

Nun zur Unkostenseite. Da ist folgendes Moment beachtenswert: Die industrielle Entwicklung hat ja zum Unterschied von der Krisentheorie und der Verelendungstheorie, die Marx aufgestellt hat, doch eine allmähliche Besserung der Lebenslage und Lebenshaltung der Massen gebracht. Das ist auch anerkannt von der sozialistischen Theorie. Das bedeutet aber Teurerwerden der Arbeitskräfte, denn das ist die Voraussetzung dafür. Und nun entstand das volkswirtschaftliche Problem, wie wirkt sich das dauernde Teurerwerden der Arbeitskräfte in der Industrie auf die verschiedensten Produktionsbedingungen der Landwirtschaft aus, denn die Preise für die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft werden natürlich immer abhängen von dem Preisniveau in der Industrie. Da taucht nun die Frage auf: was für Möglichkeiten bestehen in der Landwirtschaft, um das dauernde Teurerwerden der Arbeitskräfte wieder auszugleichen. In der Industrie ist der Weg der, daß man durch fortschreitende Verbesserung der Produktion, durch Rationalisierung und dergl. immer wieder das Teurerwerden der Arbeitskräfte kompensieren konnte, so daß der Preis für die Industrieprodukte nicht immer höher wurde, wenn die Arbeitskräfte besser bezahlt worden sind. Im Gegenteil es sind manchmal umgekehrte Entwicklungsmöglichkeiten gegeben gewesen. Diese Möglichkeit besteht aber in der Landwirtschaft nur in beschränktem Umfang, und eine der wesentlichen Ursachen der Schwierigkeit der Landwirtschaft ist die, daß jeder Landwirt, der genau kalkuliert, heute feststellen muß, daß er — in Naturalien gerechnet, das ist die sicherste Rechnung, die er aufstellen kann —, für die Arbeitskräfte mehr bezahlen muß, als vor dem Kriege. Ich habe einmal eine ganz vorsichtige Schätzung für mich aufgemacht, und ich glaube, daß der durchschnittliche Barlohn im Frieden für eine männliche Arbeitskraft der Gegenwert von 35 Zentner Weizen war, während er heute der Gegenwert von 45 Zentner Weizen ist, wenn man dazu die Kosten für Krankenversicherung usw. hinzurechnet. Nun muß der Landwirt kalkulieren mit der Produktionsmenge, die er dafür ausgibt. Das ist eine der dauernden Ursachen, die die Lage der Landwirtschaft erschweren. Man wird infolgedessen — volkswirtschaftlich gesehen — einmal die Frage aufwerfen müssen — und das ist eine entscheidende Frage, — was für Möglichkeiten bestehen für die Landwirtschaft, gegenüber dem dauernden Teurerwerden der Arbeitskräfte einen Ausgleich zu schaffen. Diese Möglichkeit besteht in der extensiven Landwirtschaft dadurch, daß man dort mit sehr wenigen Arbeitern auskommen kann. Wenn man z. B. feststellt, welche Flächen in Amerika von einer Arbeitskraft in der Landwirtschaft bearbeitet wird, kommt man zu ganz erstaunlichen Zahlen. In Amerika ist z. B. festgestellt worden, daß dort Besitze von 30—40 ha vom Besitzer mit seiner Familie bearbeitet werden. Man wende das einmal auf deutsche Verhältnisse an. Ein Betrieb von 30—40 ha braucht eine Menge von Arbeitskräften (Zuruf). Ja, die Produktionsbedingungen sind doch ganz andere. Es ist doch eine ganz einfache Massenproduktion, wo man sehr stark maschinell arbeiten kann, viel mehr tierische und motorische Kräfte hat und daher mit wenig Arbeitskräften auskommt. Diese Möglichkeit der Kompensation haben wir in Deutschland nur in den großen Getreidebaugebieten, das ist die Ursache der großen völkischen Schwierigkeit, die damit wieder zusammenhängt. Reiner Getreidebau ist heute nur konkurrenzfähig mit dem Ausland dann, wenn er mit sehr wenig Arbeitskräften arbeitet, das bedeutet aber sehr dünne Bevölkerung, und dadurch entsteht das nationale Problem im Osten, wo der Getreidebau zu Hause ist. Für die übrigen Gebiete aber, für eine Landwirtschaft, wie bei uns in Baden, wo wir Kleinbesitz haben und dergl. ist diese Schwierigkeit nur auszugleichen durch eine Erhöhung des Preises. Das ist der Ausgangspunkt für die Zollfrage in der Landwirtschaft. Es ist hier in den Debatten im Hause wiederholt die Frage aufgeworfen worden: was kann die Landwirtschaft bezahlen und was verdient sie. Genau so wie der Herr Kollege Zoller habe ich mir eine Statistik machen lassen und zwar habe ich die Statistik der Bad. Landwirtschaftskammer dazu benutzt. Es dürfte einmal gut sein, auf diese Dinge doch noch einmal hinzuweisen, damit über die finanzielle Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft keine falschen Urteile entstehen. Es ist dort der Arbeitsverdienst des Unternehmers und seiner Familie festgestellt worden und zwar für die Zeit vor und nach dem Kriege. Da ist für die Zeit vor dem Kriege festgestellt worden, daß bei einer 4prozentigen Verzinsung des Eigenkapitals des Unternehmers, noch ein Arbeitsverdienst von 2,17 M. pro Tag für den Mann übriggeblieben ist, während für die Zeit nach dem Kriege, nach Abzug von 4 Proz. des angelegten Kapitals ein Arbeitsverdienst überhaupt nicht mehr übrig bleibt, im Gegenteil ein Verlust entsteht, d. h. entweder hat der Betreffende heute keinen Arbeitsverdienst oder hat keine Verzinsung des Anlagekapitals. So sind also die Rentabilitätsverhältnisse innerhalb der Landwirtschaft.

Nun die Frage der Besserungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft. Da ich darauf hingewiesen habe, daß nach meiner Meinung die Schwierigkeit der Landwirtschaft mehr Dauercharakter hat — ergibt sich ohne weiteres, daß ich die Zukunft der Landwirtschaft nicht günstig, sondern pessimistisch beurteile, weil ich befürchte, daß die Ursachen der Schwierigkeiten der Landwirtschaft, die heute ihre Lage bestimmen, noch auf lange Zeit bestehen bleiben können. Eine Erleichterungsmöglichkeit wäre nun die Verbilligung der gewerblichen Produktion und die Senkung der Produktionskosten. Hier sind aber große Fortschritte in kurzer Zeit nicht möglich, also hier ist schon eine geringe Aussicht. Wie steht es mit den immer geforderten Steuererleichterungen, von denen die beiden Herren Vorredner gesprochen haben? Zunächst, wie hat sich die Steuererleichterung, die bisher durchgeführt worden ist, in der Landwirtschaft ausgewirkt? Da muß man feststellen, daß die bisherigen Steuererleichterungen der

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. **Mattes** [D. Vp.])

Landwirtschaft weniger zugut gekommen sind, als zum Teil den übrigen Berufsständen. Das ist ohne weiteres verständlich, wenn man feststellt, auf welche Steuern die Erleichterung sich bezogen hat. Die wesentliche Steuererleichterung ist ja durch die Herabsetzung der Umsatzsteuer durchgeführt worden. Nun ist aber die Umsatzsteuer natürlich von viel größerer Bedeutung für den Handel, von viel größerer Bedeutung für die Kreise, die alles kaufen, und von relativ geringerer Bedeutung; für denjenigen, der einen Teil selber produziert, infolgedessen nur einen Umsatz bei sich selbst zu versteuern hat und weniger von anderen kauft. Und so konnte natürlich die Ermäßigung der Umsatzsteuer nicht so viel Erleichterung bringen, wie anderen Wirtschaftskreisen zugut gekommen ist. Bei den übrigen Steuern ist aber, abgesehen von der Vermögenssteuer, bei der auch eine kleine Erleichterung bei den unteren Steuersätzen eingetreten ist, eine Änderung im wesentlichen nicht eingetreten, soweit diese Steuern die Landwirte treffen (Zuruf rechts: Weinsteuer!). Die Weinsteuer hat ihre besondere Bedeutung für den Rebbau, das muß ich anerkennen.

Nun kann man die Frage aufwerfen, wie ist die Aussicht für die Zukunft? Wenn man nun nicht Hoffnungen erwecken will, die keine Tatsachen weiter haben, darf man sich dem nicht verschließen, daß wir vor dauernden steigenden Reparationsverpflichtungen stehen, denen gegenüber heute eine finanzwirtschaftliche Deckung noch nicht besteht. Wenn es der deutschen Finanzpolitik gelingt, auf der Ausgabenseite, die wir jetzt haben, das einzusparen, was wir an Mehr an Reparationsverpflichtungen zu leisten haben, dann glaube ich, dürfte das schon eine ganz gute Leistung der deutschen Finanzpolitik sein. Wenn man aber so die Lage ansieht, muß man leider feststellen, daß hier große Aussichten für die Zukunft nicht bestehen, ein Grund weiter, warum man die Zukunft der Landwirtschaft nicht als gut ansehen kann. Und so wird nun — darauf möchte ich noch einmal hinweisen — die entscheidende Frage, abgesehen von der Preisfrage und Zollfrage, die produktionstechnische Frage innerhalb der Landwirtschaft selber sein, ob es der Landwirtschaft gelingt, ihren Betrieb so zu verbessern, daß sie eben selber leistungsfähiger wird, selber mehr verdient. Da ist nun für jede Verbesserung in der Landwirtschaft die wesentliche Voraussetzung Betriebskapital. Aus eigenen Einnahmen können Mittel für die Betriebsverbesserung bei der Landwirtschaft heute nicht geschöpft werden und so lange wir nicht Betriebskredit haben, dauernd und zu einem Zinsfuß, den die Landwirtschaft ertragen kann, solange ist eine wesentliche Voraussetzung für die Besserung ihrer Lage, für die Verbesserung ihres Betriebes nicht gegeben. Aber es sind auch andere Schwierigkeiten gegeben und da möchte ich doch einmal auf eine hinweisen. Eine große Schwierigkeit für die Modernisierung der Landwirtschaft ist die badische Flurverfassung. Solange die Landwirtschaft bei dieser Frage den kurzsichtigen altmodischen Standpunkt einnimmt, den sie zu dieser Frage bisher eingenommen hat, und solange die politisch verantwortlichen Faktoren hier nicht etwas mehr Mut zeigen, als das bisher der Fall gewesen ist, auch einmal diese Frage anzufassen, solange werden wir eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine Modernisierung des landwirtschaftlichen Betriebes in Baden nicht besitzen. Ich glaube, auf das muß man einmal hinweisen, denn es wird der Landwirtschaft nicht damit gedient sein, daß wir um diese Frage herumgehen, weil sie an und für sich keine politisch sehr angenehme Frage ist; aber die Landwirtschaft wird nicht darum herumkommen, zu erkennen, daß genau so, wie jeder andere Betrieb in der Wirtschaft mit der Zeit sich umstellen, sich anpassen muß und sich nur dann erhält, sich eben auch die Landwirtschaft der Entwicklung der Wirtschaftsbedingungen nicht entziehen kann. Es ist in diesem Jahr der Landwirtschaft der Golddiskontkredit zugeführt worden. Ich darf auf diese Frage noch einmal eingehen, weil ich vorhin von der Kapitalfrage und der Produktionsmittelfrage gesprochen habe. Dieser Golddiskontkredit hat der Landwirtschaft bisher kein neues Kapital gebracht, sondern es sind nur alte Schulden in eine andere Form übergeführt worden.

Nun sind im Staatsvoranschlag eine Reihe von neuen Stellen für das Schulwesen vorgesehen. Wir begrüßen das, weil das Schulwesen für die Landwirtschaft heute zu dem Teil des Schulwesens gehört, das noch nicht überorganisiert noch nicht übersetzt ist, sondern noch Entwicklungsmöglichkeiten hat, und entwicklungsbedürftig ist. Deshalb sind wir dankbar, daß hier neue Stellen vorgesehen sind. Nun geht aus dem Statsvoranschlag nicht klar hervor, ob diese Stellen nur für neue Schulen in Betracht kommen oder auch zur Verstärkung von Stellen bei den bereits bestehenden Schulen. Ich würde es begrüßen, wenn man die Stellen, die jetzt genehmigt werden, dazu benützen würde, solange neue Schulen nicht bestehen, zweite Landwirtschaftslehrer anzustellen, und zu gleicher Zeit hier eine Verstärkung des Lehrpersonals gerade auch für die Wirtschaftsberatung zu schaffen, damit man den Nachwuchs hat, wenn die bereits in Aussicht genommenen weiteren Schulen geschaffen werden.

In diesem Zusammenhang, da ich gerade von den landwirtschaftlichen Schulen spreche, ein Wort zu den Beziehungen zur Landwirtschaftskammer. Ich gehe auf alle Dinge nicht ein, aber auf etwas muß ich hinweisen, was in der letzten Zeit geschehen ist, auf die Vereinbarung, die zwischen der Regierung und der Landwirtschaftskammer geschaffen worden ist über das Zusammenarbeiten zwischen der Landwirtschaftskammer einerseits und den Ökonomieräten andererseits. Ich begrüße das und anerkenne, daß diese Vereinbarung zustande gekomen ist, denn dadurch ist der Weg gebahnt, der die bisherigen Differenzen zwischen Regierung und Landwirtschaftskammer aus dem Wege schafft und damit auch ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten von beiden Seiten ermöglicht.

Nur ein paar Bemerkungen zur landwirtschaftlichen Produktion selber und zu den Wegen, die sie gehen muß, wenn die Landwirtschaft sich dadurch selber helfen will. Das Ziel der Produktionsverbesserung muß sein Vergrößerung der Masse der produzierten Güter. Wir haben hier in Deutschland noch Absatzmöglichkeiten und Verbesserungen der Qualität. Auch hier können wir einige Fortschritte in Baden feststellen. Die badische Regierung hat in den letzten Jahren vor allen Dingen die Produktion von Milch gefördert. Auch das ist eine sehr wichtige Angelegenheit, denn hier haben wir noch Absatzmöglichkeiten und Verbesserungsmöglichkeiten im Lande selbst. Weiter ist im Lande das Tabakforschungsinstitut eingerichtet worden, also auch hier eine Maßnahme, die die Qualität vor allen Dingen fördern soll (Zuruf rechts: Soll eingerichtet werden!). Gewiß, soll eingerichtet werden. In dasselbe Gebiet fällt die Absicht der Errichtung einer Saatzuchtanstalt in Rastatt, eines besonderen Gebäudes und dergl. mit allem, was dazu gehört zu unterstützen. Ich würde es begrüßen, wenn die Regierung möglichst bald die nötige Unterstützung gewähren könnte. Vor allen Dingen würde ich es für wünschenswert halten, daß man besondere Beachtung auch von seiten der Regierung der Grünlandwirtschaft widmen würde, denn der rückständigste Teil der Landwirtschaft ist die Grünlandwirtschaft (Sehr richtig!). In dieser ist man näm-

(Abg. Dr. **Mattes** [D. Vp.])

lich heutzutage ungefährt dort, wo wir in der Getreideproduktion vor Jahrzehnten waren: Während man in der Getreideproduktion schon längst dazu übergegangen ist, die Leistungsfähigkeiten der einzelnen Sorten zu untersuchen und sie zu kultivieren, sind wir auf diesem Gebiet erst seit einer Reihe von Jahren mit der Behandlung dieser Fragen beschäftigt. Sowohl nach der Quantität wie vor allen Dingen auch nach der Qualität ließe sich hier die Produktion außerordentlich steigern; damit bekämen wir wesentlich verbesserte Grundlagen für unsere Vieh- und für unsere Milchproduktion im Lande selbst.

Das sind diejenigen technischen Fragen, die ich behandeln wollte. Was zum Brantweinmonopol ausgeführt worden ist, unterstützen wir — wir haben diese Unterstützung ja schon zugesagt —; ich brauche hierauf also nicht näher einzugehen.

Noch einige kurze Bemerkungen zur Frage des Absatzes. Die große Schwierigkeit in dieser Beziehung lag für die Landwirtschaft im letzten Jahre ja darin, daß sie all ihre Verpflichtungen auf den Herbst konzentriert hatte — in der Annahme, im Herbst werde sie auch all' ihre Produkte absetzen können. Nun erwies aber die Kaufkraft des deutschen Handels sich nicht als groß genug, diese Produkte aufzunehmen: Infolgedessen ist ein Teil der deutschen Produktion ins Ausland gewandert. Das bedeutet aber ohne weiteres einen sehr starken Preisdruck auf den Inlandsmarkt, da die Landwirtschaft eben nicht dasjenige bekommt, was sie bekommen hätte, wenn sie in der Lage gewesen wäre, ihre Produkte länger zu behalten — was durchaus auch im Interesse des deutschen Konsumenten liegt: denn es muß ja doch die landwirtschaftliche Produktion auf das ganze Jahr verteilt werden.

Hier hat nun die Reichsregierung eine besondere Maßnahme vorgesehen, indem sie im nächsten Herbst eine Lombardierung des Getreides durchführen und dadurch den Landwirten die Möglichkeit geben will, die Ernte etwas länger zu behalten, also nicht alles im Herbste abzusetzen. Wir begrüßen diese Maßnahme der Regierung; denn sie wird geeignet sein, wenigstens zum Teil einem Übelstand, der im letzten Jahre eingetreten ist, zu beseitigen — obwohl ich die Schwierigkeiten für die Durchführung dieser Frage hier in einem klein-landwirtschaftlichen Lande wie Baden nicht verkenne. Ich möchte die Regierung bitten, dieser Frage hier besonderes Augenmerk zu widmen, damit diese Maßnahme der Reichsregierung auch für das Land Baden ihre Auswirkung hat.

Was hier in bezug auf Getreide beabsichtigt ist, das ist dasselbe, was wir im letzten Jahre für den Tabak gewünscht hatten: Auch im Tabakbau hat sich die Schwierigkeit ergeben, daß die Landwirte absetzen wollten — und daß der Handel nicht hat aufnehmen wollen. Wenn wir hier uns die Frage überlegen würden, ob man nicht etwas ähnliches, wie ich es vorhin besprach, auch für den Tabak ins Auge fassen wolle, so würden wir nur denjenigen Wegen folgen, die die Reichsregierung für den Absatz des Getreides bereits gegangen ist.

Das sind die allgemein wirtschaftlichen Fragen, die ich zur Landwirtschaft nur streifen wollte.

Im allgemeinen möchte ich für die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Abteilung im Ministerium des Innern unsere Anerkennung aussprechen, denn wir haben in bezug auf die Förderung der Landwirtschaft in den letzten Jahren wesentliche Fortschritte in Angriff genommen.

Zum Schluß muß ich noch eine politische Frage streifen. Vor einiger Zeit, auf einer Tagung des Landbundes in Heidelberg, bin ich für die Niederlage des Landbundes verantwortlich gemacht worden (Heiterkeit — Zuruf vom Zentrum: „Die Katastrophe" hat es geheißen!). Ich muß nun gestehen: Es tut mir leid, daß dem nicht so ist (Große Heiterkeit); denn wenn ich so einflußreich wäre, um eine solche Niederlage bewirken zu können, dann wäre das ja vom Standpunkt des politischen Wirkens aus sehr schön (Zuruf vom Zentrum: Dann wären die drei Herren auch nicht da! — Abg. Klaiber: Sie haben früher auch einmal anders gesprochen, Herr Kollege Dr. Mattes! — Abg. Dr. Schofer: Sie sind an Ihren eigenen Fehlern zugrunde gegangen! — Gegenzurufe der Abg. Klaiber und von Au — Unruhe — Glocke des Präsidenten). Ich kann nun aber nicht annehmen, daß mein Einfluß so groß ist, um das bestimmen zu können. Infolgedessen muß ich, wenn auch nur kurz, auf diese Dinge eingehen.

Zunächst ist auf der Heidelberger Tagung gesagt worden, durch meine Artikel hätte ich die Niederlage bei den Landwirtschaftskammerwahlen verschuldet. Dazu muß ich feststellen, daß ich vor den Landwirtschaftskammerwahlen überhaupt keinen Artikel auf diesem Gebiet geschrieben habe — erst viel später, nachdem die Wahl erledigt war und ich von der Gegenseite angegriffen wurde und antworten mußte. So viel zu dieser Frage.

Was nun aber die zweite Niederlage des Landbundes, bei den politischen Wahlen, anbetrifft, so bin ich auch hier schuldlos. Hier liegt nach meiner Auffassung die Ursache in folgendem:

Der Wähler hat nach meiner Meinung nur Vertrauen zu einer ganz klaren politischen Linie. Diese klare politische Linie hat aber beim Landbund gefehlt: Auf der einen Seite hat er sich als neutrale Organisation ausgegeben — auf der andern Seite sich aber doch sehr stark parteipolitisch gebunden und betätigt. Ich glaube, daß neben anderem diese Unklarheit in der politischen Linie die Ursache war, warum die Wählerschaft das Vertrauen zur Landbundführung verloren hat (Ruf vom Zentrum: Sie waren im Zweifel, ob sie zu den einen wollten oder zu den anderen! — Heiterkeit — Glocke des Präsidenten — Ruf rechts: „Sehr richtig"! — Abg. Klaiber: Herr Dr. Mattes, verraten Sie nicht zu viel! — Erneute große Heiterkeit — Wiederholtes Glockenzeichen — Der Präsident bittet um Ruhe). Ich habe nicht die Absicht, über die Zweifel in Landbundkreisen mich auszusprechen. Ob diese Zweifel bestanden haben oder nicht, das weiß ich nicht, das kann ich ja nicht wissen. Aber ich möchte hierzu noch das eine bemerken.

Wenn der Landbund seine Niederlage gutmachen will (Zuruf des Abg. Klaiber), dann muß er das aus einem politischen Verhalten ausmerzen, was seine Schwäche ist: Er muß nämlich wieder zu einer klaren politischen Linie zurückkehren (Abg. Klaiber: Da hat neulich der Herr Kollege Rückert viel Richtigeres gesagt! — Heiterkeit). Nach meiner Meinung kann der Landwirtschaft nur dann durch eine wirtschaftspolitische Organisation geholfen werden, wenn diese sich neutral verhält: Denn zu ihrer Stützung bedarf die Landwirtschaft der Unterstützung aller politischen Parteien; mit der Unterstützung durch eine einzige Partei ist es nicht getan. Solange die Landwirtschaft sich aber politisch einseitig orientiert, isoliert sie sich: sich in die Isolierung zu begeben, ist aber im politischen Leben immer das Gefährlichste, was man tun kann (Beifall in der Mitte. — Zuruf vom Zentrum: Ganz richtig! — Zurufe und Gegenzurufe zwischen Landbund und Zentrum. — Lebhafte Unruhe. — Glocke des Präsidenten).

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. Kurz (Sozdem.):

Die Geschäftslage des Hauses bringt es mit sich, daß man dieses Jahr sich zu den Fragen der Landwirtschaft nicht in so breitem Maßstab aussprechen kann, wie es früher der Fall war; deshalb muß jeder Redner sich eine gewisse Reserve auferlegen (Die Zurufe und Gegenzurufe zwischen Landbund und Zentrum dauern fort — Glocke des Präsidenten).

Auf Grund des ausgezeichneten und in gedrängter Form gehaltenen Berichtes unseres Herrn Berichterstatters, den Sie gehört haben, wird, wie ich glaube (Glocke des Präsidenten; der Präsident bittet um Ruhe), jeder ein anschauliches Bild davon bekommen haben, daß wie die Regierung, so auch der Landtag bereit ist, in den Fragen der Landwirtschaft alles zu tun (Zurufe der Abg. Klaiber und von Au, Gegenzurufe vom Zentrum), was notwendig ist, um den landwirtschaftlichen Beruf zu fördern.

Außerordentlich hat es mich gefreut, soeben aus berufenem Munde — von meinem Vorredner, dem Herrn Abg. Dr. Mattes — das Wort vernommen zu haben, daß unsere ganze Landwirtschaft ihre altmodischen Einrichtungen beseitigen und daß unsere Landwirtschaft sich von neuzeitlichem Geist beseelen lassen muß. Kein anderer als unser leider allzufrüh verstorbene Genosse Wilhelm Kolb war es, der schon früher oftmals in diesem Hause darauf hingewiesen hat — auch von anderen Rednern unserer Partei sind Äußerungen in der gleichen Richtung getan worden —, daß man in der heutigen Zeit „mit dem Geiste des Großvaters" nicht mehr Landwirtschaft betreiben kann (Abg. Klaiber: Das ist sicher!), sondern daß die gesamte Landwirtschaft, ob klein oder groß, sich umstellen muß (Abg. Dr. Schofer: Man kann aber vom Großvater auch noch manches Gute lernen; dieses Gute soll man lassen!). Das ist sehr richtig. Aber wir brauchen ja gar nicht allzuweit zurückzugreifen; ich erinnere bloß an die Kunstdüngerfrage. Wie viele Landwirte hat es früher gegeben, die mit Argusaugen die Verwendung des Kunstdüngers betrachtet haben. Es ist ja niemand konservativer eingestellt als unsere gesamte Bauernschaft; sie will ja bekanntlich am alten immer am längsten festhalten. Kein Beruf ist so vielseitig wie der Beruf der Landwirtschaft; der Herr Kollege Engelhardt hat ja bereits einige Zweige der Landwirtschaft berührt und hat in beredten Worten darauf hingewiesen, wie sich die Landwirtschaft in ihren einzelnen Zweigen betätigt.

Wir begrüßen es, daß zum ersten Mal im Budget Mittel eingestellt sind zur Errichtung eines Pflanzenbauinstituts in Rastatt. Ich habe Gelegenheit gehabt, im letzten Dezember der Generalversammlung des Badischen Pflanzenzüchtervereins in Engen anzuwohnen und habe dort die Bestrebungen kennengelernt, und ich muß konstatieren, daß wir es sehr bedauern — aber die Mittel im Staatsbudget reichen nicht aus —, daß wir dem Badischen Pflanzenzüchterverein bzw. der Badischen Landwirtschaftskammer keine größeren Beträge zuweisen konnten, um dieses Institut auf einem schnelleren Wege der Vollendung entgegenzuführen.

Es muß aber bei dieser Gelegenheit etwas gesagt werden: Wir wissen ganz genau, daß sich verschiedene Zweige der Landwirtschaft immer auf die Staatshilfe verlassen, und wir stehen auf dem Standpunkt, auch viele Landwirte selbst, die sich hier in diesem Hause befinden, daß die beste Hilfe die eigene Hilfe bedeutet. Wenn schon von Reich und Staat den einzelnen Institutionen Mittel zugewandt werden, so dürfen wir auf der anderen Seite auch verlangen, daß jeder einzelne Landwirt in seinen Beutel greift und derartige neue Institutionen mit seinem eigenen Geldbeutel unterstützt. Diese Erfahrung, die ich in Engen gemacht habe, deutet darauf hin, daß diejenigen Kreise, die dem Randener Futterkleesamenbau angeschlossen sind, in dieser Hinsicht nicht ganz ihre Pflicht erfüllt haben; denn ich habe zum größten Erstaunen gehört, daß nur ein geringer Prozentsatz der Mitglieder dieses Vereins der Beitragspflicht genügt hat. Es sind dort Zahlen genannt worden, daß nicht einmal der einzelne, der bloß seinen Jahresbeitrag von 3 M. zu zahlen hatte, dieser Beitragspflicht genügte. Ich will von dieser Stelle aus mit allem Nachdruck betonen, daß, wenn Reich und Staat in dieser Frage nicht knauserig sind und Mittel bereitstellen, auch jeder einzelne, der den Profit von diesen Institutionen hat, von sich aus in finanzieller Hinsicht mehr Entgegenkommen zeigen muß.

Einige Worte möchte ich als derjenige Abgeordnete, der der Landwirtschaftsschule Augustenberg und der Versuchsanstalt am nächsten ist, ihrer Tätigkeit widmen. Wer Gelegenheit hat — und diese Gelegenheit habe ich schon manches Mal benützt —, den Prüfungen der landwirtschaftlichen Zöglinge beizuwohnen, der kann mit Stolz konstatieren, daß die Mittel, die ins Staatsbudget eingestellt sind, nicht unnötig eingestellt sind. Ich glaube, gerade daran krankt unsere Landwirtschaft, daß mancher Bauer, mancher begüterte Landwirt, der die Mittel hätte, eine Unterlassungssünde dadurch begeht, daß er seine heranwachsende Jugend nicht diesen Lehrinstituten zuweist. Denn von dort aus wachsen die wahren Pioniere der Landwirtschaft nach. Wer auf einer solchen Schule einen Ausbildungskurs genossen hat, der wird, wenn er nach Hause kommt, die gesamte Landwirtschaft mit anderen Augen betrachten. Durch diese Schüler kann ein neuzeitlicher Geist in die übrige Landwirtschaft getragen werden. Der Herr Berichterstatter hat in beredten Worten seiner Freude Ausdruck gegeben, daß auch die landwirtschaftliche Versuchsanstalt vollständig intakt ist und daß sie tausende und abertausende Untersuchungen angestellt hat, die im Interesse der Landwirtschaft gelegen sind. Auch wir begrüßen die Einstellung von Mitteln, die dazu angetan sind, um der Landwirtschaft helfend beizuspringen.

Wir haben ein Jahr mit reichlichen Niederschlägen und Hagelschlag; über der Landwirtschaft im allgemeinen, nicht nur in Baden, waltet in diesem Jahre kein glücklicher Stern, wenn wir an die Wasserschäden, an die kolossalen Niederschläge und an den Hagelschlag denken, von dem einzelne Gegenden heimgesucht worden sind. Gerade zum Kapitel Hagelversicherung möche ich hier im badischen Landtag den Gedanken zum Ausdruck bringen, den wir schon vor dem Kriege zum Kapitel Landwirtschaft zum Ausdruck gebracht haben, nämlich ob es nicht angebracht wäre, die Frage zu prüfen, ob nicht eine obligatorische Hagelversicherung, nicht nur in den einzelnen Bundesstaaten, sondern im gesamten Deutschen Reich, eingeführt werden sollte. Dadurch könnten die Prämien sehr niedrig gehalten werden, und es wäre jedenfalls die gesamte Landwirtschaft in Baden und in Deutschland vor vielem Unglück und Schaden bewahrt. Ich glaube, der Deutsche Landwirtschaftsrat, die Landwirtschaftskammer sollte sich einmal mit dieser Frage befassen.

Auch das Tabakbauforschungsinstitut begrüßen wir und wünschen, daß die Erfolge, die dort erzielt werden, im Interesse unserer heimischen Landwirtschaft gelegen sind, hauptsächlich deshalb, weil wir konstatieren können, daß von der gesamten Produktion an Tabak fast zwei Drittel allein in Baden angepflanzt werden. Es muß gerade auf diesem Gebiet gelingen, die Landwirtschaft zu unterstützen, damit auch auf diesem Gebiet unsere Landwirtschaft eine Einnahmequelle hat, mit

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Kurz [Sozdem.])

deren Hilfe sie jetzt und in späterer Zeit all den Aufgaben gewachsen ist.

Wir Sozialdemokraten haben volles Verständnis dafür, wenn in dieser Hinsicht der Landwirtschaft geholfen wird, und es ist nicht wahr, was manchmal von unseren Gegnern in den Versammlungen draußen behauptet wird, daß wir Gegner der Landwirtschaft seien. Warum sollen denn wir Gegner der Landwirtschaft sein? Wir 16 Sozialdemokraten, die wir hier im Landtag sitzen, sind, der eine mehr, der andere weniger, Söhne von kleinen Landwirten. Allerdings insofern unterscheiden wir uns, als sich in den Methoden, die von seiten des Landbunds oder von seiten der Großagrarier benützt werden, um der Landwirtschaft zu helfen, sich unsere Wege trennen; ich werde nachher darauf zu sprechen kommen.

Der Herr Kollege Engelhardt hat in beredten Worten für das Brennereigewerbe gesprochen und ist dafür eingetreten, daß die Regierung alles tue, um den kleinen Schnapsbrennern zu ihrem wohlerworbenen Rechte zu verhelfen, und dafür einstehe, daß ihre Rechte nicht geschmälert werden. Auch wir Sozialdemokraten sind dafür, daß die wohlerworbenen Rechte der Kleinbrenner nicht geschmälert werden, und zwar sind wir deshalb dafür, weil wir wissen, daß für Tausende von Kleinbrennern dieses Gewerbe einen Nebenberuf bedeutet, und daß die Abfälle, die es dort gibt, im Interesse der Viehzucht verwendet werden. Ich möchte aber zu gleicher Zeit betonen, daß wir damit durchaus nicht etwa den übermäßigen Schnapsgenuß fördern wollen. Wir wissen ganz genau — und da halte ich es mit unserem früheren Kollegen Röckel, der in diesem Hause hier auf diesem Platze gestanden hat und gesagt hat: ein gutes Schnäpschen zur angebrachten Zeit wäre nicht zu verachten. Wie gesagt, dem Kleinbrennereiwesen droht von seiten der deutschen Regierung große Gefahr; aber wir sind in dieser Hinsicht mit der deutschen Reichsregierung und ihren Maßnahmen insofern nicht einverstanden, weil durch die Schwarzbrennerei das ganze Gewerbe in Mißkredit gezogen worden ist, weil die Reichsregierun ggewissermaßen einen großen Fehler dadurch begangen hat, daß sie in gleichem Atemzuge, wo der betreffende Schwarzbrenner gestraft worden ist, ihm eine Verschlußbrennerei gegeben hat. Ich glaube, die wirksamste Strafe wäre gewesen, wenn man überhaupt jedem Schwarzbrenner das Recht genommen hätte, weiterhin Schnaps zu erzeugen. Dann wäre der ehrliche Schnapsbrenner jedenfalls nicht mit dem anderen in einen Topf geworfen worden. Die Reichsregierung hat hier einen Fehler begangen.

Die Zuschüsse zur Landwirtschaftskammer veranlassen mich, im Namen meiner Parteifreunde zu erklären, daß sich nach und nach auch die Landwirtschaftskammer dazu umstellen muß, selbständig ihren Betrieb und ihr ganzes Institut aufrechtzuerhalten. Wir sind dafür, daß die Einrichtungen dieses Instituts von den Aufgaben der Regierung getrennt bleiben müssen; ich erinnere an das Unterrichtswesen, an die Pferdezucht, die Rindviehzucht, die Zuchtgenossenschaften, die Prämiierungen, die sich die Regierung vorbehalten muß, und ferner muß die Regierung jederzeit ein Recht haben, in die Tätigkeit der Landwirtschaftskammer Einblicke zu tun. Wir können also dem Phantom nicht nachjagen, wie es in früheren Landtagen geheißen hat, daß auch diese Einrichtungen nach und nach der Landwirtschaftskammer überantwortet werden sollen. Solange der Staat, solange der Landtag Zuschüsse zu dieser Einrichtung leistet, solange muß sich auch der badische Landtag das Recht vorbehalten und die badische Regierung, daß die Regierung und der Landtag ein Mitbestimmungsrecht in diesen Fragen haben.

Zur Kunstdüngerfrage möchte ich nur ein Wort sagen. Es ist jedenfalls ein Herr oder sind einige Herren an verschiedene Mitglieder dieses Hauses von Heidelberg an uns herangetreten, die einen neuen Kunstdünger erzeugt haben. Sie wollten gewissermaßen die Genehmigung verlangen von seiten der Regierung, von seiten der Reichsbehörden, um dieses Produkt verschleißen zu können. Die betreffende Herren haben mir eine Probe zugeschickt, um feststellen zu können, ob wirklich dieser Kunstdünger den Anforderungen entspricht. Und ich habe die Probe aufs Exempel gemacht und muß konstatieren, daß dieser Kunstdünger von Heidelberg vom Handel ferngehalten werden muß, weil er nichts taugt. Die Landwirtschaftskammer und die Regierung haben recht behalten, wenn sie in dieser Frage gebremst haben. Ich bin der Meinung, daß wenn schon Kunstdünger in den Handel geworfen wird, er auch voll und ganz den Anforderungen entsprechen muß, und daß die Bauern vor Schaden bewahrt werden müssen.

Unsere Stellung zur Zollpolitik und zu den Handelsverträgen ist gekennzeichnet. Ich möchte heute abend hier keine Zolldebatte heraufbeschwören. Ich möchte Ihnen aber erklären, daß wir schon dutzendmal unsere Stellung zu den Handelsverträgen in diesem Hause und durch unsere Parteifreunde im Reichstag dargelegt haben, und gerade die Ausführungen des Kollegen Engler haben heute abend ganz drastisch bewiesen, indem er behauptet hat, daß das Land Baden 80 000 Landwirte hätte, die unter 3 Hektar ihr eigen nennen. Da wage ich jedenfalls nicht zuviel zu behaupten, wenn ich erkläre, daß in erster Linie diese 80 000 badischen Landwirte gar kein Interesse an en Schutzzöllen haben. Ich gehe noch weiter. Wir haben in Deutschland 19 000 Großgrundbesitzer und diese 19 000 haben allein soviel an Grund und Boden, wie die übrigen 3½ Millionen Landwirte in Deutschland zusammen. Diese 19 000 Großgrundbesitzer, die alle über 1000 Hektar besitzen — über 1000 wohlgemerkt — haben ein erhebliches Interesse daran, daß die Schutzzölle eingeführt werden. Was bei unseren Parzellenbauern und kleinen Landwirten fehlt, ist auf das Versagen unserer Wirtschaft zurückzuführen, auf das Versagen unserer Industrie. Unsere Aufgabe muß sein, den Inlandsmarkt zu beleben, durch den Inlandsmarkt der Landwirtschaft Gelegenheit zu geben, wenn das Publikum kaufkräftig ist, ihre Waren an den Mann zu bringen (Abg. Klaiber: Wie wollen Sie das machen?). Herr Kollege Klaiber, darüber sind Sie sich auch im klaren, daß wenn unsere Wirtschaft besser prosperieren würde, wenn unsere Industrie florieren würde, daß es auch unserer Landwirtschaft besser ginge; denn heute heißt es: So ein Glied leidet, so leiden alle Glieder mit (Abg. Sack: So heißt es schon im alten Testament!). Jawohl, das trifft aber auch hier zu in der Wirschaft. Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter haben wir in Deutschland, und gerade, wenn wir uns in den Kreisen der kleinen und mittleren Landwirte umsehen, so finden wir, daß die Arbeitslosigkeit auch dort gewissermaßen das Elend mit heraufbeschworen hat. Ich gebe zu, daß derjenige Großbauer, der 30 oder 40 oder 50 Morgen sein eigen nennt, jedenfalls von der Wirtschaftskrise, in der die Industrie bereits liegt, insofern nicht getroffen wird, als seine Söhne und Töchter jedenfalls in der Industrie nicht beschäftigt sind; aber gerade diejenigen Kreise, die vorher ihre Söhne und Töchter teilweise mit in der Industrie, im Handel und Gewerbe beschäftigt hatten, leiden jetzt unter dieser Misere.

Auch der Arbeitslosigkeit muß von seiten der Landwirtschaft mehr Interesse entgegengebracht werden, denn die Arbeitslosigkeit, die jetzt in Deutschland grassiert, wird jedenfalls in den nächsten 10 Jahren nicht überwunden. Wir werden stets

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Kurz** [Sozdem.])

mit einem großen Arbeitslosenheer zu rechnen haben, und diese Frage kann nicht allein von der badischen oder von der Reichsregierung gelöst werden, sondern diese Frage sollte auch von seiten der Landwirtschaftskammer, von seiten des Reichswirtschaftsrats und von seiten des Reichslandwirtschaftsrats gelöst werden und zwar dadurch, daß man bestrebt ist, die überschüssigen Kräfte in der Landwirtschaft dort zu verwenden, wo man sie gebrauchen kann. Ich habe vorhin darauf hingewiesen, daß wir in Deutschland 19 000 Großgrundbesitzer haben mit über 1000 Hektar Grundbesitz. Ich erinnere an den Grafen von Donnersmarck, der ja noch mehr wie 100 000 Morgen sein eigen nennt. Das ist ja einer der sog. Größten. Wenn diese Güter zertrümmert würden — ich will aber gleich hinzufügen, daß wir nicht das Eigentum enteignen wollen —, ich bin dafür, daß, wenn diese großen Güter zertrümmert würden, und die betreffenden Großgrundbesitzer vom Reich und vom Staate entschädigt würden, könnte man durch Zertrümmerung der großen Güter in Ostelbien und Mecklenburg, und wie die Landstriche alle heißen, Hunderttausende von Landwirtssöhnen unterbringen. Und die Frage ist sehr brennend, und bedarf einer Lösung von seiten derjenigen Stellen, die sich mit dieser Frage befassen sollten, wie denjenigen Bauernsöhnen, die bei uns kein Land bekommen können, dadurch geholfen würde, wenn die Kräfte, die bis jetzt in der Industrie verwendet worden sind, nun dort verwendet würden, in den verkehrsarmen und weniger bevölkerten Distrikten Deutschlands. Dadurch wäre gewissermaßen der Arbeitslosigkeit abgeholfen und viele, die den Lohndrücker machen mußten, könnten dadurch eine Existenz erhalten (Abg. Sack: Die Siedelungsfrage bedarf der Finanzierung!). Gewiß, wenn wir aber die Summen betrachten, die wir für die Erwerbslosigkeit ausgeben, müssen wir auch darnach trachten, diese Summen in anderer Weise umsetzen zu können. Ich glaube nicht zu viel zu behaupten, wenn wir diesem System das Wort reden, daß vom Reiche und vom Staate und allen den Institutionen die größte Aufmerksamkeit entgegengebracht werden muß, weil die Frage der Arbeitslosigkeit eine Frage für das gesamte deutsche Volk ist.

Der Herr Kollege Dr. Mattes hat auf die Mängel hingewiesen, die dem Landbund anhaften. (Zur Bürgerlichen Vereinigung gewendet:) Der Herr Kollege Dr. Mattes hat Ihnen bewiesen, daß Sie bis dato einseitige Politik getrieben haben. Nun, das können wir doch alle bestätigen, daß Ihre Politik, die Sie jahrelang im Namen des Landbundes getrieben haben, eine einseitige Interessenpolitik war, die nur auf die Interessen der Landwirte zugespitzt war, und diese 5 Thesen, die der Landbund den einzelnen Fraktionen zugestellt hat durch die Beschlüsse in Bonndorf, beweisen so evident, daß Sie hier in diesen 5 Thesen eine einseitige Interessenpolitik verfolgen. Gewiß, ich gebe zu, Sie verstehen es, draußen in Ihren Versammlungen den Landwirten die Sache schmackhaft zu machen. Wenn die etwas davon hören in ihren Landbundversammlungen, wenn in diesen 5 Thesen behauptet wird, daß keine Steuern bezahlt werden sollen, weder eine Gebäude-, noch eine Einkommen-, noch eine Körperschaftssteuer, daß alle diese Steuern abgebaut werden sollten, daß die Pensionen abgebaut werden sollten, da stimmen die Bauern überein. Aber sehen Sie sich in Ihrer eigenen Fraktion um, was sagen die Herren dazu, die vom Reich und vom Staat, von der Gemeinde ihre Pension erhalten, da werden Sie jedenfalls eine andere Sprache sprechen. Deshalb ist die Politik, die der Landbund getrieben hat, ohne viel zu behaupten, eine einseitige Politik gewesen, mit der jedenfalls Ihre Wählerschaft nicht einverstanden war, und Sie werden sich umstellen müssen.

Wenn wir in punkto Zolltarifpolitik eine andere Stellung einnehmen als Sie, konstatieren wir, daß wir die Vertreter der kleinen Landwirte sind, des Mittelstandes, der kein Interesse hat an der Zollpolitik, die jahrelang nicht allein Sie, sondern die bürgerlichen Parteien im Reichstag getrieben haben. Die Großgrundbesitzer brauchen keine Vertreter hier in diesem Parlament, sie sind stark genug, um mit ihren Rufen bei der Reichsregierung und den einzelnen Länderregierungen durchzudringen.

Wir können die Politik der Herren, die ein Interesse daran haben, die Grenzen zu sperren und uns vor dem Ausland zu verschließen, nicht mitmachen, weil Tausende und Millionen deutscher Proletarier und des gewerblichen Mittelstandes durch diese Politik geschädigt sind (Beifall links).

Der Präsident schlägt vor, hier abzubrechen und morgen früh um ½9 Uhr fortzufahren mit der Tagesordnung Voranschlag des Ministeriums des Innern, Titel XVII Landwirtschaft und Ernährung.

Im Anschluß daran ist beabsichtigt, die Anträge, die von der kommunistischen Gruppe gestellt worden sind, zur Abstimmung zu bringen und ebenso die beiden Gesetzentwürfe, Änderung des Landtagswahlrechts und Änderung der Gemeindeordnung.

Der Präsident schließt die Sitzung nach 8 Uhr.

Inhaltsverzeichnis umstehend.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Inhaltsverzeichnis:

	Spalte
Anzeige neuer Eingänge	3217/18
Zur Geschäftsordnung	
Abg. Schreck	3218
Präsident Dr. Baumgartner	3219
Abg. Dr. Schofer	3219
Fortsetzung der Beratung des Voranschlags des Ministeriums des Innern	
Einzelberatung	
Abg. Wilser	3219
„ Lang	3225
„ Heinzmann	3230
Minister des Innern Remmele	3221, 43, 45, 57
Abg. Ritter	3223
„ Martzloff	3226, 45
„ Engelhard	3240, 46
Abstimmung	3241, 45
Abg. Hermann	3241
„ Fischer-Unterlauchringen	3244
„ Duffner	3245
„ Zoller	3252
„ Dr. Mattes	3258
„ Kurz	3265

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen: B. Finner, Karlsruhe.
Druck der Karlsruher Zeitung.